

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

Verantwortliche Redakteure epd-Dokumentation: Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) / Reinhold Schardt

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 28,30 Euro, jährlich 339,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 10. September 2019

www.epd.de

Nr. 37

■ Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges

Beiträge einer Gedenktagung der Evangelischen Akademie Bad Boll,
23. bis 24. November 2018

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortliche Redakteure:
Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) /
Reinhold Schardt
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ »Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkriegs«

Das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren war der Anlass für diese Tagung, bei der wir mit verschiedenen Akteuren auf die schrecklichen Auswirkungen des Krieges zurückblicken konnten. Was wurde in diesen 100 Jahren positiv auf den Weg gebracht? Wo stehen wir gegenwärtig mit den einzelnen Arbeitsbereichen in der Friedensfrage? Wohin muss sich die Kirche entwickeln, um eine Kirche des Gerechten Friedens zu sein?

Der Rückblick ermöglicht eine wichtige Reflexion darüber, wo wir gegenwärtig in Kirche und Gesellschaft in der Friedensfrage stehen und was für Herausforderungen eine Friedenspolitik heute für uns bedeutet.

»Das 20. Jahrhundert wird in die Geschichte als ein Jahrhundert

der Gewalt eingehen. Es hinterlässt uns das Massenvernichtungserbe einer Gewalt in noch nie da gewesenem Ausmaß, einer Gewalt, wie sie in der Geschichte der Menschheit bis dahin nicht möglich gewesen war.« (Nelson Mandela)

Konflikte haben weltweit an Intensität zugenommen und weltweit werden viele Menschen vertrieben oder sehen sich gezwungen, ihre Heimatorte zu verlassen.

Wir als Kirche und Zivilgesellschaft sind gefordert, eine neue Perspektive zu entwickeln, die uns Handlungsmöglichkeiten gegen Krieg und Gewalt im Rahmen einer Friedenslogik eröffnet.

Die Hauskonferenz Kirche und Gesellschaft war deshalb mit ihren Einrichtungen und Werken der Evangelischen Landeskirche in Württemberg bei der Planung und Durchführung dieser Tagung dabei, ferner das Pädagogisch-Theologische Zentrum Stuttgart (ptz) mit seiner Friedenspädagogik und in besonderer Weise die

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Frieden in Württemberg unter Federführung des Friedenspfarramts in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Mit dieser Dokumentation möchten wir die wichtigen Themen und die Vielfalt der Stimmen, die diese bereichert haben, sichtbar machen. Sie haben wichtige friedensethische Ansätze und Handlungsimpulse für Kirche und Gesellschaft gesetzt.

Wir bedanken uns bei allen Mitwirkenden und bei den Institutionen, die diese Tagung und diese gemeinsame Reflexion möglich gemacht haben.

*Pfarrer Joachim Schilling,
Pfarramt für Friedensarbeit in der
Evangelischen Landeskirche in
Württemberg, und
Mauricio Salazar,
Studienleiter der Evangelischen
Akademie Bad Boll*

Quellen:

Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges

Beiträge einer Gedenktagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, 23. bis 24. November 2018

Der Beitrag **»Weg des Gerechten Friedens – Welche Schritte müssen wir auf diesem Weg gehen?«** von Dr. Markus Weingardt wurde zuerst abgedruckt in: SYM – Magazin der Evangelischen Akademie Bad Boll, 15. Jahrgang, Heft 4/2018, hg. von der Evangelischen Akademie Bad Boll (Dr. Jörg Hübner), Seite 14–15.

Der erste Text im Anhang **»Herr, mache uns zu Werkzeugen deines Friedens! – Friedens-Appell der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg«** wurde von der Delegiertenversammlung der ACK in Baden-Württemberg entworfen und im September 2016 verabschiedet.

Der zweite Text im Anhang **»Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten«** wurde vom Evangelischen Oberkirchenrat, Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart im März 2017 herausgegeben.

Inhalt:**Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges. Beiträge einer Gedenktagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, 23. bis 24. November 2018**

▶ Pfarrer Joachim Schilling und Mauricio Salazar: »Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkriegs«	2
▶ Pfarrer Albrecht Knoch: »Blitzlicht des Ortes«: Die Bad Boller Friedenskonferenz der »Chevaliers de la Paix« zehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs	5
▶ Reverend Gregson Erasmus: Morgenandacht	7
▶ Prof. Dr. Marco Hofheinz: Mit der Bergpredigt Politik machen? – Pazifistische Friedenstheologien im 20. Jahrhundert	9
▶ Prof. Uli Jäger: »Lessons learned? Friedensbildung 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges«	21
▶ Werkstattgespräche – Ergebnisse Was kann das historisch Erarbeitete für unsere kirchliche Arbeit im europäischen Kontext bedeuten?	
▶ Workshop 1 – Gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit. Christen und Muslime in Baden-Württemberg	25
▶ Workshop 3 – Gewalt gegen Frauen als Herausforderung kirchlichen Handelns	25
▶ Workshop 4 – »Sicherheit neu denken?« Gespräch über ein Ausstiegsszenario der badischen Landeskirche	26
▶ Workshop 6 – Friedensbildung in Schule und Gemeinde – Praxisbeispiele	26
▶ Workshop 7 – Diversifikation und Konversion in der Rüstungsindustrie	27
▶ Workshop 8 – Religion – Konflikt- oder Friedenspotential?	27
▶ Workshop 9 – Friedensprojekt EUROPA - Impulse. Erfahrungen. Zukunft	28
▶ Workshop 10 – Die Welt im 21. Jahrhundert – als Christ zwischen Gesinnung und Verantwortung	28
▶ Max Weber: »Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens«	29
▶ Kiflemariam Gebrewold: Der Friedensbeitrag der deutschen Kirchen in den internationalen Krisensituationen	35
▶ 7x3 Thesen in 7 mal 7 Minuten (Ted-Talks)	
▶ Dr. Markus Weingardt: Ted-Talk 1	38
▶ Dr. Martin Robra: Ted-Talk 2	39

▶ Abdassamad El Yazidi: Ted-Talk 3	41
▶ Kiflemariam Gebrewold: Ted-Talk 4	42
▶ Claudia Möller: Ted-Talk 5	43
▶ Johannes Neudeck: Ted-Talk 6	44
▶ Ailed E. Villalba Aquino: Ted-Talk 7	45
▶ Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July: Schritte auf dem Weg des Gerechten Friedens – ein Wort zum Weg der Landeskirche	46
▶ Brigitte Lösch: »Beiträge zum Frieden – aktuelle Herausforderungen und Handlungsräume für das Land Baden-Württemberg«	50
▶ Dr. Markus Weingardt: Weg des Gerechten Friedens. Welche Schritte müssen wir auf diesem Weg gehen?	54
▶ Tagungsziele:	56
▶ Anhang	
▶ ACK-Friedensappell 2016	57
▶ Erklärung 2017 der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten	59

»Blitzlicht des Ortes«: Die Bad Boller Friedenskonferenz der »Chevaliers de la Paix« zehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs

Von Pfarrer Albrecht Knoch, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Ulm

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Von der langen Geschichte der Auseinandersetzung mit Friedensfragen hier am Ort haben Sie, sehr geehrter Herr Dr. Hübner, schon gesprochen. Ein weiteres Element ist die Friedenskonferenz, die im Jahr 1928 hier in Bad Boll stattgefunden hat.

Vor 90 Jahren hat hier das vierte Treffen der »Chevaliers de la Paix« (Friedensritter) stattgefunden, vom 18. bis 23. August 1928, in der blumhardtschen Tradition im Kurhaus, nur zehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Die Chevaliers de la Paix waren eine kleine, heute weitgehend vergessene christliche Friedensgruppe in der Zeit zwischen den Kriegen. Der deutsche Zweig hat sich »Kreuzritter« genannt, nicht Friedensritter, das Logo macht aber diese Übersetzung verständlich.

Sie sind 1924 gegründet worden und haben dann schon vier Jahre später ihre Konferenz hier in Bad Boll abgehalten. Es waren damals mehr als hundert Personen anwesend aus Frankreich, Deutschland, Schweiz, Belgien, eine Teilnehmerin aus Großbritannien.

Eine Liste der Teilnehmenden hängen wir nachher aus.

Man war sich klar, dass man Krieg nicht will, aber wie kommt man dahin, das war damals wie heute die große Frage. Ich nehme jetzt den einen Punkt der damaligen Diskussion heraus: Was heißt politisches Engagement, wenn man sich als Christ für den Frieden einsetzt? Es ist mehr als ein Übersetzungsproblem. Die Deutschen haben gesagt, natürlich machen wir Politik. Dann meinen sie, wir machen Gesellschaftspolitik, und wir machen nicht Parteipolitik. Die Franzosen sagen, Politik wollen wir als Christen nicht machen, denn da geht es um Parteien. Aber sie haben sich am Ende dann doch geeinigt.

Die Chevaliers de la Paix haben sich in Bad Boll vorgenommen, ein »Haus des Friedens« zu bauen, schon 1931 sollte es fertig gestellt werden. Dort sollten »Friedensmissionare« ausgebildet werden, Multiplikatoren würden wir heute sagen.

Es war wegweisend, dass sie auf dem Weg der Schulung die Friedensidee verbreiten wollten, die danach in ihre Länder zurückgehen würden. Für den Bau eines eigenen Hauses kam das Geld zwar nicht zusammen, aber es entstand dennoch eine solche Friedens-Schule, wie wir nachher sehen werden.

Gegründet wurden die Chevaliers de la Paix von Etienne Bach, einem französischen Offizier des 1. Weltkriegs, fünf Mal verwundet und hochdekoriert. 1892 geboren, ist er 1986 im hohen Alter gestorben und so konnte ich ihn noch persönlich kennenlernen.

Bach kannte den Preis des Krieges zur Genüge und wusste daher gerade, was der Frieden wert ist.

Zur Gründung der Chevaliers de la Paix kam es aufgrund der Lebenswende, die er während der Ruhrbesetzung erlebte. 1923 hatte Frankreich die Ruhr besetzt, um sich die ausbleibenden Reparationen mit militärischer Gewalt zurückzuholen. Bach war Teil der Besatzungstruppe und in Datteln an der Lippe kam es, dass er seinem Verhandlungspartner, der aber eigentlich mehr ein Gegner war, am Karfreitag am Abendmahlstisch begegnet ist: Vor dem Altar der deutsche Bürgermeister und der französische Offizier, die sich eigentlich bekämpft haben mit Worten und mit ihren Verordnungen und Anweisungen. Das war tatsächlich der Wendepunkt, von dem aus er seine ganze Friedensaktivität gedacht und gelebt hat, immer wieder ist er auf diese persönliche Umkehr zurückgekommen und hat davon ausgehend in die Gemeinschaft hinein grenzüberschreitend gewirkt.

Das geplante Friedenshaus wurde dann in der Nähe von Neuchâtel in einem bestehenden Gebäude eingerichtet. Acht Jahre lang war dieses Haus ein Zentrum vor allem für junge Leute aus ganz Europa, die sich dort getroffen haben und sich gegenseitig herausgefordert haben, auch über die Frage nachzudenken: Was ist eigentlich ein Patriot? Was ist die Nation?

Beispielhaft sollen zwei deutsche »élèves« von Bach erinnert werden, die beide später sehr wichtige Beiträge geleistet haben in der Ökumene und

in der Verständigung zwischen den Ländern und Nationen.

Heute mangelt es an der Zeit, über die weitere Entwicklung der Chevaliers de la Paix zu berichten und über den späteren Lebensweg von Etienne Bach.

Die Titel von zwei Veröffentlichungen Bachs müssen genügen, um auf die weitere Geschichte hinzuweisen: »Faut-il créer un enseignement de la Paix« – so hat er 1933 einen Vortrag über-schrieben (Brauchen wir Friedenserziehung?).

Der Titel seiner 1940 veröffentlichten theologischen Abschlußarbeit »La Tragédie de la Paix« ist wiederum – in seinem Erscheinungsjahr – sehr aussagekräftig, denn Bach hat zunächst als Pfarrer, dann im Untergrund und später als Soldat sich für die von Hitler Verfolgten eingesetzt. Wir wissen alle, wie die Tragödie ausging.

Vor 90 Jahren hat Etienne Bach die Friedenskonferenz hier in Bad Boll geleitet, vor 50 Jahren hat er durch eine Partnerschaft mit einer Kirchengemeinde in Württemberg und durch deren Vermittlung zum Evangelischen Jugendwerk Württemberg eines der »Aufbaulager« in seine Kirchengemeinde in Gray bei Besançon geholt. Zwei Jahre


lang bauten württembergische Jugendliche an dieser kleinen Kirche, einer der damals Verantwortlichen ist später an die Evangelische Akademie gekommen und heute anwesend, Klaus Strittmatter. Im sichtbaren Wirken von Etienne Bach ist das der Schlusspunkt: Die Kapelle der Freundschaft, »la Chapelle de l’Amitié«.

Ausgewählte Literatur:

Alo Münch (Hg.), Die Tagung der Kreuzritter in Bad Boll vom 18. - 23. August 1928, Pasing, 1928.

[Eugen] Lachenmann, Art: Bach, Etienne, in: RGG. Zweite Auflage, Tübingen, 1927, Band I Sp.718/719.

Albrecht Knoch, Art. Etienne Bach, in: Dictionnaire du Monde Religieux dans la France Contemporaine, Paris, 1993

Sarah Leder, Die Kreuzritter (Arbeitstitel), Dissertation Mainz im Entstehen 

Morgenandacht

Von Reverend Gregson Erasmus, Moravian Church of South Africa, Ökumenischer Mitarbeiter des Dienstes für Mission, Ökumene und Entwicklung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Liebe Schwestern und Brüder, ich begrüße Sie alle im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.

Ich freue mich sehr über die Gelegenheit, mich heute Morgen an Sie zu wenden. 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Als ich gebeten wurde, hier einen biblischen Beitrag zu geben, konnte ich nicht widerstehen, mir anzusehen, was der Vater unserer Regenbogennation in Südafrika, Tata Madiba – Nelson Mandela, gesagt hat. Obwohl er seinen Glauben und sein Bekenntnis nie öffentlich vor sich hertrug, sprach er stolz und dankbar über die Methodistenkirche, durch die er als Schwarzer seine Schulbildung erhielt, denn sie machte keine Unterschiede zwischen schwarzen und weißen Kindern. Bei einem der vielen Anlässe zum Thema Frieden verwies Nelson Mandela auf Jesaja 2, Vers 4, als er sagte: »Es mag sein, dass die Tage noch weit in der Zukunft liegen, in denen die Nationen mächtige Armeen zu mächtigen Friedensbewegungen verwandeln und tödliche Waffen zu harmlosen Pflugscharen werden. Aber die Quelle unserer Hoffnung ist real ... «Der Kampf um ein Südafrika in Frieden mit sich selbst und mit der Welt war ein Ideal, das Nelson Mandela liebte und für das er sein Leben gab. Ein Ideal, das ihm und seinem Vorgänger Frederick De Klerk 1993 den Friedensnobelpreis bescherte.

Vierzehn Jahre nach Beginn der Demokratie sagte Mandela: »Es gibt immer noch zu viel Zwietracht, Hass, Spaltung, Konflikt und Gewalt in unserer Welt am Anfang des 21. Jahrhunderts. Es ist ein grundlegendes Anliegen in unserem eigenen und in unserem gemeinschaftlichen Leben einen großen Beitrag dazu leisten, die Welt zu dem Ort zu machen, von dem wir so leidenschaftlich geträumt haben. ... Es ist so leicht etwas niederzubrechen und zu zerstören. Die Helden sind diejenigen, die Frieden schaffen und bauen. «

Auf ein friedliches Südafrika mit sich selbst und der Welt hinzuarbeiten, war und ist eine Aufgabe und eine Verantwortung, für die wir in der Zeit der Apartheid predigten und für die wir uns in der Zukunft einsetzen. Es gibt viele Schriften, die

uns auf die Quelle unserer Hoffnung auf eine Welt des Friedens hinweisen. Eine davon ist Jesaja

11: 1–5. Der Messias und sein Friedensreich

11, 1 Und es wird ein Reis hervorgehen aus dem Stamm Isais und ein Zweig aus seiner Wurzel Frucht bringen.

2 Auf ihm wird ruhen der Geist des HERRN, der Geist der Weisheit und des Verstandes, der Geist des Rates und der Stärke, der Geist der Erkenntnis und der Furcht des HERRN.

3 Und Wohlgefallen wird er haben an der Furcht des HERRN. Er wird nicht richten nach dem, was seine Augen sehen, noch Urteil sprechen nach dem, was seine Ohren hören,

4 sondern wird mit Gerechtigkeit richten die Armen und rechtes Urteil sprechen den Elenden im Lande, und er wird mit dem Stabe seines Mundes den Gewalttätigen schlagen und mit dem Odem seiner Lippen den Gottlosen töten.

5 Gerechtigkeit wird der Gurt seiner Lenden sein und die Treue der Gurt seiner Hüften.

Jesaja sagt: »Frieden ist auf dem Weg«, denn aus dieser Zerstörung und dem Chaos des Krieges, »sprießt ein grüner Trieb.« In unserer sich rational gebenden Zeit könnte man fragen: Ein grüner Trieb – aha! Aber was hat das mit Frieden zu tun? Wie trifft es auf mich zu? Was bedeutet dieses Bild vom grünen Zweig?

Wir könnten uns in der gleichen herausfordernden Situation befinden wie die Israeliten zur Zeit des Propheten Jesaja.

Wenn wir darüber nachdenken, wie wir zur Gerechtigkeit und zum Frieden für alle voranschreiten könnten, wie passt diese Prophezeiung dieses Sprosses aus dem Stumpf des Jesse dazu?

Im zweiten Abschnitt unseres Textes aus Jesaja 11 wird in wunderbaren Worten von der Harmonie und einem allumfassenden Frieden in der Schöpfung gesprochen, die auf der Gerechtigkeit beruht.

Südafrika hat versucht, an einen Punkt zu gelangen, an dem wir in Harmonie miteinander leben können. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, be-

stand darin, Versöhnung und die Wahrung der Menschenrechte durch die sogenannte Wahrheits- und Versöhnungskommission zu erreichen. Wir haben in die Vergangenheit geblickt, um daraus Lehren zu ziehen, sodass das, was damals geschah, nie wieder geschehen mag. Wir wollten in eine neue, wundervolle Zukunft eintreten, die Gott für uns, für alle Schwarzen, für Farbige, für Inder und für Weiße vorbereitet hat. Gemeinsam wollten wir ein Land zum Wohl aller aufbauen, nicht nur für eine kleine privilegierte Gruppe. Die gesamte Regenbogennation Gottes sollte sich dort zu Hause fühlen. Bei der Eröffnung der Wahrheitskommission sagte ihr Vorsitzender, Erzbischof Desmond Tutu: »Es ist unsere Aufgabe, unseren Beitrag zur Heilung unseres Landes zu leisten, so dass frühere Feinde, zwischen denen die Apartheid stand, vereint und versöhnt werden können. Unser Ziel ist eine Regenbogennation, die mit sich und der Welt in Frieden ist.«

»Eine Nation, die mit sich und der Welt in Frieden und Gerechtigkeit lebt!«

Welche Aufgaben sehen Sie in Ihrem Kontext, um an dieser Vision zu arbeiten?

In Jesaja 48,16 lesen wir: Tretet her zu mir und hört dies! Ich habe von Anfang an nicht im Verborgenen geredet; von der Zeit an, da es geschieht, bin ich auf dem Plan. – Und nun sendet mich Gott der HERR und sein Geist.

Die Schrift erinnert uns daran, dass wir nicht zur Ruhe kommen werden, wenn wir einfach nach Belieben handeln und unser Leben auf unsere alte Weise leben. Wenn wir zu Gott stehen und versuchen, seinen Wegen zu folgen, wird es Frieden geben. Frieden geht einher mit Reue. Sich umblicken, um einen anderen Weg einzuschlagen. Friede kommt mit der Wende zu Gott - nicht von ihm weg.

Wir sind hier für die nächsten zwei Tage versammelt, um zu diskutieren und uns auszutauschen, wie wir im globalen Dorf, der Erde, heute friedlich miteinander leben können. Wir sind alle, die wir hier sind, Friedensinstrumente. Wir können die Welt vielleicht nur im Kleinen verändern, aber wenn wir mit unseren Möglichkeiten den Menschen in unserem Umfeld Frieden bringen, werden wir kleine blinkende Sterne vor dem Hintergrund des dunklen Chaos sehen können, das uns umgibt. Wie Nelson Mandela bin ich überzeugt: »Es mag gut sein, dass die Tage, an denen Nationen mächtige Armeen in mächtige Friedensbewegungen verwandeln und tödliche Waffen zu harmlosen Pflugscharen werden, noch Jahre entfernt sind. Aber die Quelle unserer Hoffnung ist real ...«

Lassen Sie uns an der Quelle unserer Hoffnung festhalten, wenn wir uns einem neuen Jahr nähern, in dem wir durch die Jahreslosung aufgerufen werden, »den Frieden zu suchen und ihm nachzujagen«.

Liebe Schwestern und Brüder, ich möchte mit einem Friedensgebet abschließen. Dieses Gebet wird oft Franziskus zugeschrieben, der 1181 in Assisi (Italien) geboren wurde. Nach einer unbeschwertten Kindheit und einem jungen Erwachsenenalter, die mit reicher Unterhaltung und Vergnügen gefüllt waren, erkrankte Franziskus im Alter von zwanzig Jahren.

Er begann, seine Gedanken auf die Ewigkeit und seine Beziehung zu Gott zu konzentrieren. Franziskus wandte sich von seinem wohlhabenden Lebensstil ab und entschloss sich, sein Leben der Kirche zu übergeben. Er starb im Jahr 1226, nachdem er die Liebe Gottes unter Tausenden wiedererweckt hatte.

Er schreibt:

Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens,

dass ich liebe, wo man hasst;

dass ich verzeihe, wo man beleidigt;

dass ich verbinde, wo Streit ist;

dass ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist;

dass ich Glauben bringe, wo Zweifel droht;

dass ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält;

dass ich Licht entzünde, wo Finsternis regiert;

dass ich Freude bringe, wo der Kummer wohnt.

Herr, lass mich trachten,

nicht, dass ich getröstet werde, sondern dass ich tröste;

nicht, dass ich verstanden werde, sondern dass ich verstehe;

nicht, dass ich geliebt werde, sondern dass ich liebe.

Denn wer sich hingibt, der empfängt;

wer sich selbst vergisst, der findet;

wer verzeiht, dem wird verziehen;

und wer stirbt, der erwacht zum ewigen Leben.

AMEN



Mit der Bergpredigt Politik machen? – Pazifistische Friedens- theologien im 20. Jahrhundert¹

Von Prof. Dr. Marco Hofheinz, Institut für Theologie und Religionswissenschaft, Leibniz-Universität, Hannover

Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018

1. Gesinnungs- versus Verantwortungs- pazifismus? Max Webers Vortrag »Politik als Beruf« (1919) und die von ihm inspirierte Pazifismus-Typologie

Wer über pazifistische Friedenstheologie im 20. Jahrhundert sprechen möchte, wird an *einem* Text nicht vorbeikommen. Ich meine Max Webers weltberühmten Vortrag »Politik als Beruf«. Vor ziemlich genau 100 Jahren hielt er ihn im Revolutionswinter 1918/19 in München.² Fest hat sich Webers Typologie von Gesinnungs- und Verantwortungsethik ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Danach fragt die Gesinnungsethik zwar nach Handlungsabsichten und -grundsätzen, lässt aber – im Gegensatz zur Verantwortungsethik – die Handlungsfolgen und -bedingungen außer Acht. Gesinnungsethik scheidet Weber zufolge an der »ethische[n] Irrationalität der Welt«.³

Webers Text und insbesondere diese Differenzierung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik ist bis heute wirkmächtig und immer wieder polemisch gegen Pazifismus ins Feld geführt worden. Im Blick auf die mannigfaltigen Versuche, das Phänomen Pazifismus nach Spielarten zu typologisieren, ist vor allem im deutschsprachigen Raum Max Webers Unterscheidung bestimmend geworden und bis heute geblieben. Zwei Beispiele:

1. In deutlich erkennbarer Nähe zum Weber'schen Typus der Gesinnungsethik definiert der kürzlich verstorbene Münchener Ethiker Trutz Rendtorff:

»Ein unbedingter und radikaler Pazifismus negiert die staatliche und politische Friedensaufgabe insgesamt. Er ist, etwa im Sinne frühchristlicher Weltaskese und Enderwartung, der bewusste Verzicht auf jede Verantwortung in dieser Welt und für die Welt, die ohnehin vergeht. [...] Die Glaubwürdigkeit eines unbedingten Pazifismus steht und fällt mit seiner Konsequenz. Nicht nur kein Kriegsdienst, son-

dern überhaupt kein Amt im Staat; nicht nur keine direkte Unterstützung staatlicher Herrschaft, sondern keine Steuern.«⁴

2. Gegen Rendtorff machen Wolfgang Huber und Hans-Richard Reuter zu Recht geltend, dass sich kaum ein Pazifist in dieser Beschreibung wiedererkennt.⁵ Aber trotz ihrer Kritik an Rendtorffs Definitionsversuch variieren auch W. Huber / H.-R. Reuter⁶ diesen nur geringfügig, indem sie in deutlich erkennbarem Anschluss an Weber zwischen »organisatorischem Pazifismus und Gesinnungspazifismus« bzw. »Verantwortungs- und Gesinnungspazifismus«⁷ unterscheiden.

In der Tat: Webers Distinktion liegt den meisten gängigen Definitionen von Pazifismus zugrunde, zumal Weber Gesinnungsethik insofern als pazifistisch illustriert und charakterisiert, als sie keinen gewaltsamen Widerstand duldet, auf Streik und Revolution verzichtet und in einer »akosmischen Liebesethik«⁸ gipfelt. Dass der Gegensatz zwischen beiden Typen von Ethik, also Gesinnungs- und Verantwortungsethik, indes nicht absolut ist, sondern es sich – bei Licht betrachtet – um zwei Ethosformen bzw. Ergänzungen handelt, »die zusammen erst den echten Menschen ausmachen«⁹, vermag Weber nur in Ansätzen zu verdeutlichen.¹⁰ Insofern ist seine Typologie irreführend. Ja, Webers Ausführungen sind von einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Pazifismus geprägt. Mit unverkennbarem Seitenhieb auf das Münsteraner Täuferum bemerkt Weber:

»In der Welt der Realitäten machen wir [...] stets erneut die Erfahrung, daß der Gesinnungsethiker plötzlich umschlägt in den chiliastischen Propheten, daß z.B. diejenigen, die soeben ‚Liebe gegen Gewalt‘ gepredigt haben, im nächsten Augenblick zur Gewalt aufrufen, – zur *letzten* Gewalt, die dann den Zustand der Vernichtung aller Gewaltsamkeit bringen würde, – wie unsere Militärs den Soldaten bei jeder Offensive sagten: es sei die letzte, sie werde den Sieg und dann den Frieden bringen. Der Gesinnungsethiker erträgt die ethische Irrationalität der Welt nicht.«¹¹

Wie kommt es zu diesen heftigen Reaktionen in der Absetzungsbewegung? Ist es die »Einfalt des

Glaubens«, die solchen massiven Widerstand weckt? Dietrich Bonhoeffer hat bekanntlich in seiner Bergpredigtauslegung vom »einfältigen Gehorsam«¹² gesprochen, der dem Gebot Gottes in der Nachfolge gelte. Kann es sein, dass sich hier das »schlechte Gewissen« regt, dem Bergprediger einen solchen Gehorsam zu verweigern und seine Botschaft stattdessen »entschärfend« mit meterhohen hermeneutischen Zäunen zu umstellen? Man mag psychologisieren und das Phänomen der »Zugutmenschen« näher betrachten. Nach der Psychologin Lauren Howe von der Stanford University etwa werden die schärfsten Abwehrreflexe bei uns Menschen unter dem Eindruck moralischer Unterlegenheit geweckt. »Statt Bewunderung schlägt den heiligen Abweichlern Hass entgegen, weil sie den anderen ihre Fehlhaltungen vor Augen führen.«¹³ Es ist bekanntermaßen leichter, andere zu schmähen, als eigenes Versagen einzugestehen.

Kann es also sein, dass sich exakt dieser Eindruck in besagtem Widerstand manifestiert? Kritisch Beobachtende werden oftmals den Eindruck nicht los, dass die unerhörte Radikalität der Bergpredigt Jesu

»immer wieder mehr von denen verstanden und gelebt [wurde], die am Rande der Kirche standen: seien es Gruppen, religiöse Gemeinschaften oder Einzelne, die in der Bergpredigt Modell und Weisung für die Reformen der Kirche nach den Worten der Bergpredigt oder Anweisung für eine Neugestaltung der Gesellschaft oder für das politische (Befreiungs-) Handeln sehen. Das reicht von Franz von Assisi bis Martin Luther King, Pazifisten aller Zeiten von den Mennoniten über Leo Tolstoi bis zum ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘ der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts.«¹⁴

Es sind nun einmal die Pazifisten, die Jesus in der Bergpredigt seligpreist: »Selig sind die Friedensstifter« (Mt 5,9) – »Beati pacifici« übersetzt die Vulgata und weist damit die Bergpredigt gewissermaßen als den ursprünglichen Ort des Pazifismus-Begriffs aus. Insofern wurzelt der radikale Pazifismus im jesuanischen Ethos der Feindesliebe und der Gewaltlosigkeit.¹⁵ Der Begriff »Pazifismus« leitet sich bekanntermaßen etymologisch als Kompositum aus den lat. Begriffen *pax* (Friede) und *facere* (machen, tun) ab. Jesus preist die »Friedensstifter« bzw. »Friedensmacher« (gr. *eirenopoieten*) selig: »Gemeint sind aber nicht ‚die dummen Friedenslämmer‘, die alles mit sich – und anderen! – machen lassen, sondern diejenigen, die ‚Frieden fertigen‘. [...] Es geht also darum, Frieden zu stiften zwischen denjenigen, die

verfeindet und zerstritten sind.«¹⁶ Das Friedenstiften bezieht sich also auf das Gebot der Feindesliebe (Mt 5,44 f.; Lk 6,17f.35) und die Aufforderung zur Gewaltlosigkeit (Mt 5,39–41; Lk 6,29f.). Beides gehört zum Urgestein der Jesusüberlieferung und wurde im frühen Christentum neu akzentuiert.¹⁷ Wie das jesuanische Ethos im Kontext der biblischen Thematisierungen von Gewalt und Gewaltüberwindung im Alten und Neuen Testament zu verstehen ist, darüber wird indes seit den Anfängen des Christentums zum Teil heftig und kontrovers diskutiert und gestritten.

Entsprechend vielfältig sind die Pazifismus-Spielarten. An Traditionen eines radikalen Pazifismus im 20. Jahrhundert wird man etwa unterscheiden müssen etwa zwischen Leo Tolstois anarcho-pazifistischem Programm, dem aktiven gewaltfreien Pazifismus bei M. Gandhi und M.L. King sowie dem Pazifismus der ökumenischen Bewegung und des religiösen Sozialismus – um nur einige zu nennen.¹⁸ Wir können uns natürlich nicht alle diese Variationen anschauen, sondern müssen streng exemplarisch vorgehen. Ich möchte mit Ihnen etwas näher den neutäuferischen Pazifismus im 20. Jahrhundert bei Eberhard Arnold und John H. Yoder betrachten.

2. Neutäuferischer Pazifismus im 20. Jahrhundert bei Eberhard Arnold und John H. Yoder

2.1. Neutäuferium 1: Der Pazifismus Eberhard Arnolds und das Tatzeugnis des gemeinsamen Lebens¹⁹

Hat man exemplarisch unter den markanten, theologisch-profilierten Persönlichkeiten des Neutäuferiums auszuwählen, so wird man Eberhard Arnold (1883–1935) nicht übersehen können. Stark beeinflusst vom religiösen Sozialismus (u. a. Hermann Kutter) wie vom anarchistischen Sozialismus Gustav Landauers ebenso wie der Jugendbewegung, vertritt er einen urchristlichen, anarchistischen und zugleich pazifistischen Kommunismus. Er intendiert, den Anbruch des Reiches Gottes aus dem Geist Jesu Christi heraus zu leben. Arnold versteht seinen der Bergpredigt verpflichteten Pazifismus als exemplarisches Tatzeugnis gemeinsamen Lebens. Dieser sei zugleich dem zweiten wie dritten Glaubensartikel verpflichtet, d. h. als Pazifismus der Nachfolge Jesu nur in der Gemeinschaft der Nachfolgenden zu leben. Arnold ruft die sog. »Neuwerk-Bewegung«, eine religiös-soziale Vereinigung, ins Leben und baut 1920 den ersten »Bruderhof« in Sannerz bei Schlüchtern auf. Später siedelt die Bruderhof-

Gemeinschaft in die Rhön um und verbreitet sich nach Verfolgungen im Nationalsozialismus weltweit. Um 1930 schließen sich Arnold und die »Bruderhöfe« der aus der 16. Jahrhundert stammenden täuferischen Bewegung der Hutterer an und werden damit zu »Neuhutterern« bzw. »Neutäufern«.²⁰

Bei der Gründung der Bruderhöfe geht es Arnold keineswegs einfach um die Durchführung des leitfrageorientierten Sozialexperiments, ob es funktionieren könne, in Gütergemeinschaft zu leben.²¹ Es geht ihm vielmehr um ein Leben entsprechend der Jerusalemer Urgemeinde,²² wie sie in Apostelgeschichte 2,44–47 (vgl. 4,32–35) geschildert wird. Arnold liest die entsprechenden Verse als Beschreibung eines gelungenen Projektes der Umsetzung von Jesu Bergpredigt. Er versteht diese Umsetzung als mimetische Praxis und zwar bezogen auf die Gewaltfreiheit bzw. Feindesliebe Jesu. Auch Arnold ist darum bemüht, sich von der Grammatik der Bergpredigt leiten zu lassen. Arnold wird nicht einfach nur durch seine Erfahrungen mit dem Krieg zum Pazifist, sondern durch deren Deutung im Lichte der Bergpredigt.²³

Wer sich *nicht* an die Bergpredigt halte, müsse sich fragen lassen, ob er es mit Jesus und dem Christsein ernst meine. Hier trifft sich Arnold durchaus mit Max Weber, der in seiner Bergpredigtinterpretation feststellt:

»Mit der Bergpredigt – gemeint ist: die absolute Ethik des Evangeliums – ist es eine ernstere Sache, als die glauben, die diese Gebote heute gern zitieren. Mit ihr ist nicht zu spaßen. [...] Eine Ethik der Würdelosigkeit – außer: für einen Heiligen. Das ist es: man muß ein Heiliger sein in *allem*, zum mindesten dem Wollen nach, muß leben wie Jesus, die Apostel, der heilige Franz und seinesgleichen, *dann* ist diese Ethik sinnvoll und Ausdruck einer Würde. *Sonst nicht.*«²⁴

In die Phalanx der von Weber genannten »Heiligen« scheint Arnold in geradezu idealtypischer Weise – gewissermaßen als der »Gesinnungsethiker par excellence« – hinein zu passen. Er scheint exakt jenem Pazifisten zu entsprechen, wie Weber ihn durchaus schätzt: »Der nach dem Evangelium handelnde Pazifist wird die Waffen ablehnen oder fortwerfen, wie es in Deutschland empfohlen wurde, als ethische Pflicht, um dem Krieg und damit: jedem Krieg, ein Ende zu machen.«²⁵ Arnold duldet in der Tat keinen gewaltsamen Widerstand.

Arnold ist aber keineswegs bereit, seine bzw. Jesu Liebesethik in der Weise zu präzisieren, wie Weber dies tut, wenn er von der »akosmistischen«,²⁶ also der weltentsagenden und weltlosen Liebesethik spricht. Es ist nach Arnold gerade die Welt, die die Gemeinde braucht. Es zeigt sich, dass Arnold durchaus universalistisch denkt und keineswegs in einem separatistisch-verengten Sinne auf die Abgrenzung und Absonderung von der Welt oder so etwas wie eine weltvergessene Sonderethik bedacht ist.²⁷

Auch Rückzug und Weltflucht ist nach Arnold nicht intendiert,²⁸ vielmehr bilden die Gemeinschaften, die den urchristlichen Kommunismus leben, Keimzellen der Erneuerung des Ganzen.²⁹ Intendiert ist die »Entfaltung aller Gaben und Kräfte für die Gesamtheit, die aufbauende Kraft der Kulturgemeinschaft aller Menschen aus dem religiösen Geist, [welche] die Auswirkung lebendiger Gemeinschaft«³⁰ bildet. Arnold versteht die Bruderhöfe als ihrem geistigen Ursprung nach nicht *von* der Welt stammend, aber ihrem Auftrag gemäß als *in* der Welt wirkend, was eine Teilnahme am öffentlichen Leben nicht aus-, sondern einschließt.³¹ Es geht ihm nicht um eine Wagenburgmentalität oder religiöse Sondergruppensymbolik, sondern um nichts weniger als eine Weltrevolution, die aus dem Geist der Liebe geboren wird. Dem universalistischen Element im Denken Arnolds haftet zugleich etwas stark Utopisches an. Das Individuum möchte Arnold keineswegs ausschließen und im Kollektiv der Gemeinschaft aufgehen lassen, vielmehr setzt er hinsichtlich der geistgewirkten Erneuerung der Gemeinschaft bei der Erneuerung des Individuums an: »Die wirkliche Erneuerung des Einzelnen durch Christus gestaltet das persönliche wie das gemeinschaftliche Leben.«³²

Kennzeichnend für Arnolds Pazifismus ist seine ekklesiologische Leitidee von der exemplarischen Existenzweise der Bruderhöfe im Sinne der Metapher von der »Stadt auf dem Berge« (Mt 5,14), die nicht verborgen bleiben kann. Die Bruderhöfe sollen ein lebendiges Beispiel der Friedfertigkeit in der Welt darstellen. Exakt darin besteht ihre Mission, eine pazifistische Alternative in einer gewaltvollen Welt zu verkörpern. Arnold bedient sich physikalischer Erklärungsmuster, nämlich der Korrespondenz von zentripetalen und zentrifugalen Kräften, um die Wirkweise der beispielhaften Gemeinschaft zu erläutern: Je stärker die Gemeinschaft zentripetal nach innen, auf die Kreismitte des Geistes ausgerichtet ist, umso stärker wird ihre Wirkungskraft nach außen sein: »Je stärker die Weißglühhitze des innersten Kerns

wahrer Gemeinschaft ist, umso extensiver ist die Wirkung, umso weiter reicht die Wärme und das Licht.«³³

2.2. Neutäuferium 2: John H. Yoder oder »The Politics of Jesus« und »The Pacifism of the Messianic Community«

Impulse von Arnold hat u. a. der wohl bedeutendste mennonitische Theologe des 20. Jahrhunderts, John Howard Yoder (1927–1997),³⁴ aufgenommen. Sein umstrittenes Beispiel sei als zweites neutäuferisches Exempel aufgeführt. Yoder steht herkunftsmäßig und theologisch noch unmittelbarer als Arnold in der friedenskirchlich-täuferischen Tradition. Seine Nachfolgeethik entwickelt Yoder entlang der Gewaltlosigkeit als Kennzeichen der christlichen Lebensform. Die Gewaltlosigkeit repräsentiert Yoder zufolge nicht nur ein wichtiges sozialetisches Thema, sondern insofern die eigentliche Essenz der Nachfolge, als dass Gewaltlosigkeit wiederum die Essenz der *Politics of Jesus* bildet.

*The Politics of Jesus*³⁵ – so lautet zugleich der Titel des Werkes, mit dem Yoder berühmt wurde. Bedeutende US-amerikanische Theologen wie Stanley Hauerwas,³⁶ James Wm. McClendon, Jr.³⁷ oder Glen H. Stassen³⁸ bestätigen, dass sie in ihrem Denken von diesem Buch entscheidende Impulse erhielten. Warum wurde dieses Buch zu einer Art »Klassiker«?³⁹ Mit Fernando Enns lässt sich diese Frage wie folgt beantworten:

»Das liegt sicherlich nicht zuletzt darin begründet, dass Yoder in unvergleichlicher Einfachheit die These vertritt, dass das Leben und die Lehre Jesu relevant sind für die sozialpolitische Gestaltung der Gesellschaft. Wer Christus bekennt und die Wahrheit des hereingebrochenen Seins des Reiches Gottes glaubt, findet in den Zeugnissen des Neuen Testaments einen deutlich vorgezeichneten Aufruf zu einer entsprechenden »messianischen Ethik«. Yoder behauptet schlicht: das Evangelium von Jesus Christus ist eine Einladung zur Teilhabe am Reich Gottes, und die Annahme dieser Einladung verwirklicht sich in der konkreten Nachfolge Christi. Diese Nachfolge findet ihren deutlichsten Ausdruck wiederum in der aktiven Gewaltfreiheit, der Relativierung aller politischen Kräfte und Mächte sowie einer stets *kritischen* Solidarität gegenüber jeder Regierung.«⁴⁰

Gewaltlosigkeit gleicht bei Yoder der Grammatik,⁴¹ die das Denken, Handeln und Verhalten von Christenmenschen leiten soll, weil und insofern

sie die Grammatik des Wirkens Jesu Christi bildet, dem nachzufolgen Christenmenschen berufen sind. Jesu Weg an das Kreuz sei der Weg konsequenten Gewaltverzichts gewesen:

»Jesus war, in seiner von Gott beauftragten [...] Prophetenschaft, Priesterschaft und Königschaft, der Träger einer neuen Möglichkeit menschlicher sozialer und daher politischer Beziehungen. Seine Taufe ist die Einsetzung und sein Kreuz der Höhepunkt dieses neuen Regimes; die Jünger sind aufgerufen, daran teilzunehmen.«⁴² Jesus habe die zelotische Option der Aufrichtung seiner Herrschaft durch Gewaltgebrauch bewusst ausgeschlossen. Jesus nachzufolgen, heißt für Yoder dementsprechend, gewaltlos zu leben, und gewaltlos zu leben, wiederum politisch zu sein. Gewaltlosigkeit wolle dabei keineswegs als Kennzeichen einer freischwebenden Existenz religiös oder politisch besonders Begabter verstanden werden. Sie sei vielmehr eingebettet in eine »messianic community«,⁴³ die als freiwillige, geschwisterliche Gemeinschaft der Gläubigen eine Polis *sui generis* repräsentiert: »Ein Lebensstil, dessen Charakteristikum die Gründung einer neuen Gemeinschaft und die Ablehnung jeglicher Gewalt ist: das ist das Thema der neutestamentlichen Verkündigung, vom Anfang bis zum Ende.«⁴⁴ Jesu Antwort auf die politische Wirklichkeit bestehe in der Aufrichtung einer »neuen sozialen Ordnung«, einer »Alternative zu den gängigen Herrschaftsstrukturen.«⁴⁵

Yoders »pacifism of the messianic community« traf in den 1960er und 1970er Jahren vor allem in den USA auf einen durch Reinhold Niebuhr geprägten sog. »Christian Realism«. ⁴⁶ Dieser »Christian Realism« betont das Gebot der Realpolitik, auf Gewalt mit Gegengewalt reagieren zu müssen. Niebuhr zufolge lässt sich Frieden nur mit und nicht ohne Waffen durchsetzen. Politik hat nun einmal nach Niebuhr – mit Max Weber gesprochen – mit dem langsamen Bohren dicker Bretter zu tun und mit der Bereitschaft, sich die Hände schmutzig zu machen.⁴⁷ Der Niebuhr'sche »Realism« distanziert sich – polemisch formuliert – von jenen »Spinnern«, die mit der Bergpredigt (Friedens-)Politik machen wollen.⁴⁸

Yoder fragt indes kritisch zurück an Niebuhrs Adresse: Wer von uns beiden ist eigentlich der wahre Realist? Und wer von uns beiden will eigentlich nicht die Realität wahrhaben?⁴⁹ Die Realität, die Christenmenschen wahrnehmen, ist Yoder zufolge nicht einfach nur die einer gewaltvollen Welt, in der im Hobbes'schen Sinne »einer des anderen Wolf« (*homo homini lupus*)⁵⁰ ist und der

»Krieg aller gegen alle« (*bellum omnium in omnes*)⁵¹ tobt, sondern vielmehr die des kommenden Reiches Gottes, das bereits angefangen hat. Dies sei die Realität, die Christenmenschen in ihrem Handeln zu leiten habe. Und das, was Niebuhr als »Realismus« ausweise, basiere auf einem theologisch defizitären, weil »uneschatologischen« Friedensbegriff, sei mithin »Peace without Eschatology«.⁵²

Wer von beiden hat nun Recht? Niebuhr oder Yoder? Es gilt m.E. der Versuchung zu widerstehen, sich vorschnell auf die Seite Niebuhrs zu schlagen. Yoder hat an einem ganz entscheidenden Punkt Recht: Weil das Reich Gottes kommt, dürfen wir Menschen einstimmen in Gottes Friedenshandeln in Jesus Christus, dürfen wir uns vom Bergprediger inspirieren lassen. Die Seligpreisungen sind »das Grundgesetz des Reiches Gottes«⁵³ – so Jürgen Moltmann. Christenmenschen dürfen heute schon einstimmen in die Friedenswirklichkeit seines Reiches. Das Kommen des Reiches Gottes verbietet es, diejenigen mehr oder weniger milde und mitleidsvoll als naiv und zur kritischen Urteilsbildung unfähig zu belächeln, die die andere Backe hinhalten. Wer sich also in der Härte der Realität nicht zurechtfindet und *wer* ‚weltfremd‘ ist, erscheint im Blick auf das Rollen vertauschende Reich Gottes durchaus in einem anderen Licht. Christliche Friedensethik hat hier im Entscheidenden mit der »Klärung der Lichtverhältnisse«⁵⁴ zu tun. Es geht Yoder zufolge darum, sich in der Wahrnehmung für das Reich Gottes zu öffnen. Wenn Jesus die Friedensstifter selig preist, dann deshalb, weil sie in ihrem Tun »geöffnet sind für die kommende heil- und wohl-schaffende Gottesherrschaft.«⁵⁵ Diese Seligpreisung ist wohlgerneht nicht als Bedingung, sondern als Folge der kommenden Gottesherrschaft zu verstehen.⁵⁶ Nicht weil es Menschen gibt, die den Frieden stiften, kommt das Reich Gottes. Sondern: weil das Reich Gottes kommt, können Menschen Frieden stiften: »Jesu Gebot der Feindesliebe [ist] im Kontext des Anbruchs des Gottesreiches in Jesu eigenem Wirken zu verstehen, gleichsam als ethische Spiegelung der neuen Welt Gottes, die mit ihm kommt.«⁵⁷

3. Mit der Bergpredigt (Friedens-)Politik machen? Zur Kritik und Metakritik eines politisch-ethischen Einwandes

3.1. Politische Kontroversen zur Bergpredigt. Das Beispiel Helmut Schmidts und Johannes Raus

Wie verhält es sich nun mit einer Beurteilung des Slogans: »Mit der Bergpredigt lässt sich keine Politik machen!« Die Phalanx derer, die so votieren, umfasst nicht nur Politiktheoretiker wie Max Weber oder Reinhold Niebuhr, sondern auch sog. »Realpolitiker« von Otto von Bismarck bis hin zu Helmut Schmidt, der an dieser Stelle zitiert sei:

»Die Idee, die Bergpredigt unmittelbar auf die Außenpolitik unseres Staates zu übertragen, kann man leicht bewerten, indem man sie auf den extremen Fall anwendet: Was hätte es dem Frieden genützt, wenn ein ausländischer Staat Hitler oder Stalin auch noch die andere Backe hingehalten hätte? Das sind in aller Naivität absurde Vorstellungen, die völlig abstrahieren von der konkreten geschichtlichen Erfahrung.«⁵⁸

Hat Schmidt nicht Recht? Verhält es sich nicht genau so?

Johannes Rau hat die Frage seines Parteigenossen Helmut Schmidt, ob man mit der Bergpredigt Politik machen könne, einst umgekehrt. Die Frage laute nicht, ob man mit der Bergpredigt Politik machen könne, sondern die Frage laute, ob und wie Politik ohne die Bergpredigt eigentlich machbar sei.⁵⁹ Die invertierte Logik hinter Raus Bemerkung zielt auf die Frage ab, woher man sonst Orientierung im politischen Handeln erhalte, wenn nicht aus der Bergpredigt Jesu. Rau stellt sich eine Politik ohne Bergpredigt vor, die offensichtlich so aussieht, dass eine Alternative zum gewohnten, gleichsam auf Dauer gestellten Gewaltgebrauch gar nicht in den Blick kommt, sondern fatalistisch erduldet und ertragen wird. Genau dies wäre aber fatal: »Daß es ›so weiter‹ geht, ist die Katastrophe«, formulierte Walter Benjamin, und er fügt hinzu: »Die Rettung hält sich an den kleinen Sprung in der kontinuierlichen Katastrophe. Der rettende Sprung, das wäre die Unterbrechung des Kreislaufs der Gewalt. Der rettende Sprung, das wäre: Auf Gewalt nicht mit Gewalt zu antworten und so das Gesetz der Gewalt nicht anzuerkennen.«⁶⁰ Zu solchen »rettenden Sprüngen« bedarf es der Kreativität und Phantasie, Akten der »intelligenten Feindesliebe« (C.F. von Weizsäcker). Christlich-theologisch wird man solche »rettenden Sprünge« wohl als

Entsprechung zu dem rettenden Sprung verstehen dürfen, den Gott selber bereits in Christus vollzogen hat (vgl. 2Kor 5,19 f.).

Raus Antwort auf die Frage, ob er als Politiker und Christenmensch auch ohne die Bergpredigt Politik, allzumal Friedenspolitik, machen könne, lautet »Nein«. Er kann sie nur negativ bescheiden, denn: »Wer hofft, kann handeln« – so Rau, der damit die Bibel nicht zum »Rezeptbuch für die politischen Aufgaben unserer Zeit«⁶¹ machen will, sondern die Notwendigkeit der Orientierung am Reich Gottes unterstreichen möchte: »Wenn wir dem Fortschritt nicht nur Tempo, sondern auch Richtung geben wollen, brauchen wir Führung und Orientierung, Autorität und Gestaltungskraft, unter die uns auch die Bergpredigt stellt.«⁶²

3.2. Recht und Rechtsverzicht in der Bergpredigt

Betrachtet man die Bergpredigt genauer, insbesondere die von Weber und den »Realpolitikern« abgelehnte Forderung, dem Bösen nicht zu widerstehen (Mt 5,39),⁶³ so fällt ein signifikanter und m.E. (friedens)ethisch wegweisender Bezug auf. Gemeint ist der Rechtsbezug der Bergpredigt, der weder bei Max Weber noch Helmut Schmidt, aber ebenso wenig bei den Täufern hinreichend wahrgenommen wurde.

Bereits Georg Eichholz hingegen hat deutlich gemacht, dass bereits die Seligpreisung der nach Gerechtigkeit Hungernden und Dürstenden (Mt 5,6) einen starken Rechtsbezug aufweist; freilich nicht im Sinne eines Rechtspositivismus, sondern vielmehr der Akzentuierung der Rechtsentwicklung hin zu mehr Gerechtigkeit im Recht:

»Man darf bei dieser Auslegung nicht überhören, daß in dem Hungern und Dürsten nach der Gerechtigkeit ein *aktives* Element einhalten ist: ein nicht zum Schweigen zu bringendes Verlangen nach Gerechtigkeit, ein *Sich-einsetzen* für das Recht. Und von daher wäre der Christ gerufen, sich an der Frage nach dem Recht in dieser Welt zu *beteiligen*. Ich verstehe dabei die Frage nach dem Recht gerade auch als Frage nach dem *rechten* Recht, nach der *rechten* Ordnung der Dinge.«⁶⁴

Doch mit diesem Hinweis auf den Rechtsbezug der Bergpredigt nicht genug. Wenn man die Bergpredigt insbesondere in den sog. »Antithesen« (vielleicht besser: Kommentarworten)⁶⁵ genauer untersucht, wird man feststellen, dass sie auf bestimmten rechtlichen Institutionen beruht.⁶⁶ Das gilt etwa für bestimmte »transforming initia-

tives«⁶⁷, die die Feindesliebe konkretisieren. Die Aufforderung zum Rechtsverzicht z.B. im Vergeltungsverbot (vgl. Mt 5,38–41) setzt das Recht voraus.⁶⁸ Im Zusammenhang der Forderung, dem Bösen nicht zu widerstehen, ist nicht nur vom Hinhalten der anderen Wange (Mt 5,39) und vom benötigten Frondienst (Mt 5,41) die Rede, also nicht nur vom zwischenmenschlichen und politisch-militärischen, sondern auch vom juristischen Lebensbereich.⁶⁹ Jesus fordert das Drangeben des ungleich wertvolleren Mantels, wenn das Untergewand geschuldet wird. Matthäus nimmt dabei die Situation eines gerichtlichen Pfändungsprozesses in den Blick, in dem ein Armer vor Gericht das Untergewand verliert. Rekuriert wird bei dieser Hyperbel (gr. *hyperbolé*), dieser »Überpflichtererfüllung« bzw. diesem »paradoxen Entgegenkommen«⁷⁰ auf das jüdische Pfändungs- bzw. Armenrecht, wonach dem Armen, der seinen Mantel zum Pfand gegeben hat, dieser abends wieder zurückzugeben ist, damit er nachts etwas zum zudecken hat (Ex 22,26f.; Dtn 24,12f.).⁷¹ Hier manifestiert sich mit anderen Worten ein Rechtsverzicht, denn rechtlich darf der Pfänder bzw. der Gläubiger dem Schuldner den Mantel gar nicht nehmen. Der von Jesus avisierte Rechtsverzicht schlägt dabei aber das Recht keineswegs einfach fahrlässig in den Wind, sondern übt in einer asymmetrischen Machtkonstellation einen »kreativen Rechtsverzichts«⁷² und inszeniert »ein Stück absurdes Theater, in dem die nackte Gewalt im wahrsten Sinn des Wortes bloßgestellt wird«⁷³: »Die Aktion gewinnt [...] den Charakter einer ‚Zeichenhandlung‘, die das vermeintlich rechtmäßige Vorgehen des Mächtigen auf seine (moralische) Legitimität hin hinterfragen lässt und auf diese Weise an den Gläubigen appelliert, seinen Verhalten gegenüber den Armen überhaupt zu überdenken und zu verändern.«⁷⁴ Hier zeigt sich also, dass die Nichtanwendung des Rechts im kreativen Rechtsverzicht keineswegs auf Annullierung des Rechts zielt,⁷⁵ sondern die Reinstallation: »Der kreative Rechtsverzicht dient als Protest gegen Unrecht und zielt auf die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit.«⁷⁶

3.3. Mit der Bergpredigt (Friedens-)Politik machen: Frieden durch Recht, oder: Rechts- als Friedensethik

Im Sinne der auf das Recht rekurrierenden Logik des kreativen Rechtsverzichts, wie er in der Bergpredigt ansichtig wird, kann man das Friedenszeugnis der Täufer und Neutäufer mit Wolfgang Lienemann zugleich würdigen und infrage stellen:

»Die Bereitschaft und Fähigkeit zum Rechtsverzicht aufgrund der in der Christusbefolgung wurzelnden Gewaltfreiheit ist ohne Zweifel eine der wichtigsten Folgen christlicher Freiheit. Wie steht es aber mit dem Eintreten für die verletzten Rechte anderer im Gegenüber zu Personen und Institutionen, welche derartige Rechtsverletzungen ursächlich und vorsätzlich bewirken?«⁷⁷

Es mag hermeneutisch gewagt erscheinen, wenn man sich hinsichtlich des Anspruchs, *mit* und nicht *gegen* die Bergpredigt Politik zu machen, ausgerechnet auf ein rechtsethisches Paradigma bzw. eine Ethik rechtserhaltender Gewalt beruft. Im Lichte des täuferischen und neutäuferischen Friedenszeugnisses scheint ein solches Votum kontraintuitiv zu sein.⁷⁸ Es bricht gleichsam mit dem »einfältigen Gehorsam«, den Bonhoeffer fordert. Dennoch ist es m.E. kein Zufall, dass in der Bergpredigt das Recht ins Spiel kommt, ja dass ausgerechnet im Kontext von Gewalt – nackter Gewalt, die entkleidet – vom Recht die Rede ist. Denn das Recht hat gewaltbegrenzende Funktion. Die politisch-ethische Idee eines Friedens durch Recht beruht genau auf dieser Funktionsbestimmung. Das Recht hat gesellschaftliche Steuerungsfunktion bzw. eine protektive Funktion. Durch Regeln des Rechts, die als soziale Interaktionsnormen fungieren, werden die Bedingungen für die friedvolle Koordination des Handelns Verschiedener (Völker, Nationen etc.) festgelegt: »Um Frieden zu stiften, bedarf es zuerst der Errichtung einer Rechtsordnung mit verallgemeinerungsfähigen Grundsätzen. Dazu gehört innerstaatlich das Gebot des Rechtsgehorsams, zwischenstaatlich das Verbot des Angriffskrieges.«⁷⁹ Theologische Rechtsethik knüpft sinnigerweise beim Völkerrecht als *lex imperfecta* an. Sie wehrt sich allerdings entschieden gegen eine isolierte Rechtsethik, die so tut, als wäre mit der Positivität des Völkerrechts bereits über seine moralische Geltung bzw. Gültigkeit entschieden.

Dem Leitgedanken der Friedensethik als Rechtsethik zufolge ist »eine globale Friedensordnung als Rechtsordnung«⁸⁰ in den Blick zu nehmen. Dieser Ansatz lenkt die Aufmerksamkeit im Rahmen des Völkerrechts auf die Rechtsinstitutionen als äußere Voraussetzungen eines gerechten Friedens: Die Aushöhlung des geltenden Völkerrechts etwa durch das interventionistische Handeln der NATO (wie im Kosovokrieg) oder durch den hegemonistischen Unilateralismus (wie im Irakkrieg) oder den gegenwärtigen Isolationismus und Protektionismus der USA (wie gegenwärtig unter Donald Trump) wird folgerichtigerweise kritisiert.⁸¹ Als globales ordnungspolitisches Modell

wird dabei in Anlehnung an Immanuel Kants Schrift »Zum ewigen Frieden« (1795)⁸² etwa in der aktuellen EKD-Friedensdenkschrift eine kooperativ verfasste Ordnung ohne Weltregierung anvisiert.⁸³ Bereits K. Barth sprach – Kant rezipierend – von der »Idee einer durch das Recht verbundenen Gemeinschaft freier Völker von freien Menschen«⁸⁴.

Man kann im Blick auf die Formel »Frieden durch Recht« vom Leitgedanken einer Friedensethik als Rechtsethik sprechen und diese Position durchaus als einen Rechtspazifismus identifizieren. Von ihm kann gesprochen werden, da das Wort »Pazifismus« seit den Tagen, als es sich die bürgerliche Friedensbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts an ihre Fahnen heftete, die Gesamtheit der Bestrebungen bezeichnet, »die eine Politik friedlicher, gewaltfreier zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf das Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft zum Ziel haben.«⁸⁵ Exakt dieses Ziel soll nach der rechtspazifistischen Position eben durch das Recht verfolgt werden. Darum geht es einer »Ethik rechtserhaltender Gewalt«. Friedensordnung als globale Rechtsordnung – so lautet die Leitidee, die etwa in der EKD-Friedensdenkschrift entfaltet wird.⁸⁶

4. Salz der Erde und Licht der Welt: Ein pazifistisches Komplementärmodell

Wie passt nun dieser Rechtspazifismus mit dem neutäuferischen Pazifismus à la Arnold und Yoder zusammen? Schließen sich beide nicht als gegensätzliche Alternativen wechselseitig aus? Es muss indes nicht bei der schroffen Alternative bleiben: prinzipieller Pazifismus einerseits und gewaltbewehrte Durchsetzung des Rechts im Sinne eines Rechtspazifismus andererseits. Die rechtspazifistische Position setzt den Pazifismus, wie er in der friedenskirchlichen Tradition vertreten wird, nicht ins Unrecht. Sie kann ihn vielmehr wertschätzen. Er »bleibt ein notwendiges Zeichen, ein Zeichen dafür, die Hoffnung nicht aufzugeben, dass die Gewalt nicht das letzte Wort behalten wird, dass die Alternative der Gewaltlosigkeit nicht preisgegeben werden darf an die Sachzwänge.«⁸⁷

Insbesondere dort, wo der radikale Pazifismus eingebunden ist in eine alternative kommunale Lebensweise wie bei Arnold steht er für diese Alternative und ermahnt durch diese, nicht vorschnell zu den Mitteln der Gewalt zu greifen, vielmehr alle Phantasie und Kreativität darauf zu

verwenden, dass nicht zu diesen Mitteln gegriffen werden muss. Nach Helmut Gollwitzer wirken solchen Gemeinschaften im Raum von Kirche und Gesellschaft »als Exempel, als Tankstellen, als Stachel«. ⁸⁸ Daraus erwächst konsequenter Weise die Forderung:

»Die christliche Gemeinde hat die Vertreter der absoluten Gewaltlosigkeit zu achten statt sie, wie so oft in der Kirchengeschichte, als Schwärmer zu diskreditieren, und ihr Beispiel wie auch den Verzicht der Kirche auf Gewaltanwendung als Ankündigung des kommenden Reiches Gottes zu sehen, in dem keinerlei Gewalt Raum hat«. ⁸⁹ Es muss nachdenklich »stimmen, wenn christliche Kirche ihre Daseinsform eher in der bürgerlichen Gesellschaft wiedererkennen als in jenen schwindenden Resten mimetischen Lebens außerhalb und jenseits dieser Gesellschaft.« ⁹⁰ Plädiert wird hier – mit anderen Worten – für ein komplementäres Modell. ⁹¹ Es geht davon aus: Es gibt »[e]ine legitime Verschiedenheit im Handeln von Christen, die sich als Konkretion der Einheit ihres Zeugnisses versteht.« ⁹²

Um dies zu verdeutlichen, sei noch einmal auf die Bergpredigt zurückgegriffen, die sich zwei verschiedener Metaphern bedient, um die praktische Sendung der Christengemeinde in diese Welt zu verdeutlichen. ⁹³ Kurz nachdem der Zuspruch der Gottesherrschaft in den Seligpreisungen verklungen ist, prägt Jesus das Salz- und das Lichtwort ⁹⁴: »Ihr seid das Salz der Erde« (Mt 5,13), und: »Ihr seid das Licht der Welt« (Mt 5,14). *Beides* soll die Gemeinde sein: Salz und Licht! Nicht ausschließlich Salz oder Licht bzw. Licht oder Salz, sondern beides ist für die Welt notwendig. Überträgt man diese beiden Worte Jesu auf die pazifistische Position der Friedenskirchen und die rechtspazifistische Position, so repräsentiert a) die friedenskirchliche Position das Licht der Welt und b) die rechtspazifistische das Salz der Erde.

Es braucht indes beides: Licht und Salz – und diese Doppelpoligkeit dürfte für die Ausrichtung einer christlichen Friedensethik unumgänglich sein.

»Korruptierbar sind freilich beide, das Salz der Erde und das Licht der Welt, jedes auf seine Weise. Das Salz kann dumm werden. Und die Lichter stehen in der Gefahr, zu vergessen, daß sie nicht aus sich selber strahlen und anziehend wirkend, sondern nur kraft ihrer Transparenz für ein ganz anderes Licht, das durch sie hindurchscheint und vom Vater im Himmel kommt (Mt 5,16), vor dem alle Feindschaft nichtig ist.« ⁹⁵

Anmerkungen:

¹ Vortrag vom 23.11.2018 im Rahmen der Tagung »Auf dem Weg des Gerechten Friedens. Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges« vom 23. bis 24. November 2018 in der Ev. Akademie Bad Boll (eine Tagung zusammen mit der Hauskonferenz »Kirche und Gesellschaft« der Ev. Akademie Bad Boll, der EAK Württemberg u.a. Einrichtungen). Es handelt sich um eine stark gekürzte, vortragsgemäße Aufbereitung meines Aufsatzes: »Selig sind die Friedensstifter«. *Der radikale Pazifismus der Täufer und Neutäufer in Geschichte und Gegenwart, Kirchliche Zeitgeschichte (KZG) 31 (2018). Der Vortragstil wird bewusst beibehalten.*

² Zum Hintergrund vgl. einführend: W. HUBER, *Sozialethik als Verantwortungsethik*, in: W. NETHÖFEL u.a. (Hg.), *Verantwortungsethik als Theologie des Wirklichen*, Göttingen 2009, (74–100) 77–81. Fernerhin: W. HUBER, *Die Verantwortung der Intellektuellen*, in: DERS., *Konflikt und Konsens. Studien zur Ethik der Verantwortung*, München 1990, (158–175) 163–167.

³ M. WEBER, *Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919. Max Weber Gesamtausgabe Abteilung I: Schriften und Reden 17*, hg. v. W.J. MOMMSEN / W. SCHLUCHTER, Tübingen 1992, 240.

⁴ T. RENDTORFF, *Müssen Christen Pazifisten sein?*, *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 27 (1983), (137–155) 139.

⁵ Vgl. W. HUBER / H.-R. REUTER, *Friedensethik*, Stuttgart u.a. 1990, 111.

⁶ Vgl. a.a.O., 110.

⁷ W. HUBER, *Die tägliche Gewalt. Gegen den Ausverkauf der Menschenwürde*, Freiburg i.Br. u.a. 1993, 116–118.

⁸ WEBER, *Politik als Beruf*, 235.

⁹ A.a.O., 250.

¹⁰ Zur Kritik vgl. u.a. CHR. FREY, *Theologische Ethik. Neukirchener Arbeitsbücher, Neukirchen-Vluyn 1990*, 7–22; W. KRECK, *Gesinnungsethik oder Verantwortungsethik. Kritik an dieser Unterscheidung Max Webers*, in: H. KLOPPENBURG u.a. (Hg.), *Martin Niemöller. Festschrift zum 90. Geburtstag*, Köln 1984, 215–225; W. SCHOBERTH, *Die bessere Gerechtigkeit und die realistischere Politik. Ein Versuch zur politischen Ethik*, in: R. FELDMIEIER (Hg.), *Salz der Erde. Zugänge zur Bergpredigt, Biblisch-theologische Schwerpunkte 14*, Göttingen 2000, 108–140; B. WANNENWETSCH, *The Liturgical Origin of the Christian Politeia. Overcoming the Weberian Temptation*, in: CH. STUMPF / H. ZABOROWSKI (Hg.), *The Church as Polis. The Political Self Understanding of Christianity*, Berlin / New York 2004, 323–340.

¹¹ WEBER, *Politik als Beruf*, 240.

¹² D. BONHOEFFER, *Nachfolge*, hg. v. M. KUSKE / I. TÖDT, DBW 4, München 1989, 69–76.

¹³ S. HERRMANN, *Zugutmenschen. Warum tadellose Vorbilder so oft Kritik provozieren*, SZ Nr. 52 vom 03.03.2017, 1.

¹⁴ H. LICHTENBERGER, *Die Seligpreisungen der Bergpredigt (Mt 5,3–12)*, in: W. BASCHKIROW u.a. (Hg.), *Was ist orthodox? Was ist evangelisch? Theologie interdisziplinär* 13, Neukirchen-Vluyn 2011, (61–79) 61f.

¹⁵ Exegetisch ist es unstrittig, dass die Seligpreisung Mt 5,9 »eine Interpretation des Feindesliebegebots darstellt und damit das Verständnis der Feindesliebe in der mt Gemeinde spiegelt: Feindesliebe ist ein Akt des Friedensstiftens. Und umgekehrt bedeutet Friedensstiftung für Matthäus und seine Gemeinden das Bemühen, Feindschaft zu überwinden, indem man dem Feind Wohltaten erweist, sich um das Gedeihen seines Lebens kümmert und für ihn betet.« M. KONRADT, *Das Evangelium nach Matthäus*, NTD 1, Göttingen 2015, 70.

¹⁶ K. WENGST, *Das Regierungsprogramm des Himmelreiches. Eine Auslegung der Bergpredigt in ihrem jüdischen Kontext*, Stuttgart 2010, 48. So auch U. LUZ, *Das Evangelium nach Matthäus (Mt 1–7)*, EKK I/1, Düsseldorf u.a. 52002, 287; G.H. STASSEN / D.P. GUSHEE, *Kingdom Ethics. Following Jesus in Contemporary Context*, Downers Grove 2003, 45. Vgl. FREY, *Theologische Ethik*, 11: »Es geht nicht um leidendes Hinnehmen, sondern um ein aktives Verhalten in vermeintlicher Passivität. Keinesfalls sollen Christen wie Lämmer sein, die sich einfach zur Schlachtbank führen lassen.«

¹⁷ So U. LUZ, *Feindesliebe und Gewaltverzicht: Zur Struktur und Problematik neutestamentlicher Friedensideen*, in: A. HOLZEM (Hg.), *Kriege und Christentum. Religiöse Gewalttheorien in der Kriegserfahrung des Westens*, KRiG 50, Paderborn u.a. 2009, (137–149) 137.

¹⁸ Vgl. dazu ausführlicher: M. HOFHEINZ, *Der radikale Pazifismus*, in: I.-J. WERKNER / K. EBELING (Hg.), *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden 2016, 411–430. Fernerhin: M. HOFHEINZ / W. LI-ENEMANN, Art. »Frieden und Pazifismus«, in: H.J. GIESSMANN / B. RINKE (Hg.), *Handbuch Frieden. Neuauflage*, Wiesbaden 2018, 571–580.

¹⁹ Vgl. zum gesamten Abschnitt 2.1 M. HOFHEINZ, »Franziskus in Kniebundhosen«. *Der christliche Pazifismus Eberhard Arnolds als Tatzeugnis gemeinsamen Lebens*, in: M. HOFHEINZ / F. VAN OORSCHOT (Hg.), *Christlich-theologischer Pazifismus im 20. Jahrhundert, Studien zur Friedensethik* 56, Münster-Baden-Baden 2016, 69–94.

²⁰ Eine Biographie Arnolds hat vorgelegt: M. BAUM, *Eberhard Arnold: Ein Leben im Geist der Bergpredigt*, Schwarzenfeld 2013.

²¹ Zur Geschichte der Gütergemeinschaft vgl. H.-J. GOERTZ (Hg.), *Alles gehört allen. Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute*, München 1984; M. LEUTZSCH, *Erinnerung an die Gütergemeinschaft: Über Sozialismus und Bibel (zu Apostelgeschichte 2,42–47 und 4,32–37)*, in: R. FABER (Hg.), *Sozialismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 1994, 77–93; M. HOFHEINZ, »Die Gläubigen hatten alles gemeinsam.« *Die Gütergemeinschaft der Urgemeinde nach Johannes Calvin. Zugleich ein Beitrag zur sog. Weber-These*, in: M. FREUDENBERG / J.M.J. LANGE VAN RAVENSWAAY (Hg.), *Diakonie im reformierten Protestantismus. Vorträge der 11. Internationalen Emder Tagung zur Geschichte des reformierten Protestantismus*, EBzrP 17, Neukirchen-Vluyn 2018, 45–57.

²² Zur Jerusalemer Urgemeinde und zum sog. urchristlichen Liebeskommunismus vgl. aus exegetischer Perspektive: H.-J. KLAUCK, *Gütergemeinschaft in der klassischen Antike, in Qumran und im Neuen Testament*, in: DERS., *Gemeinde – Amt – Sakrament. Neutestamentliche Perspektiven*, Würzburg 1989, 69–100; G. THEISSEN, *Urchristlicher Liebeskommunismus: Zum »Sitz im Leben« des Topos hápanta koiná: Apg 2,44 und 4,32*, in: T. FORNBERG / D. HELLHOLM (Hg.), *Texts and Contexts: Biblical Texts in Their Textual and Situational Contexts*. FS Lars Hartman, Kopenhagen-Oslo 1995, 689–712; F.W. HORN, *Die Gütergemeinschaft der Urgemeinde*, *Evangelische Theologie* 58 (1998), 370–383; K. MINESHIGE, *Besitzverzicht und Almosen bei Lukas: Wesen und Forderung des lukanischen Vermögensethos*, Tübingen 2003; V. PETRACCA, *Gott oder das Geld: Die Besitzzethik des Lukas*, Tübingen-Basel 2003; M. KONRADT, *Gott oder Mammon: Besitzethos und Diakonie im frühen Christentum*, in: CH. SIGRIST (Hg.), *Diakonie und Ökonomie: Orientierungen im Europa des Wandels*, Zürich 2006, 107–154; N. NEUMANN, *Der Tod von Hananias und Saphira. Menippeische Parallelen zu Apg 5,1–11*, in: M. LANG / J. VERHEYDEN (Hg.), *Goldene Anfänge und Aufbrüche. Johann Jakob Wettstein und die Apostelgeschichte*, Leipzig 2016, 289–309.

²³ Anders S. WEHOWSKY, *Religiöse Interpretation politischer Erfahrung: Eberhard Arnold und die Neuwerkbewegung als Exponenten des religiösen Sozialismus zur Zeit der Weimarer Republik*, Göttingen 1980, 56.

²⁴ WEBER, *Politik als Beruf*, 234f.

²⁵ A.a.O., 235.

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. E. ARNOLD, *Familienverband und Siedlungsleben (1920)*, in: A. PFEIFFER (Hg.), *Religiöse Sozialisten, Dokumente der Weltrevolution* 6, Olten-Freiburg i.Br. 1976, (217–166) 217f.

²⁸ Auch die Rede von »Arnolds Depotenzenierung der Welt« (WEHOWSKY, *Religiöse Interpretation*, 55) ist zumindest missverständlich.

²⁹ Vgl. ARNOLD, *Familienverband und Siedlungsleben*, 224.

³⁰ A.a.O., 224f.

³¹ Vgl. a.a.O., 225.

³² A.a.O., 224.

³³ ARNOLD, Familienverband und Siedlungsleben, 219.

³⁴ Zur Biographie Yoders vgl. H.-J. GOERTZ, John Howard Yoder – radikaler Pazifismus im Gespräch, Göttingen 2013; zur Theologie Yoders vgl. M. HOFHEINZ, »Er ist unser Friede«. Karl Barths christologische Grundlegung der Friedensethik im Gespräch mit John Howard Yoder, FSÖTh 144, Göttingen 2014.

³⁵ J.H. YODER, *The Politics of Jesus. Vicit Agnus Noster*, Grand Rapids 21994 (Übersetzung der ersten Aufl.: *Die Politik Jesu. Der Weg des Kreuzes*, übers. v. W. KRAUSS, Maxdorf 1981).

³⁶ Vgl. S. HAUERWAS, *Hannah's Child. A Theologian's Memoirs*, Grand Rapids / Cambridge 2010, 116–121.

³⁷ Vgl. J.W.M. MCCLENDON, JR., *The Radical Road One Baptist Took*, MQR 74 (2000), (503–510) 507f.

³⁸ Vgl. G.H. STASSEN, Introduction: *Jesus Is No Sectarian: John H. Yoder's Christological Peacemaking Ethic*, in: J.H. YODER, *The War of the Lamb. The Ethics of Nonviolence and Peacemaking*, hg. v. G.H. STASSEN u.a., Grand Rapids 2009, 7–24.

³⁹ Vgl. S. HAUERWAS, *Why The Politics of Jesus Is Not a Classic*, in: DERS., *A Better Hope. Resources for a Church Confronting Capitalism, Democracy, and Postmodernity*, Grand Rapids 2000, 129–136.

⁴⁰ F. ENNS, Die »Politik Jesu«. John Howard Yoders christologisch begründeter Pazifismus und seine friedenskirchlichen Implikationen, in: M. HOFHEINZ / F. VAN OORSCHOT (Hg.), *Christlich-theologischer Pazifismus im 20. Jahrhundert*, Studien zur Friedensethik 56, Münster / Baden-Baden 2016, (231–252) 231.

⁴¹ Vgl. H.G. ULRICH, *Kirchlich-politisches Zeugnis vom Frieden Gottes. Friedensethik zwischen politischer Theologie und politischer Ethik ausgehend von John Howard Yoder, Stanley Hauerwas und Oliver O'Donovan*, Ökumenische Rundschau 55 (2006), 149–170.

⁴² YODER, *Die Politik Jesu*, 58. Das Kreuz ist für Yoder dabei »nicht ein Umweg oder eine Hürde auf dem Weg zum Königreich, noch ist es der Weg zum Königreich; es ist das Kommen des Königreiches« (a.a.O., 56); zugleich ist es »die Bestrafung eines Mannes [...], der die Gesellschaft durch die Gründung einer neuen Gemeinschaft radikal neuen Lebens bedroht« (a.a.O., 58).

⁴³ J.H. YODER, *Nevertheless. Varieties of Religious Pacifism*, Scottdale ³1992, 133.

⁴⁴ YODER, *Die Politik Jesu*, 219.

⁴⁵ A.a.O., 43.

⁴⁶ Vgl. R.W. LOVIN, *Reinhold Niebuhr and Christian Realism*, Cambridge 1995; DERS., *Christian Realism and the New Realities*, Cambridge 2008; A. RASMUSSEN, »The curious fact that... the Lord always puts us on the just side«: R. Niebuhr, *America, and Christian Realism*, *Studia Theologica* 66/1 (2012), 41–61.

⁴⁷ Vgl. WEBER, *Politik als Beruf*, 251.

⁴⁸ Zu Niebuhr vgl. M. HOFHEINZ, *Platzanweisung. Reinhold Niebuhrs Umgang mit dem Friedenszeugnis der Historischen Friedenskirchen*, in: DERS. / G. PLASGER (Hg.), *Ernstfall Frieden. Biblisch-theologische Perspektiven*, Wuppertal 2002, 117–141.

⁴⁹ Vgl. J.H. YODER, *Reinhold Niebuhr and Christian Pacifism*, MQR 29 (1955), 101–117.

⁵⁰ T.M. PLAUTUS, *Asinaria* II, 4, 88; TH. HOBBS, *De cive*, Widmung an den Grafen Wilhelm zu Devonshire.

⁵¹ Der Krieg aller gegen alle (*bellum omnium in omnes*) ist nach TH. HOBBS (*De cive* I,12) der natürliche Zustand, der aus dem natürlichen Recht aller »auf alles« (*De cive* I,10) folgt.

⁵² J.H. YODER, *The Royal Priesthood. Essays Ecclesiological and Ecumenical*, hg. v. M.G. CARTWRIGHT, Grand Rapids 1994, 143–167. Dazu: J.W.M. MCCLENDON, JR., *Ethics. Systematic Theology* Vol. 1. Revised Edition, Nashville 2002, 317–320.

⁵³ J. MOLTSMANN, *Wer ist Christus für uns heute?*, Gütersloh 1994, 13.

⁵⁴ M. TROWITZSCH, *Karl Barth heute*, Göttingen 2007, 86.

⁵⁵ H.-R. REUTER, *Liebet eure Feinde! Zur Aufgabe einer politischen Ethik im Lichte der Bergpredigt*, *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 26 (1982), (159–187) 162.

⁵⁶ Vgl. ebd.

⁵⁷ LUZ, *Feindesliebe und Gewaltverzicht*, 139. Zum Gottesreich-Bezug der Bergpredigt vgl. auch die hermeneutischen Überlegungen a.a.O., 141.

⁵⁸ *Politik und Geist. Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt*, EK 14 (1981), (209–216) 214.

⁵⁹ J. RAU, *Wer hofft, kann handeln. Warum man mit der Bergpredigt Politik machen kann*, *EvKomm* (7/1997), (399–400) 400. Vgl. auch den Predigtband J. RAU, *Wer hofft, kann handeln. Gott und die Welt ins Gespräch bringen. Predigten*, hg. v. M. SCHREIBER, Holzgerlingen 2006.

⁶⁰ J. EBACH, »Selig sind die Friedfertigen«, in: DERS., *Ein weites Feld – ein zu weites Feld?*, *Theologische Reden* 6, Bochum 2004, (126–131) 131. Ebach zitiert W. BENJAMIN, Charles Baudelaire.

Ein Lyriker im Zeitalter des Hochkapitalismus, in: DERS., *Gesammelte Schriften I/2*, hg. v. R. TIEDEMANN / H. SCHWEPPEN-HÄUSER, Frankfurt a.M. 31990, (509–690) 683.

⁶¹ RAU, *Wer hofft, kann handeln*, 400.

⁶² Ebd.

⁶³ Vgl. WEBER, *Politik als Beruf*, 235.

⁶⁴ G. EICHHOLZ, *Auslegung der Bergpredigt*, Neukirchen-Vluyn 51982, 41. Vgl. auch WENGST, *Das Regierungsprogramm*, 45; LUZ, *Das Evangelium nach Matthäus*, 284.

⁶⁵ Vgl. dazu einführend G. STEINS, »Seid auf das Ganze bedacht!« Zu den biblischen Grundlagen kreativer Gewaltfreiheit, in: M. ECKHOLT / G. STEINS (Hg.), *Aktive Gewaltfreiheit. Theologie und Pastoral für den Frieden*, Würzburg 2018, (36–59) 37–41.

⁶⁶ Vgl. REUTER, *Liebet eure Feinde!*, 175.

⁶⁷ Diesen Begriff hat G.H. STASSEN (*The Fourteen Triads of the Sermon on the Mount [Matthew 5:21-7:12]*, JBL 122 [2/2003], 267–308; ausführlicher und popularisiert: *Living the Sermon on the Mount. A Practical Hope for Grace and Deliverance*, San Francisco 2006) eingeführt, geprägt und im Blick auf die Bergpredigt als vierzehn jeweils triadisch-strukturierte »transforming initiatives« konkretisiert (bestehend aus der Trias: traditional righteousness, vicious cycle und transforming initiative). Vgl. auch DERS. / GUSHEE, *Kingdom Ethics*, 125–145. Vgl. die Synopse a.a.O., 142.

⁶⁸ So auch LUZ, *Das Evangelium nach Matthäus*, 392.

⁶⁹ Vgl. LUZ, *Feindesliebe und Gewaltverzicht*, 140.

⁷⁰ G. THEISSEN, *Studien zur Soziologie des Urchristentums*, Tübingen 31989, 177.

⁷¹ Vgl. LUZ, *Das Evangelium nach Matthäus*, 386; WENGST, *Das Regierungsprogramm*, 119f.

⁷² K. WENGST, *Vom kreativen Rechtsverzicht. Die Auslegung des Rechts auf Schadenersatz in Mt 5,38–42*, in: »Dieses Volk schuf ich mir, daß es meinen Ruhm verkünde.« FS Dieter Vetter, hg. v. F. MATHEUS, Duisburg 1992, 35–46; W. DIETRICH / M. MAYORDOMO (*Gewalt und Gewaltüberwindung in der Bibel*, Zürich 2005, 204) sprechen von Jesu »Aufruf zu subversiver Kreativität« gegen die Regeln der Gewalt bzw. von »kreative[n] Überraschungen«, auf die die Forderung Jesu, dem Bösen nicht zu widerstehen, ziele.

⁷³ WENGST, *Das Regierungsprogramm*, 120. Ähnlich LUZ, *Feindesliebe und Gewaltverzicht*, 141: »Es geht [...] um ein die Spirale menschlicher Gewalt unterbrechendes Verhalten, das zugleich ein Stück Protest der Ohnmächtigen gegen sie ist und

ihren wahren Charakter enthüllt, also um einen Aufruf zu ‚subversiver Kreativität‘.«

⁷⁴ KONRADT, *Das Evangelium nach Matthäus*, 95.

⁷⁵ Zum Rechtsverzicht bei Luther vgl. J. BOOMGAARDEN, *Amor iustitiae. Eine kritische Vergegenwärtigung der Lutherischen Lehre vom Rechtsverzicht und Rechtsgewinn*, *Theologische Zeitschrift* 61/4 (2005), 346–363.

⁷⁶ J.-CH. MASCHMEIER, *Die ‚bessere Gerechtigkeit‘ als imitatio der bedingungslosen Liebe Gottes? Ein Beitrag zu Mt 5,20 und dem Feindesliebegebot (Mt 5,43–48)*, in: C. JOCHUM- BORTFELD u.a. (Hg.), *Theologie verantworten – im Angesicht Israels. Festschrift für Klaus Wengst. Teil 1 (Texte und Kontexte 134–136)*, Dortmund 2012, (41–51) 49.

⁷⁷ W. LIENEMANN, *Rechtsschutz und Gewaltprävention. Vom rechtmässigen Krieg zum gerechten Frieden. Vortrag anlässlich der Studientagung 1999 des Amtes für Mission und Ökumene der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau am 20. Oktober 1999 in Arnoldshain, Unveröffentlichtes Manuskript*, (1–13) 9.

⁷⁸ Der kontraintuitive Charakter beruht jedoch auf einem undifferenzierten Gewaltbegriff, der nicht zwischen rechterhaltender Gewalt (»coercion« im Sinne von Rechtsdurchsetzung) und nackter Gewalt ohne Rechtsbindung (»violence«) unterscheidet. Vgl. dazu M. HOFHEINZ, *Gewalt und Gewalten im Kontext von Barmen V. Eine friedensethische Annäherung an das »Just Policing«*, *Kirchliche Zeitgeschichte (KZG)* 29 (2016), (149–170) 160–165.

⁷⁹ W. LIENEMANN, *Notwendigkeit und Chancen der Gewaltfreiheit*, in: D. SENGHAAS (Hg.), *Frieden machen*, Frankfurt a.M. 1997, (48–62) 51.

⁸⁰ H.-R. REUTER, *Gerechter Friede! – Gerechter Krieg?*, *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 52 (2008), (163–168) 164.

⁸¹ So in Anlehnung an W. HUBER, *Rückkehr zur Lehre vom gerechten Krieg? Aktuelle Entwicklungen in der evangelischen Friedensethik*, *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 49 (2005), (113–130) 126.

⁸² I. KANT, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* (1795), in: DERS., *Werke in Zehn Bänden*, Bd. 9 (*Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Erster Teil*), hg. v. W. WEISCHEDL, Darmstadt 51983, 191–251.

⁸³ Vgl. *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD*, Gütersloh 2007, 58 (Nr. 86).

⁸⁴ K. BARTH, *Eine Schweizer Stimme 1938–1945*, Zürich 1985, 209 (*Im Namen Gottes des Allmächtigen*, Juni 1941).

⁸⁵ K. HOLL, Pazifismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe* 4, Stuttgart 1978, (767–787) 768.

⁸⁶ Vgl. das Kap. 3 »Gerechter Frieden durch Recht« der EKD-Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen«, 57–79.

⁸⁷ EBACH, »Selig sind die Friedfertigen«, 129.

⁸⁸ H. GOLLWITZER, *Einiges zu Eberhard Arnold und den Bruderhöfen*, in: H. DÜRR / CH. RAMSTEIN (Hg.), *Basilea – Festschrift für Eduard Buess*, Basel 1993, (117–126) 125f.

⁸⁹ W. KRECK, *Kirche in der Krise der bürgerlichen Welt. Vorträge und Aufsätze 1973–1978*, München 1980, 225. *Dort kursiv.*

⁹⁰ H.-G. GEYER, *Wahre Kirche? Betrachtungen über die Möglichkeit der Wahrheit einer christlichen Kirche*, in: DERS., *Andenken. Theologische Aufsätze*, hg. v. H.TH. GOEBEL, Tübingen 2003, (227–256) 240.

⁹¹ Dieses Modell geht bereits, wie ich anderenorts zu zeigen versucht habe, auf H. Gollwitzer zurück. Vgl. M. HOFHEINZ, *Die Herausforderung der Historischen Friedenskirchen. Helmut Gollwitzer und das »schwärmerische« Friedenszeugnis: Sic et non*, *Evangelische Theologie* 63 (2003), 127–147.

⁹² REUTER, *Liebet eure Feinde!*, 186.

⁹³ Diese Anwendung verdanke ich dem instruktiven Aufsatz von REUTER, *Liebet eure Feinde!*, 185–187.

⁹⁴ Vgl. zur Anschaulichkeit der hier verwendeten Metaphorik N. NEUMANN, *Die Anschaulichkeit der Rede Jesu. Ein Beitrag zur Rhetorik der Bergpredigt*, in: D. SENIOR (Hg.), *The Gospel of Matthew at the Crossroads of Early Christianity*, BEThL 243, Leuven 2011, (621–636) 627– 630.

⁹⁵ A.a.O., 187.



»Lessons learned? Friedensbildung 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges«

Von Prof. Uli Jäger, Programmdirektor, Berghof Foundation, Tübingen

Anmerkung der Redaktion: Die Berghof Foundation ist eine Nichtregierungsorganisation, die Konfliktparteien und andere Akteure in ihren Bemühungen unterstützt, durch Friedensförderung, Friedenserziehung und Konflikttransformation politischen und sozialen Wandel sowie dauerhaften Frieden zu erreichen.

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

»Wir grüßen, die unsere Feinde waren« – anlässlich des Gedenkens an das 100-jährige Ende des Ersten Weltkrieges drückt dieser Ausruf von Kurt Eisner, dem ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, im Jahr 1918 eindrucksvoll die damalige Bereitschaft zu einem friedensorientierten Aufbruch aus. Leider fand das gesellschaftspolitische Experiment ein jähes Ende. Die Kernaussage des Zitates ist jedoch keineswegs überholt, denn es finden sich darin Hinweise auf die großen Ziele der Friedenspädagogik: Die Überwindung von Gewalt, Feindbildern und Krieg und den ihnen zugrundeliegenden Ursachen und Interessen sowie die Bereitschaft und die Fähigkeit zu Dialog, zu Versöhnung, zu konstruktivem Konfliktaustrag und gewaltfreier Erziehung.¹ Tatsächlich lassen sich eine Reihe von Grundlagen und Kernelementen der heutigen Friedenspädagogik und -bildung auf die gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der von Gewaltherrschaft und zwei Weltkriegen geprägten Zeiten zurückführen. Dies geschieht im Rahmen dieses Beitrages nicht systematisch, sondern exemplarisch. Das Ziel ist es, einen Einblick in die Bandbreite der Friedenspädagogik zu geben, historische Bezüge zu benennen und zum Nachdenken darüber anzuregen, inwieweit friedenspädagogische Lehren aus der Geschichte gezogen wurden bzw. weiterhin gezogen werden können. Der Begriff Friedenspädagogik wird dabei in einem umfassenden Sinne verwendet, während sich Friedensbildung speziell auf den schulischen Kontext bezieht.

Recht auf gewaltfreie Erziehung

Die Förderung gewaltfreier Erziehung gehört zu den Grundkonstanten der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges neu entwickelnden Frie-

denspädagogik. Die Wurzeln reichen weit zurück in die Vergangenheit. So hat die Reformpädagogik Maria Montessoris zwischen den beiden Weltkriegen vor dem Hintergrund des damaligen extrem autoritären und gewalthaltigen Bildungssystems und der diesbezüglichen Erziehungsideale darauf hingewiesen, dass es gezielter Erziehung bedarf, um in einem jungen Menschen die Fähigkeit zum Frieden zu entwickeln. Ihr Hauptanliegen war die Überwindung des »Kampfes zwischen dem Erwachsenen und dem Kind«, damit Kinder ernst genommen und ihre einzigartigen Fähigkeiten entwickeln können, damit sie Anerkennung erfahren und schließlich auch über Rechte und Mitsprache verfügen. Montessori hat keinen Zweifel daran gelassen, dass das Ende von Gewalt und Krieg und die Etablierung eines Friedens neben erzieherischen Maßnahmen immer auch der politischen Anstrengungen und der Verrechtlichung bedürfen. Insofern kann Maria Montessori in diesem Zusammenspiel von Pädagogik und Politik zu Recht als eine Wegbereiterin der Friedenspädagogik bezeichnet werden. Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges, im Jahr 2000, wurde mit der Verankerung des Rechts der Kinder auf gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch in Deutschland ein wirklicher Meilenstein für die Legitimation einer gewaltfreien Erziehung gelegt. Dies kann ohne Zweifel auch deshalb als ein immenser Fortschritt bezeichnet werden, weil dieses Recht auf gewaltfreie Erziehung erst nach jahrelangen, kontroversen, auch schmerzhaften Diskussionen in Gesellschaft und Politik im Bundestag durchgesetzt werden konnte. Durch eine sich anschließende Informations- und Aufklärungskampagne der damaligen Bundesregierung konnte die Sensibilität für die Problematik erheblich gesteigert werden.

Gewalt gegen Kinder – vor allem im familiären Kontext – ist leider jedoch auch heute noch Bestandteil unserer Gesellschaft und es bedarf anhaltender Anstrengungen für deren Reduzierung oder gar Überwindung. Eltern müssen immer neu auf ihre diesbezügliche Verantwortung hingewiesen werden, und es gilt gleichzeitig, Kinder rechtzeitig und umfassend über ihre Rechte aufzuklären. Schließlich ist es wichtig, dem Thema in der Aus- und Fortbildung der in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen arbeitenden Pädagog*innen einen angemessenen Raum zu geben. So gilt

es, das Recht auf gewaltfreie Erziehung zu bewahren und zu pflegen. Friedenspädagogik kann diese Prozesse in Theorie und Praxis unterstützen, wobei es hilfreich ist, den Bogen in die Geschichte zu spannen und das historische Bewusstsein für diese große gesellschaftliche Errungenschaft zu schärfen.

Friedensbildung statt Erziehung zum Krieg

Ein wichtiges Thema für die Friedensbildung in der Schule ist die (kritische) Auseinandersetzung mit internationalen Entwicklungen im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik. Die anhaltende Bereitschaft, militärische Gewalt einzusetzen, die gleichzeitige Komplexität der weltweiten Konfliktlagen und die Schwierigkeiten, langanhaltende Kriege zu beenden, verunsichern junge Menschen. Viele Fragen sind offen, wobei es auch um die Rolle des Militärs und im konkreten Fall um die der Bundeswehr geht. In großen Werbekampagnen werden aktuell junge Menschen angesprochen, um sie für den Beruf als Soldat*in zu begeistern. Dies ist besonders im schulischen Kontext ein höchst sensibles Feld, wenn es zum Beispiel um die Frage geht, wo die Grenze zwischen einer Darstellung der Aufgaben der Bundeswehr einerseits und der Werbung für die Bundeswehr andererseits geht. So ist es Jugendoffizieren der Bundeswehr nicht erlaubt, bei ihren schulischen Auftritten die (Nachwuchs-)Werbetrommel zu rühren. Die in Gesellschaft und Politik insgesamt vorhandenen und sehr berechtigten friedensorientierten Sensibilitäten gründen auch in Erfahrungen aus der Geschichte. Der Militärhistoriker und Friedensforscher Wolfram Wette hat in vielen seiner Arbeiten mit Nachdruck auf lange Phasen einer systematisch betriebenen Erziehung zum Militär in Deutschland hingewiesen: »Von den deutschen Einigungskriegen im 19. Jahrhundert bis zum Kriegsende 1945 wurden in Deutschland viele Generationen – Männer, Frauen und Kinder – einer staatlich organisierten Erziehung zum Krieg ausgesetzt, dies nicht nur beim Militär, sondern auf allen Ebenen des Erziehungs- und Bildungswesens«. Die Instrumentalisierung von Bildung und Erziehung für militärische Belange ist nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Thema geblieben. So fand in der DDR eine systematisch betriebene »vormilitärische Erziehung« an Schulen statt. Der Bau von Kinderpanzern und Rechenbeispiele über Handgranatenweitwurf in Schulbüchern für Mathematikunterricht sind heute undenkbar. Wie pädagogisch (und politisch) kontrovers der Umgang mit sicherheitspolitischen Themen auch in der Geschichte der Bundesrepublik diskutiert wurde,

zeigt das Scheitern des Unternehmens »Friedenserziehung bundesweit«. Zu Beginn der achtziger Jahre starteten Beratungen in der Kultusministerkonferenz zu der Frage, wie der Themenkomplex »Friedenserziehung und Friedenssicherung« in der Lehrer*innenbildung und im Unterricht verankert werden sollten. Es kam zu keiner Einigung und am Ende lagen zwei unterschiedliche Dokumente vor: eines für die sozialdemokratisch und eines für die christdemokratisch regierten Bundesländer. Hintergrund des »Unternehmens« war ein Versuch aus dem Bundesverteidigungsministerium, angesichts steigender Bereitschaft zur Kriegsdienstverweigerung über die Kultusministerien Einfluss auf die Behandlung des Themas »Friedenssicherung« an den Schulen zu nehmen.³ Im Kern der kritischen pädagogischen Diskussion ging es um die Frage, wie eine »Erziehung« zur eigenständigen Meinungsbildung und moralischen Selbständigkeit der Schüler*innen gestaltet werden kann.

Die Überwindung einer staatlich betriebenen, systematischen vormilitärischen Erziehung ist eine große gesellschaftliche und politische Errungenschaft. Angesichts der beschriebenen aktuellen Herausforderungen ist es heute Aufgabe der Friedensbildung, Schüler*innen in die Lage zu versetzen, die aktuellen sicherheitspolitischen Diskurse kritisch verfolgen und eigenständig bewerten zu können. Dabei versteht sich Friedensbildung als Teil politischer Bildung. Die Friedenspädagogik (in ihrer unverkennbar normativen Ausrichtung) legt gleichzeitig großen Wert auf die Klärung der persönlichenhaltungsfrage, gerade wenn es um die Fragen der (militärischen) Gewalt, um Krieg und um Frieden geht. Glaubwürdigkeit und das Sichtbarmachen der eigenen Haltung seitens der verantwortlichen Pädagog*innen sind entscheidende Faktoren für die Chancen auf das Gelingen offen gehaltenen Lernprozesse. Auch dies ist eine Erkenntnis aus Theorie, Praxis – und der Geschichte.

Für die Friedensbildung ist es unverzichtbar, dass es in Gesellschaft und Politik eine sichtbare Lobbyarbeit für zivile Ansätze der Konfliktbearbeitung, für das Stärken einer Friedenslogik und der Gewaltfreiheit gibt. Dabei spielen die Kirchen eine wichtige Rolle. Die Diskussionen um den »gerechten Frieden« gehören grundlegend dazu. Diese Lobbyarbeit (im positiven Sinne) für nichtmilitärische Optionen und für Gewaltfreiheit als Lebensprinzip muss allerdings wieder stärker werden, weil sie dringend für die Etablierung einer nachhaltigen Kultur des Friedens gebraucht wird. Es muss gefragt werden, woran es lag, dass es in

den letzten Jahren und Jahrzehnten trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung als einen gleichwertigen Ansatz zu militärischen Optionen zu etablieren. Warum wird heute mehr über eine europäische Armee diskutiert als über die Rolle Europas als ziviler Friedensstifter? Die verfügbaren Ressourcen für Friedensbildung reichen nicht aus. Denn es bedarf neuer Ansätze und Konzepte, wie jungen Menschen diese komplexe Welt attraktiv und mit zeitgemäßen Methoden erklärt werden kann und wie man sie für ein Friedensengagement begeistert. Die Bewegung »Fridays for Future« zeigt, wie sensibel Schüler*innen in Bezug auf den ökologischen Frieden sind.

Geteilte Erfahrungen und Erinnerungen

Auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges beschäftigen die thematisch übergreifenden, grundlegenden Fragen nach dem pädagogischen Umgang mit der nationalsozialistischen, gewaltvollen Vergangenheit die Friedenspädagogik. Seit den frühen Jahren der Friedenspädagogik nach 1945 spielen Fragen des Umgangs mit Antisemitismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine bedeutsame Rolle, und es wurden Lernmedien für die Schule, aber auch für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung erarbeitet. Im Rückblick nahmen die Auseinandersetzungen mit dem 1966 formulierten Leitgedanken des Philosophen und Soziologen Theodor Adorno eine herausragende Stellung ein. »Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung«. Adorno hat in seiner damaligen Radioansprache keine Hinweise geben können, wie diese Forderung in der pädagogischen Praxis umgesetzt werden soll. Er hat jedoch vielfältige, intensive Fachdiskurse und gesellschaftliche Lernprozesse ausgelöst, in deren Folge fruchtbare pädagogische Ansätze (z. B. Gedenkstättenpädagogik) entwickelt und erprobt wurden. Die Bezüge zur Vergangenheit ebenso wie auf Artikel 1 im Grundgesetz sind konstante Größen: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Es macht Sinn, diese Bezüge auch heute immer wieder neu zu beleuchten und ins Bewusstsein zu rufen. Denn es handelt sich bei der systematischen Etablierung einer friedenspolitischen und -pädagogischen Erinnerungskultur um einen dauerhaften Prozess. Dazu zählt die Verfügbarkeit von Orten, Räumen und Gelegenheiten, um nicht nur Erinnerung stattfinden zu lassen, sondern auch um Diskurse über die Gestaltung des zukünftigen, gemeinsamen Zusammenlebens zu initiieren und zu begleiten. Auch hier spielen gesellschaftliche Akteure wie die Kirchen

eine tragende Rolle, um Friedensbildung eine Basis zu geben.

Eine aktuelle theoretische wie praktische Herausforderung ergibt sich aus der Frage, wie Erinnerungen an gewaltsame Vergangenheit einerseits *und* an positive Erfahrungen mit Gewaltfreiheit andererseits mit Menschen geteilt werden kann, die als Geflüchtete oder im Kontext von Zwangsmigration nach Deutschland kommen. Bei den zu entwickelnden Konzeptionen darf es sich nicht um pädagogische Einbahnstraßen handeln. Im Gegenteil, aus friedenspädagogischer Sicht gilt es, Lernarrangements zu entwickeln, wie Menschen, vor allem auch junge Menschen, die zum Beispiel der Hölle von Aleppo entronnen sind, ihre Erfahrungen mit Gewalt und Gewaltfreiheit mitteilen können und wie daraus gemeinsame Lernprozesse entstehen können. In der Vergangenheit haben sich biographische Lernansätze als sehr hilfreich erweisen, zum Beispiel die Auseinandersetzung mit Vorbildern, ihren biografischen Brüchen, ihren Widersprüchlichkeiten, ihren Ängsten, Sorgen und Nöten, auch ihren Fehlern. Diesbezügliche Projekte (z. B. Peace Counts. Die Erfolge der Friedensmacher*innen) haben sich deshalb so erfolgreich erwiesen, weil über Biografien von Menschen aus aller Welt das Lernen für den Frieden möglich wird. Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen mit großer Begeisterung von anderen Menschen lernen, wenn sie ihre eigene Erfahrungswelt miteinbeziehen können. Die Vereinten Nationen weisen 2015 mit ihrer Resolution 2250 zu Jugend, Frieden und Sicherheit (YPS) zudem zu Recht darauf hin, dass junge Menschen zukünftig nicht nur als Gewalttäter oder -opfer wahrgenommen werden müssen, sondern vor allem auch als »change agents«, als Friedensstifter*innen.

Konfliktsensitive Bildung weltweit

Bildung ist nicht per se friedensbildend. In den zurückliegenden einhundert Jahren wurde Erziehung und Bildung immer wieder systematisch missbraucht, um Menschengruppen auszugrenzen und zu diffamieren, um Feindbilder zu vertiefen, Hass zu erzeugen und schließlich auch um Gewaltbereitschaft zu steigern. Dieser Missbrauch ist heute in vielen Ländern dieser Erde eine anhaltende Herausforderung. Deshalb gehört der Aufbau, die Etablierung und der Ausbau von konfliktsensitiven Bildungssystemen zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit und kann von der international gefragten und vernetzten Friedenspädagogik vorangetrieben werden. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur in Konfliktregionen oder in

aktuellen Postkonfliktgesellschaften. Sie stellt sich unter unterschiedlichen Voraussetzungen und Perspektiven fortwährend in allen Ländern. So stellt sich die Frage der Konfliktsensitivität in Deutschland, wenn es um die Bildungschancen vor allem von jungen Menschen geht, auch um diejenigen, die als Geflüchtete zu uns kommen. Reicht die Anzahl der verfügbaren Pädagog*innen, werden sie in Aus- und Fortbildung angemessen auf diese Aufgabe vorbereitet? Erst wenn diese elementarsten Grundlagen für Konfliktsensitivität geschaffen sind, kann Friedensbildung mit ihren bescheidenen Ressourcen ihre Wirkung entfalten.

100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges gehört die Schaffung von Räumen für Dialoge und für Begegnungen zwischen Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen weiterhin zu den vordringlichen Aufgaben der Friedenspädagogik und -bildung. Wenn Menschen dort lernen und erfahren, sich als handelnde und als selbstbewusste Subjekte wahrzunehmen, und dann beginnen, Frieden mitzugestalten, sind nicht nur persönliche Transformationsprozesse möglich. Friedenspädagogik will einen Beitrag zur Herausbildung von individuellen und gesellschaftlichen »Friedensidentitäten« leisten, indem sie Wissen über Konflikt und Gewalt, Krieg und Frieden zugänglich macht und Räume schafft, in denen sich Menschen (Jugendliche und Erwachsene) Fähigkeiten und Kompetenzen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten aneignen und gemeinsam an ihren Haltungen und Einstellungen arbeiten können. »Nur wenn wir unsere Verschiedenheiten artikulieren«, so der Historiker Timothy Garton Ash, »können wir klarsehen, worin sie bestehen und warum sie sind, was sie sind. (...) Unsere unvermeidlichen, unverzichtbaren, kreativen Konflikte können friedlich ausgetragen werden – mit einem Kampf der Worte und nicht mit Mord und Totschlag. (...) Wir werden uns niemals alle einig sein, sollen wir auch nicht. Doch wir müssen uns darum bemühen, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir uns darüber einig werden, wie wir uneinig bleiben.«⁴

Es bleibt viel zu tun für die Friedensbildung und es gibt ermutigende Ansätze. Seit 2016 gibt es in Baden-Württemberg die Servicestelle Friedensbildung. Auch sie ist das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung. Lange Zeit war es nicht möglich, die jeweils amtierenden Landesregierungen von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung zu überzeugen. Die gemeinsame Trägerschaft durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, die Landeszentrale für politische Bildung und die

Berghof Foundation als Nichtregierungsorganisation kann nach mehreren Jahren erfolgreicher Arbeit durchaus als Modellprojekt bezeichnet werden. Dieser Dreiklang in der Trägerschaft ist durch die Unterschiedlichkeit der Zugänge zum Thema durchaus bereichernd. Heute geht es um eine Verstärkung der Arbeit dieser Servicestelle, aber auch um das Zusammenwirken unterschiedlicher pädagogischer Ansätze. Einrichtungen und Projekte des globalen Lernens, der Bildung für nachhaltige Entwicklung oder der rassismuskritischen Migrationspädagogik müssen vernetzt werden, um gemeinsam mit Bezügen zur Vergangenheit nachhaltige Lernprozesse anstoßen zu können, die in Antworten auf aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderungen münden.

Literaturhinweise


- Frieters-Reermann, N. / Lang-Wojtasik, G. (Hg.): *Friedenspädagogik und Gewaltfreiheit. Denkanstöße für eine differenzsensible Kommunikations- und Konfliktkultur*, Opladen 2015.
- Till Kössler / A. J. Schwitanski (Hg.): *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Essen 2014.
- Simon Meisch / Uli Jäger / Thomas Nielebock (Hg.): *Erziehung zur Friedensliebe. Annäherungen an ein Ziel aus der Landesverfassung Baden-Württemberg*. Baden-Baden 2018.
- Helmolt Rademacher / Werner Wintersteiner (Hg.): *Friedenspädagogik und Demokratiepädagogik. Jahrbuch Demokratiepädagogik 4 / 2016/17*. Schwalbach / Taunus 2016.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Uli Jäger: *Friedenspädagogik*. In: Hans J. Gießmann / Bernhard Rinke (Hrsg.): *Handbuch Frieden. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage*. Wiesbaden 2019, S. 133-145.

² Wolfram Wette: *Friedenspolitische Lernprozesse in Deutschland nach 1945*. In: Meisch, Simon / Uli Jäger / Thomas Nielebock (Hrsg.): *Erziehung zur Friedensliebe. Annäherungen an ein Ziel aus der Landesverfassung Baden-Württemberg*. Baden-Baden 2018, S. 167.

³ Vgl. Uli Jäger: *Friedenspädagogik in Zeiten des Kalten Krieges (1945-1989): Herausforderungen, Etappen, Erfahrungen*. In: Till Kössler / Schwitanski, A.J. (Hg.): *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Essen 2014, S. 39-55.

⁴ Timothy Garton Ash: *Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt*. Frankfurt a. M. 2016, S. 575. 

Workshop 1 – Gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit. Christen und Muslime in Baden-Württemberg

Von Pfarrer Heinrich Georg Rothe, Islambeauftragter

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

Horizonte

- Europa und die Welt sind in Baden-Württemberg, im ACK und Moscheen
- ACK-Kirchen und Moscheen haben sich verpflichtet, gemeinsam für Frieden und

Gerechtigkeit zu arbeiten, aus ihrem jeweiligen Glauben

- Wie setzen wir das konkret um? Als Person und Institutionen?
- Gute Kooperationen haben begonnen, in Flüchtlingshilfe, Diakonie
- Wo gibt es gleichberechtigte Zusammenarbeit und in entwicklungsbezogener Bildung und Entwicklungszusammenarbeit?

Workshop 3 – Gewalt gegen Frauen als Herausforderung kirchlichen Handelns

Von Dr. Johanna Beyer, Frauengleichstellungsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- Wichtige Publikationen bekannt machen
- LWB »Kirchen sagen Nein zu Gewalt gegen Frauen«, 2002

■ Gewalt gegen Frauen ist Sünde – Paradigmenwechsel!

■ LWB Gendergerechtigkeit 2015?

■ Auf dem Weg zu einer inklusiven Gemeinschaft, Handreichung 2016

»Kirche als gerechter und sicherer Ort? Um Heilende zu sein, müssen wir zuerst selbst heil werden.«

Workshop 4 – »Sicherheit neu denken?« Gespräch über ein Ausstiegsszenario der badischen Landeskirche

Von Pfarrer Joachim Schilling, Pfarramt für Friedensarbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart, und Pfarrer Gunther Wruck, Evangelischer AK für Friedensarbeit, Ersingen, und Ralf Becker, Mitherausgeber des Ausstiegsszenarios der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- Intention »Szenario« : positive, motivierende Zielformulierung und klare Wegskizze »es gibt Licht«
- 2040 Zeithorizont »ambitioniert«
- Detailfragen diskutieren

- Verhältnis NATO – Deutschland Russland – Ukraine
- EU – Eurasischer Wirtschaftsraum
- Übergang Militär Sicherung / NATO 2035 – nicht militärisch
- Lobbyismus transformieren
- Ermutigende Schritte entwickeln

Workshop 6 – Friedensbildung in Schule und Gemeinde – Praxisbeispiele

Von Johannes Neudeck, Referent für Friedenspädagogik am Pädagogisch-Theologischen Zentrum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (ptz), Stuttgart

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- Friedensbildung gehört zu Bildung
- Friedensbildung braucht den persönlichen Erfahrungshorizont

- Wegkommen von negativen Bildern – positive Geschichten Narrative
- Im Gespräch Inhalte entwickeln – Erarbeitung
- Strukturelle und kulturelle Gewalt beachten, deutlich machen
- Frieden braucht Bildung!!!!

Workshop 7 – Diversifikation und Konversion in der Rüstungsindustrie

Pfarrer Albrecht Knoch, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Ulm

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- Positive Erfahrungen aus Betrieben sichtbar machen

- Bei der Diversifikationsdiskussion mit Gewerkschaften austauschen
- Kirchengemeinden mit Rüstungsbetrieben vor Ort begleiten und unterstützen in ethischen Diskussionen
- Toolbox zur Verfügung stellen

Workshop 8 – Religion – Konflikt- oder Friedenspotential?

Von Pfarrerin Annette Kick, Arbeitsstelle für Weltanschauungsfragen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- »Religion« als Abstrakt Begriff ist weder friedlich noch gewalttätig
- Es kommt darauf an, wie die Inhalte gelebt und geglaubt werden

- Kanonische Schriften sind vielfältig und dürfen nicht eklektisch interpretiert werden
- Religionen können potentiell ideologisiert werden
- Ein endzeitlich aufgeladener fundamentalisierter Ideologismus grenzt aus und entmenschlicht Andersdenkende
- Die Suche nach Gemeinsamem ist Ansatzpunkt friedlichen Zusammenlebens

Workshop 9 – Friedensprojekt EUROPA – Impulse. Erfahrungen. Zukunft

Von Pfarrer Eberhard Schwarz, Pfarrer der Hospitalkirche und der Citykirchen Stuttgart, deutsch-französischer Austausch Stuttgart-Straßburg, und Nicolas Vignos, Leiter der dem 1. Weltkrieg im Elsass gewidmeten Gedenkstätte Abri-Mémoire, Uffholtz/Elsass

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- Mémoires différentes: Frankreich ordnet den 1. Weltkrieg anders ein als Deutschland (« la grande guerre«!)
- Versöhnung der Narrative

- Weg zum Gedenken (chemin vers les mémoires Plural!)
- Konkret: Begegnungsstätte; Ausstellungen (deutsch – französisch); Bibliothek. Das Ganze soll multiperspektivisch zugänglich sein
- Krieg als Auslöser zum Nachdenken über einen Weg des Friedens

Workshop 10 – Die Welt im 21. Jahrhundert – als Christ zwischen Gesinnung und Verantwortung

Von Militärdekan Gerhard Kern, Evangelisches Militärpfarramt Ulm I

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Ergebnisse:

- Unabhängige Evaluierung von Militäreinsätzen
- Militärseelsorge als Seelsorge

»Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens«

Von Max Weber, Referent bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), Bundesgeschäftsstelle, Bonn

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Durch meine Arbeit verfolge ich die Vorbereitungen auf die EKD-Synode im Herbst 2019. Die folgenden Erläuterungen und Überlegungen entstammen dieser »beobachtenden« Perspektive, sozusagen von »halb-außen«.

Ich gehöre weder der Steuerungsgruppe noch der Vorbereitungsgruppe an. Ich bin als Referent an der Bundesgeschäftsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden in Bonn tätig, war Teilnehmer der Konsultation in Wittenberg und war auch in Würzburg bei der EKD-Synode dabei.

Wir wollen zunächst den Blick darauf werfen: Wo stehen wir momentan? Was sind Herausforderungen, mit denen wir umzugehen haben? Ich

möchte dann einen kurzen Blick werfen auf die EKD-Denkschrift von 2007, und dann werde ich Ihnen den Prozess vorstellen auf dem Weg zur Synode 2019. Im Anschluss daran werde ich, aus meiner Perspektive heraus, ein paar kritische Anmerkungen machen, ein paar Anregungen geben, die aus meiner Sicht noch mehr beachtet werden müssen. Am Ende möchte ich eine Ermunterung für Sie und Euch aussprechen, sich aktiv in diesen Prozessen zu beteiligen.

»Wo stehen wir?«

Zunächst zum Frieden bzw. eher Unfrieden in der Welt. Ich habe Ihnen eine Karte mitgebracht vom Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung. Wenn Frieden in der Welt herrschen würde, dann wäre die Welt grau.

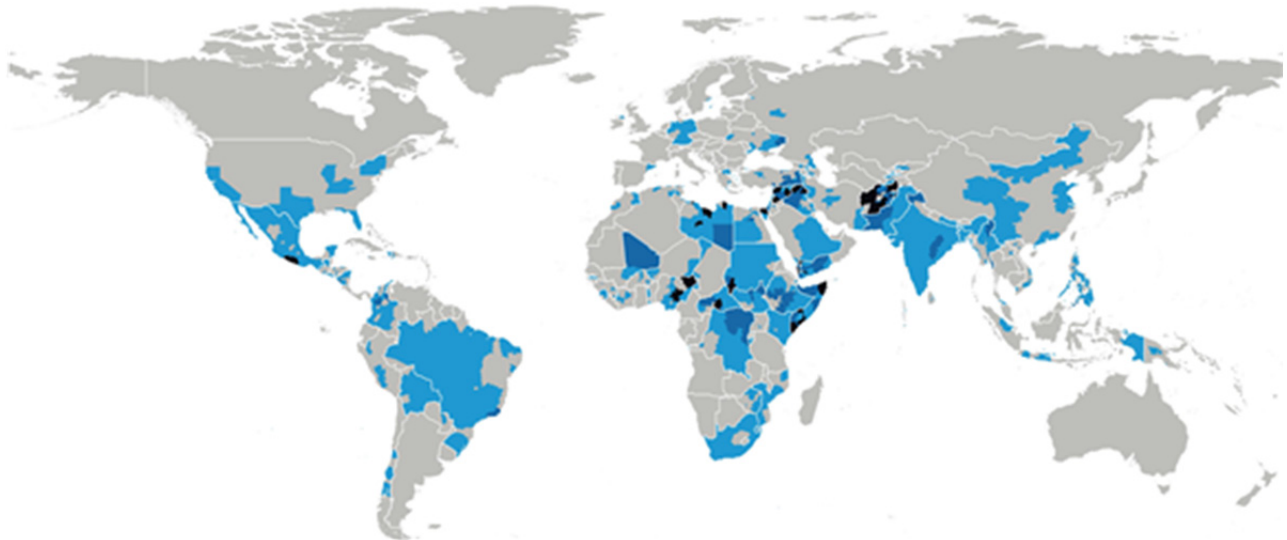


Abbildung: <https://hiik.de/konfliktbarometer/aktuelle-ausgabe/>

Im globalen Süden, auf dem Südpol um genau zu sein, ist sie grau, ansonsten ist die Welt unterteilt in Hellblau, Dunkelblau und dann bis hin zu Schwarz. Schwarz ist das Intensivste, ist also Krieg, Sie sehen, auch Deutschland ist nicht grau. Das hat unter anderem mit den Anschlägen auf

Geflüchtete zu tun. Das heißt, auch das ist ein Thema, das in diesem Prozess mitgedacht werden muss, Themen wie Populismus, Rechtspopulismus, auch hier konkret in Deutschland, müssen mit einfließen.

Was Sie in den letzten Jahren sehen, ist eine Verschiebung und Verteilung der Macht, die im internationalen Raum stattfindet, und auch Deutschland ist daran beteiligt, nicht zuletzt seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014, als der damalige Bundespräsident Gauck die Frage nach einer größeren und eben auch militärisch unterstützten Verantwortung Deutschlands in den Raum gestellt hat.

Die nächste Herausforderung ist eine Remilitarisierung von Politik. Darunter verstehe ich eine zunehmende Gewöhnung an eine militärische Logik, also eine Sicherheitslogik. Ein konkretes Beispiel ist das NATO-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das in den nächsten Jahren für den Verteidigungshaushalt ausgegeben werden soll.

Für das Jahr 2019 sind über 40 Milliarden Euro im Verteidigungshaushalt enthalten. Das soll gesteigert werden auf ungefähr 60 Milliarden Euro. Als Vergleich dazu: Die zivile Konfliktbearbeitung und Ausgaben für sogenannte Entwicklungsarbeit liegen noch nicht einmal bei 0,7 Prozent, und im kommenden Jahr sollen die Mittel im Bereich der Krisenprävention, Friedensförderung um 14 Prozent gekürzt werden.

Der nächste Punkt ist die Sicherheitslogik bzw. Versicherheitlichung und das nicht nur international, sondern auch national. Sicherheit ist dabei die neue Handlungsmaxime, und wenn Sie die Plakate von der Bundeswehr sehen im Werbestream auf YouTube für Mali: »Ihre Mission macht auch Dein Leben sicherer«, dann ist auch das ein Punkt, bei dem wir uns die Frage stellen müssen: Müssen wir nicht vielmehr friedenslogisch argumentieren, eine neue Perspektive einnehmen und uns hinterfragen, was *wir* eigentlich damit zu tun haben, was für Unfrieden auf der Welt herrscht, uns hinterfragen, wo *wir* eine Verantwortung tragen, unter anderem im Bereich der Rüstungsexporte.

Zur EKD-Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen«

Nun zu den Friedensgrundlagen der EKD. Die Denkschrift aus dem Jahr 2007 »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« ist der Ausgangspunkt, von dem die EKD herkommt. Das ist das Dokument, auf das sich alle in den letzten Jahren berufen und von dem auch die EKD-Synode im nächsten Jahr ausgeht. Vier Leitgedanken sind enthalten:

Der erste ist, dass das Leitbild des gerechten Friedens den Zusammenhang herstellt von Gerechtigkeit und Frieden, Frieden dabei verstanden als einen Prozess zunehmender Gerechtigkeit und abnehmender Gewalt.

Der zweite Punkt ist der Zusammenhang von Frieden und Recht. Darauf wurde vorhin schon dezidiert hingewiesen, dass der globale Rahmen eine globale Friedensordnung als Rechtsordnung bilden soll, um ein funktionsfähiges System von kollektiver Sicherheit, Gewährleistung von universellen Menschenrechten, aber auch Gewährleistung von Mindestbedingungen für eine transnationale Gerechtigkeit herzustellen.

Der dritte und vierte Punkt ist die spannende Diskussion, die immer wieder im Raum steht und nicht erst die letzten zehn Jahre, seit es diese Denkschrift gibt, nämlich der Vorrang für Ziviles und Prävention, aber eben »nur der Vorrang«, was viertens dann nur die Anwendung von völkerrechtlich legitimierter Gewalt ist.

Punkt drei ist der Grundsatz: »si vis pacem, para pacem«, »Wenn du Frieden willst, dann bereite den Frieden vor«. Hier hat Vorrang der Schwerpunkt für Ziviles, aber auch da die Umsetzung durch gewaltfreie Konfliktbearbeitung, unter anderem im Bereich des zivilen Friedensdienstes.

Und der vierte Punkt: Es ist kein pazifistischer Ansatz, der in der Denkschrift vertreten wird, auch wenn der Einsatz von Militär nur in Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen, Genozid, Massenmorden, überhaupt eintritt und enge Kriterien dafür aufgestellt wurden, unter anderem die Frage nach der Legitimität, die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel oder den Erfolgsaussichten.

Der Prozess hin zur EKD-Synode im November 2019

Soviel an der Stelle zur Vorrede. Jetzt aber hinein in den Prozess, der gerade stattfindet. 2017 wurde auf der vorletzten EKD-Synode besprochen, dass das Schwerpunktthema Frieden sein soll. Es wurde ein breiter Partizipationsprozess angelegt, der über zwei Jahre geht. Das Ganze ist ein Novum, das gab es bisher nicht. Das heißt, Themen wurden bisher für EKD-Synoden im vorherigen Jahr festgelegt, und dann hat es eine kleine Gruppe gegeben, die daran gearbeitet hat. Das ist jetzt neu, es gibt einen zweijährigen Prozess. Auch neu ist, dass sich Synodale selbst aktiv mit beteiligen und aktiv mit einbringen können, unabhän-

gig von einem Mandat, was vorher möglicherweise notwendig war. Das Ziel ist also, das Thema zu verbreitern, das Thema wirklich in die verschiedenen Bereiche hinein zu bringen und Menschen dabei aktiv zu beteiligen. Dabei gab es zwei Gruppen: Die eine ist die Steuerungsgruppe, die eher für die Struktur in diesem Prozess sorgt. Sie ist berufen worden vom Präsidium der EKD-Synode. Ihr gehört Renke Brahm an, der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, und Elke König für das Präsidium der EKD-Synode und vier weitere Personen: Wolfgang Buff von der EAK, Uwe Trittman von der Evangelischen Akademie in Berlin, Dorothee Godel, sie wechselt jetzt in diesen Tagen nach Hannover in das Kirchenamt der EKD und ist ab 1.12. auch dort Vertreterin in dieser Steuerungsgruppe, und Michael Nann, Referent für den Friedensbeauftragten des Rates der EKD. Die zweite Gruppe ist die Vorbereitungsgruppe, der 20 Personen aus verschiedensten Kontexten angehören, aus kirchlichen Werken, Friedensbeauftragte, DIMÖ ist mit dabei durch Heike Bosien, und es sind EKD- und Landessynodale mit dabei, die in Wittenberg anwesend waren und die auch weiterhin an diesem Prozess mitbeteiligt werden können und sich beteiligen sollen.

Der Prozess findet natürlich nicht im luftleeren Raum statt, sondern es gibt viele Prozesse innerhalb der Evangelischen Kirche, die Sie zum Teil sicher sehr gut kennen. Sie wurden in Wittenberg auf der Friedenskonsultation noch einmal vorgestellt. Ganz kurze Schlaglichter dazu: Unter anderem wurde angeführt, dass auf die Stimmen aus unterschiedlichen Kontexten gehört werden muss, also aus ökumenischen weltweiten Kontexten. Ein weiterer Punkt ist, dass anwaltschaftliches Handeln in Solidarität wichtig ist und bedacht werden soll oder auch Fragen des Klimawandels. Dann ist dieser gesamte Prozess natürlich auch nicht abgehoben von den verschiedenen Prozessen, die in den Landessynoden stattfinden, ausgehend von der Badischen Landeskirche, aber nicht stehen geblieben bei der Badischen Landeskirche, sondern auch in der Württembergischen Landeskirche. Dann ist der Prozess nicht abgekoppelt von der Wissenschaft. Die FEST (Forschungsstätte Evangelische Studiengemeinschaft) ist auch dort aktiv, und es gibt seit 2016 ein Projekt, einen Konsultationsprozess zum Titel »Orientierungswissen zum gerechten Frieden im Spannungsfeld zwischen ziviler gewaltfreier Konfliktprävention und rechtserhaltender Gewalt«. Von diesem Projekt sollen 25 Bände bis zum nächsten Jahr veröffentlicht werden. Der vierte Bereich ist ein policy-orientierter Ansatz

der Evangelischen Akademien. Auch dort gibt es seit 2012 ein Diskursprojekt mit dem Titel »Dem Frieden in der Welt zu dienen«. Orientierung bedeutet hier, dass politische, militärische und wirtschaftliche Kontexte angesprochen werden sollen durch evangelische Friedensethik und das Leitbild des gerechten Friedens. Sie sehen in diesem ganzen Prozess, es ist ein sehr breites Verständnis von Frieden. Es geht um Frieden in der Gemeinschaft, es geht um Frieden mit der Erde, um Frieden in der Wirtschaft und um Frieden zwischen den Völkern.

Wo stehen wir?

Der erste Schritt war 2017 auf der EKD-Synode, erstmals diesen Weg anzugehen. Es gab dann 27 Eingaben. Das war die erste Möglichkeit, sich zu beteiligen, also Vorschläge zu machen, welche Themen wichtig sind. Mehr als 60 Seiten wurden damals schon eingereicht, von Friedensbeauftragten der Landeskirchen, von EKD-Synodalen, von Verbänden, von Einzelorganisationen. Sämtliche Eingaben wurden gesichtet, geordnet von der Vorbereitungsgruppe und dann zusammengeführt in der Friedenskonsultation in Wittenberg, die im September dieses Jahres stattgefunden hat. Dort wurden neun Themen behandelt von 70 Personen, die dorthin gekommen sind, aus ganz verschiedenen Bereichen, Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, aus Einzelinstitutionen, und EKD-Synodale und Landessynodale.

Ein kurzer Einblick auf die neun Themen: »Frieden im Alltag«, »Soziale Praktiken«, und dabei die zentrale Frage: Was tragen wir als Kirche zum Frieden in der eigenen Gesellschaft bei?

Ein zweiter Bereich war Friedensbildung, Friedenspädagogik und dort die zentrale These, dass Friedensbildung ein fester Bestandteil alltäglichen und kirchlichen Handelns sein muss.

Die dritte Gruppe beschäftigte sich mit Friedens-theologie, einem theologischen Framework, das geschrieben werden soll, und da die These, dass Gottes eindeutiger Ruf zur Gewaltfreiheit geht, zur Weggemeinschaft, und dass der Versöhnungsbegriff eine zentrale Rolle einnehmen soll.

Die vierte Gruppe beschäftigte sich mit der Spannung, einerseits die prophetische Stimme, andererseits die politische Anschlussfähigkeit zu gewährleisten, also Fragen nach Pazifismus, Gewalt oder Gewaltfreiheit.

In der nächsten Gruppe ging es um Interreligiosität/Interkulturalität und dabei die Forderung,

dass die Kirche das interreligiöse Zusammenleben gestalten soll.

Der sechste Bereich: Gerechtigkeit, Klima. Da der ausschlaggebende Satz: Planetarische Grenzen sind ultimative Fragen. Was bringt es uns, wenn es eine Kirche gibt, aber der Planet ist tot?

Die Gruppe sieben beschäftigte sich mit neuen Technologien, die wiederum neue Antworten erfordern, also im Bereich Waffentechnologien, Atomwaffen, Cyberwar, Autonomisierung und dergleichen, aber auch das Thema Abrüstung spielte hier eine Rolle.

Ein Querschnittsthema wurde in Gruppe acht behandelt. Es ging um Außengrenzen, Handelspolitik, Militarisierung, das breite Thema EU, das in ganz vielen, verschiedenen Facetten eine Rolle spielt, das natürlich auch in anderen Bereichen, in anderen Gruppen vorkommt.

Der letzte Punkt, auch, glaube ich, sehr wichtig, ist eine Selbstreflexion, die Frage also: Wie wirken wir, wie wirkt die EKD auf dem Weg zur Synode und bei der Synode selber? Was heißt es, wenn eine Friedenssynode in Dresden stattfindet, in der Zeit des 9. November in Dresden, kurz nach den Wahlen in Dresden?

Die neun Themen sind Vergangenheit. Wir sind inzwischen bei fünf Schlüsselthemen, die so noch nicht weiterverbreitet wurden. Das erfolgt nun erst in der nächsten Zeit, ebenso wie die Überlegungen, wie die Synode gestaltet werden soll. Das heißt, wir haben eine Verdichtung von 27 auf 9, auf 5 + 1. Plus 1 deshalb, weil es jetzt noch das theologische Framework gibt, das sozusagen im Hintergrund steht, und dann fünf Schlüsselthemen.

Schlüsselthema 1 ist der Ruf nach Gewaltfreiheit. Was müssen wir tun, damit Gewalt verhindert wird? Beispiele hierfür sind das Wahrnehmen von Leid, über Schuld und Verantwortung, über Schuld und Versöhnung zu sprechen, aber auch das Umgehen lernen mit Ohnmacht. Allgemeiner Fokus ist hier noch einmal der Schwerpunkt der Gewaltfreiheit in der zivilen Konfliktbearbeitung, Friedensbildung für den zivilen Freiwilligendienst.

Schlüsselthema 2 fokussiert sich auf die gesellschaftliche Verankerung des Friedens. Das Stichwort hier ist Lokalisierung. Themen und Probleme der »Welt« sind eben keine Probleme nur der Welt, sondern sind Probleme und Herausforderungen ganz lokal bei uns hier in Deutschland.

Das heißt, wir müssen die globalen und lokalen Herausforderungen zusammendenken, die wir unter anderem an Themen wie Migration sehen, an ungerechten Handelsbeziehungen, am Klimawandel, aber auch in Bezug auf den Rechtspopulismus, der ja nicht nur ein deutsches Phänomen ist, sondern in Europa mehr und mehr Fuß fasst. Die Kirche soll dabei ein Friedensort sein, der auch durch Friedensbildung erreicht werden kann, also die Fragen nach dem Weg hin zur Bewusstseinsveränderung, hin zur Sensibilisierung für Zusammenhänge, zu Differenzierung für Zusammenhänge, wie schaffen wir diesen Weg?

Das Thema 3 wird sich mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit beschäftigen. Hier also die Bestätigung der ökumenischen Trias, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Sie sollen zusammengedacht werden und der Zusammenhang, der immer deutlicher wird, soll beschrieben werden. Ein Fokus ist dabei Papst Franziskus und sein Zitat: »Dieses Wirtschaftssystem tötet«. Also Fragen zum Frieden der Erde müssen zusammen gedacht werden zum Frieden in der Wirtschaft, zum Beispiel Fragen an das Finanzsystem, Fragen an die Marktwirtschaft, bis hin zu einer tatsächlich grundsätzlichen Frage und Kritik an der Ideologie von Wachstum und möglichen Alternativen, zum Beispiel Postwachstumsökonomie oder auch Verstärkung von Fair Trade. Auch selbstkritisch soll hier die Frage gestellt werden: Was hat unser Leben und unser Handeln hier mit anderen Menschen zu tun und mit weltweiten Zusammenhängen, und kann hieraus möglicherweise eine Selbstverpflichtung der Kirchen zum Handeln entstehen?

Das Thema 4 wird sich mit der EU befassen, die ja insbesondere gerade ein Thema ist. Im nächsten Jahr sind EU-Wahlen. Das heißt, dann wird die Friedenskonferenz nach den Wahlen sein. Es werden große Themen aufkommen, unter anderem PESCO, das für die Militarisierung der EU steht, gemeinsame Sicherheitspolitik, und es soll ein Gegenakzent gesetzt werden, die EU soll als Friedensprojekt gestärkt werden, also entgegen den Trends, die wir sehen: nationalistische Interessen und dazu die Gefahr des Auseinanderbrechens bisheriger Gemeinschaften.

Schließlich das Schlüsselthema 5 »Rüstung, Nuklearwaffen und autonome Waffensysteme«. Neue Themen brauchen neue Antworten. Vor zehn oder 15 Jahren hat man sich noch nicht in dieser Form überlegt, was eine semi- oder vollautonome Waffe oder was der Unterschied zwischen automatisierter und automatischer Waffe ist, die heute aber schon im Einsatz ist oder nun kurz davor-

steht. An diesem Punkt soll auch eingegangen werden auf Atomwaffen und eine Positionierung möglicherweise zum Atomwaffenverbotsvertrag erfolgen. Und, als dritter Punkt, Rüstung, Rüstungsexporte und ein Rüstungsexportgesetz.

Das ist das, was momentan stattfindet und was die nächsten Monate stattfinden wird. Bis Ende April sollen diese fünf Schlüsselthemen in Workshop-Gruppen bearbeitet werden von Synodalen, von Menschen, die jetzt schon in diesem Prozess mit drin sind, die in Wittenberg mit dabei waren, im Konsultationsprozess, also in der Vorbereitungsgruppe, und es wird eine ökumenische Begegnungsreise von Brot für die Welt geben nach Kenia. Das Ganze soll dann zusammengeführt werden, gebündelt nächstes Jahr im Sommer. Am 1. September muss dann sozusagen abgegeben werden, die Synodenvorlage muss raus, ein Kundgebungsentwurf und dann: die EKD-Synode im November 2019 in Dresden.

Wie kann man den Prozess begleiten? Unter anderem im Internet. Die EKD-Seite ist sehr gut. Es sind sehr viele Materialien auf www.ekd.de im Bereich Frieden vorhanden. Dort stehen auch die verschiedenen Eingaben auf der EKD-Synode in Würzburg, die von Pastor Renke Brahms gemacht wurden, aber auch weitere Papiere, die schon behandelt wurden. Wenn man bei Twitter oder Facebook den Hashtag #Friedenskonsultationen eingibt, kommt man auf den Bereich, der auch auf der EKD-Homepage ist. Das heißt, man kann sich tatsächlich aktiv dort beteiligen

Rückfragen und Anmerkungen

Ich habe meine Perspektive genannt, ich bin nicht Teil des Vorbereitungskreises und auch nicht Teil der Steuerungsgruppe, ich kann zumindest einen Blick von »halb-außen« werfen.

Zunächst zur Komplexität des Themas. Ich muss Ihnen nicht sagen, dass Frieden ein einfaches Thema ist, sonst wären wir heute nicht hier, sonst würden wir nicht nach hunderten von Jahren noch immer darüber sprechen müssen, und trotzdem ist die Frage: Wie kann so ein komplexes Thema in so einer Synode, in so einem Prozess tatsächlich behandelt werden? Wie verliert man nicht den Stachel, den man braucht, und trotzdem schafft man es, genug Menschen mitzunehmen? Dieses Jahr war es das Thema Jugend. Auch bei dieser Synode war es schon schwierig, darüber zu sprechen. Das heißt, es wird viel Zeit, viel Energie aufgewendet werden müssen, um sich zu überlegen, wie gestaltet man diese Synode und den weiteren Weg dahin? Auch die Frage,

geht es um den Frieden nach innen oder geht es um den Frieden nach außen? Also: Geht es um die Individuen, geht es um Gemeinden, geht es um Organisationen, zum Beispiel die Diakonie? Geht es um die EKD? Oder ist es eher der Blick, der nach außen geworfen werden soll, also politische Äußerungen, die von der EKD erfolgen sollen, Ablehnung von Gewalt und Krieg, eben auf Grundlage der Friedensdenkschrift oder vielleicht irgendwann neu geschriebenen Papers oder Ergänzungspapiers? Auch die verschiedenen Ebenen müssen betrachtet werden, lokal, national, international.

Dann ein wichtiger Punkt, weil er neu ist, der Prozess ist abhängig von den Menschen, die daran teilnehmen. Die Synodalen müssen für sich begreifen, dass das ihr Prozess ist. Bisher war es so, dass das eine kleine Gruppe vorbereitet hat. Dieses Mal ist es so, dass Menschen sich aktiv einbringen müssen und daran teilnehmen müssen. Das kostet Zeit, das kostet Energie, und vielleicht das schon als Vorspann zur Motivation und Ermutigung – es braucht Menschen, die die Synodalen unterstützen, Nachfragen, Themen einbringen und einfach nachschauen, was dort auf dieser Ebene passiert. Es gibt württembergische Synodale, die an der Stelle angesprochen werden können. Es gibt acht Synodale, die in der EKD-Synode sitzen. Wenn Sie die Namen nicht auswendig wissen, können Sie nachher noch einmal auf mich zukommen. Und es gibt zwei Jugenddelegierte, die in Tübingen bzw. gerade im Ausland studieren, aber auf der württembergischen Landesliste stehen. Auch das ist ja vielleicht ein Anknüpfungspunkt.

Wichtig ist, dass das ganze kein Scheinprozess, keine Farce wird, nicht, dass am Ende doch drei oder vier Menschen dasitzen und eben ein Papier schreiben und das, was auf dem Weg eigentlich besprochen wurde, überhaupt nicht vorkommt. Das war ein Thema, das in Wittenberg von einer Synodalen besprochen wurde, die gesagt hat, das muss in diesem Prozess mit dabei sein.

Dann ein wichtiger Punkt: Wen nimmt man mit hinein, wer gehört überhaupt dazu, und wer wird gehört? Spielen die Menschen, die eigentlich davon betroffen sind von unserem Handeln hier, eine Rolle? Hört man die Stimme der »Opfer«? Hört man die Stimme der Schwachen? Hört man die Stimme der Mittellosen, die ja nicht in einer EKD-Synode sitzen, die ja auch nicht in Landes-synoden sitzen? Nimmt man diese Stimmen wahr und wenn ja, wie? Damit auch die Frage: Ist eine internationale Perspektive vertreten? Ich glaube, in Wittenberg war schon das Fazit, dass das pas-

sieren muss, aber die Frage ist, wie kann das umgesetzt werden, wie bringt man diese Stimmen tatsächlich dort mit hinein?

Rüstungsexport und Rüstung. Ich komme aus der Rüstungsregion Bodensee, das ist ein Herzensanliegen von mir, und gleichwohl ist das, so wie ich es bisher wahrgenommen habe, noch keines der zentralen Themen, auch wenn es bisher so benannt wurde. Mir scheint, dass da noch mehr passieren muss. Rüstungsexporte sind, man kann sich die Umfragen anschauen, aber auch wenn man sich die kirchlichen Prozesse in den letzten Jahren anschaut, ein großes Thema, und die Mehrheit der Bevölkerung und auch der Kirchenmitglieder können mit diesem Thema angesprochen werden. Deshalb plädiere ich dafür, dass dieses Thema auf jeden Fall stark gemacht wird.

Dann ist die Frage: Inwiefern wird es ein zahnloser Tiger, also: Führen die Kontroversen, die es gibt, zu einem Papier, mit dem man arbeiten kann, oder sind die Kontroversen zu stark zum Beispiel zwischen Militärseelsorge und militärablehnenden Gruppen und zwischen politisch konservativen und »linksgrünen« Gruppen? Oder wie ist es mit realpolitisch und konstruktivistisch argumentierenden Menschen, kommt man da zusammen?

Dann auch die Frage: Inwiefern hat Selbstkritik Folgen? Also inwiefern ist das, was dort besprochen wird, auf diesem Prozess, auf diesem Weg und auf der Synode, dann tatsächlich etwas, was Folgen nach sich zieht? Man kann viel darüber sprechen, wie wir mit Dingen zusammenhängen, wie wir mit Ursachen und Wirkungen im Verhältnis stehen, und trotzdem muss man sich am Ende möglicherweise dann selbst ändern.

Ein Anliegen, ich glaube, das kann ich als etwas jüngerer Mensch auch in diesem Raum noch einmal ansprechen, ist die Frage: Wie erreichen wir junge Menschen mit dem Thema Frieden, mit dem Thema Gerechtigkeit, mit dem Thema Bewahrung der Schöpfung? Ich vertrete die These, dass junge Menschen im Moment eigentlich nicht nur auf der Couch sitzen. Wenn wir uns die letzten Wochen und Monate anschauen: Im Hambacher Forst waren tausende von Menschen, die demonstriert haben. Ich glaube nicht, dass all zu viele dort von Bewahrung der Schöpfung gesprochen haben als Grund, warum sie dort auftreten, oder im Bereich der Friedensarbeit ihr Engagement sehen, als sie mit 250 000 Menschen auf


einer Unteilbar-Demo in Berlin waren. Das heißt, hier geht es um Fragen: Wie schaffen wir die Anschlussfähigkeit möglicherweise über eine andere Rhetorik, möglicherweise über ganz andere Punkte? Ich glaube, hier muss viel Zeit investiert werden, um junge Menschen zu erreichen.

Die Gesamtkonzeption der Synode habe ich angesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, die gesellschaftliche Zeit, die gesellschaftlichen Spannungen dort mit hinein zu nehmen und tatsächlich sich aktiv damit auseinanderzusetzen.

Und ein letzter Punkt, der mir auch fehlt: Die hauptamtliche Friedensarbeit muss gestärkt werden (hauptamtliche Friedensbeauftragte). Der Name Renke Brahm ist jetzt zweimal gefallen. Das läuft bei ihm nebenher. Er ist eigentlich Schriftführer in Bremen, Bischof sozusagen. Das ist kein Hauptberuf, wie dies beim Militär der Fall ist. Das heißt, auch hier noch mal ganz konkrete Forderungen.

Ich habe gesagt, der Prozess ist neu, er hat so noch nicht stattgefunden, und es beteiligen sich schon jetzt verschiedenste Akteurinnen und Akteure. Das ist positiv. Ich glaube, wir sind auf einem Weg und Frieden wird als Querschnittsthema wahrgenommen, was eben nicht nur in einer Säule ist, sondern in ganz vielen Bereichen ist. Trotzdem muss der Prozess weitergehen, der Prozess muss begleitet werden, und dazu möchte ich Sie und Euch ermutigen. Unter anderem über die Synodalen, die EKD-Synodalen, aber auch die Landessynodalen, die sich dort beteiligen können. Sie können sich auch im Internet auf www.ekd.de oder dem Hashtag #friedenskonsultation informieren und beteiligen. Sprechen Sie Ihre Synodalen an, bringen Sie Ihre Themen mit ein, und sprechen Sie auch hierfür Heike Bosien an. Wenn wir am Ende von allen Mails und Briefen bekommen, dann sehen wir das vielleicht als positives Zeichen, dass sich Menschen tatsächlich damit auseinandersetzen.

Quo vadis, wo geht der Weg hin?

Ich hoffe, dass die Synode im nächsten Jahr wegweisende Anstöße gibt, dass mutige Worte gefunden werden, und ich hoffe, dass der Pilgerweg und die Suche nach Gerechtigkeit und Frieden nicht im nächsten Jahr auf der Synode endet, sondern von da eigentlich erst anfängt, Rückenwind also von dort ausgeht. 

Der Friedensbeitrag der deutschen Kirchen in den internationalen Krisensituationen

Kiflemariam Gebrewold, Leiter der Projektstelle für Rüstungsfragen, Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe

**Evangelische Akademie Bad Boll,
23. November 2018**

Vor drei Jahren saßen wir mit Agnes Abuom in Nairobi und haben ein Projekt bearbeitet, das sich mit dem Konflikt in Burundi beschäftigt. Burundi ist das Partnerland von Baden-Württemberg, und die Badische Kirche versucht, ein bisschen zu verstehen, welche Rolle die Kleinwaffen als Instrument zur Befeuern des Konflikts haben. Wir haben eine kleine Studie gemacht, die zum größten Teil abgeschlossen ist. Leider müssen wir noch mit der Publikation warten, weil wir Leute nicht gefährden wollen, die das vor Ort für uns gemacht haben, und die schauen müssen, dass sie sich zuallererst mal in Sicherheit bringen.

Eine zentrale Frage, die wir mit Agnes damals auch besprochen haben, war die Situation im Südsudan und die UN-Friedensmissionen. Heute will ich ein paar Worte zu neueren Entwicklungen dazu sagen.

Letzte Woche war ich in Genf. Dort findet einmal im Jahr die sog. »Geneva Peace Week« statt, wo Generäle, die UN-Truppen befehligen, Mediatoren aus Syrien, aber auch Friedensarbeiterinnen und -arbeiter zusammenkommen, dazu auch Wissenschaftler – die Leute, die den globalen Peaceindex machen – das Ganze über fünf Tage. Ein Thema unter vielen wird immer klarer, das will ich hier erläutern:

»UN-Friedensmissionen werden in Länder geschickt, die die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats nicht interessieren.« Ich möchte das erläutern: Friedenseinsätze werden oft durch bürokratische Hürden in New York, am UN-Hauptsitz, aber auch im Einsatzland extrem erschwert. Koordination und das Management dieser Friedensmissionen verschlingen Personal, Zeit und Geld, und die Ergebnisse werden selten evaluiert, und wenn, dann von dem Auftraggeber selbst. Die Beschaffung, Ausstattung und Bereitstellung der Truppe, inklusive Kriegsmaterial, Geheimdienstinformation usw. gestalten sich wie eine Sisypusarbeit und ersticken die zentrale Frage nach dem Mandat und nach der politischen Roadmap, die eigentlich für jede UN-Friedensmission unbedingter

Maßstab sein sollte. Wie geschieht das denn in der Regel? In der Regel gibt es eine Resolution, die ein Staat einbringt. Diese Eingabe wird im UN-Sicherheitsrat diskutiert, man hat vorher natürlich Konsultationen gemacht - kein Staat geht hin, um eine Resolution einzubringen, die nicht erfolgversprechend ist - es werden Vorsondierungen gemacht. Die Formulierung der Resolution entscheidet meistens über die Qualität und Intensität eines Mandats. Die Umsetzung obliegt in der Regel der UN-Abteilung DPKO (Department for Peace Keeping Operations). Das ist die Abteilung, die viele Auf-und-ab-Trends erlebt hat. Sie war einmal eine sehr starke Abteilung in der Zeit, als Kofi Annan dort noch als Abteilungsleiter zuständig war. Auch hier gilt: Vorhandenes Personal und Mittel bestimmen über die Qualität dieser Abteilung, die die Friedensmissionen plant, steuert und umsetzt.

Ein paar Gedanken zur Suche und Bereitstellung von Bodentruppen: Staaten müssen bereit und auch willig sein, die jeweils notwendigen entsprechenden Truppen bereit zu stellen. Sie müssen, je nach Mandat, die gesamte Palette an militärischem Personal anbieten, vom Funker, über Sanitäter, bis zur Schutztruppe. Auffallend ist, dass in fast allen Friedensmissionen der letzten 25 Jahre die Bereitstellung von Truppen aus dem »globalen Norden« kaum existiert. Man hält sich vornehm zurück. Fast immer stellen jene Staaten des »globalen Südens« das Gros der Streitkräfte, darunter viele Inselstaaten wie die Fidschi oder Bergvölker wie Nepal und Äthiopien, allesamt Entwicklungsländer. Diese Truppen sind beileibe keine Bürger in Uniform, sondern durchaus auch Truppen, die im eigenen Land gegen Oppositionelle eingesetzt werden und von daher nach den Kriterien der UN eigentlich als ungeeignet gelten. Dahinter steckt oft das Kalkül der Entsendestaaten, dass Offiziere und ganze Einheiten auf Friedensmissionen geschickt werden, bevor sie zuhause auf dumme Gedanken kommen. Die Bezahlung in Devisen pro Soldat und Einsatztag ist noch dazu ein Anreiz für viele Länder, die wenig Devisen haben. So können sie, ohne das eigene Budget zu belasten, quasi Tantiemen an die Truppen abgeben und sie so zum Stillhalten bewegen. Zur Rekrutierung des zivilen und militärischen Personals für eine Friedensmission müssen

natürlich Leute schnell angeworben werden. Was macht oft die UNO? Folgende Informationen stammen von Generälen, die Truppen befehligt haben, zum Beispiel im Kongo, zum Beispiel in Mali, zum Beispiel in Somalia – Eigentlich wird es so gemacht: die ersten, die bereit sind, über Nacht, also kurzfristig auszureisen, werden rekrutiert. Heute wissen wir, dass in mehreren UN-Missionen sexuelle Übergriffe von UN-Truppen in den letzten Jahren immer wieder passiert sind. Abscheulich, und sie unterminieren den Gedanken von Friedenseinsätzen. Bis heute sind von den vielen Fällen, die gemeldet worden sind, nur 20 Leute abgeurteilt worden. Das ist ein kompliziertes Verfahren. Eigentlich steht jeder UN-Mitarbeiter, ob im zivilen oder militärischen Bereich, unter UNO-Immunitätsschutz. Die UNO ist kein Staat, sie kann also niemanden aburteilen, sie muss eine Person an den jeweiligen Entsendestaat senden (zurückschicken). Fakt ist, dass die sexuellen Übergriffe genau von den Truppen ausgeführt werden, die zum Schutz der Bevölkerung gedacht sind. Die Bevölkerung, die in einem Staat – im Kongo beispielsweise – schon geschunden ist, wird dann von der Schutztruppe quasi noch vergewaltigt.

Auch die Ausstattung ist ein zentrales Problem. Angenommen, heute wird in New York beschlossen, in wenigen Tagen oder Wochen muss eine Truppe hinausgehen. Das heißt in der Regel, das militärische Gerät kommt vom jeweiligen Land, das die Hilfe anbietet, aber nicht immer, sogar immer weniger; und was wir erleben, ist, dass andere Länder die Gerätschaft stellen, wieder andere oder die gleichen die Finanzmittel, andere wiederum picken sich ein Segment heraus und stellen nur Ambulanzen oder Drohnen zur Aufklärung. Dies führt nicht selten zu logistischen Herausforderungen, z.B. die Notwendigkeit von technischen Abstimmungen für das militärische Gerät. Immer wieder beklagen Truppenkommandeure, dass von allem zu wenig geliefert wird und damit auch gleichzeitig die Qualität sehr bescheiden ist. Im Vordergrund steht – übrigens für viele Staaten –, dass in der Presse und in der UN über ihren Beitrag – finanziell, militärisch, logistisch – groß und breit berichtet wird. Notwendig wären die fehlenden Güter, die auf der Defizitliste von UN-Friedensmissionen zu lesen sind, rechtzeitig überhaupt parat zu haben, z.B. Hubschrauber und ähnliche Geräte, umfassende Geheimdienstinformationen und ähnliches mehr sind Mangelware. Unter anderem hat schon 1994 General Dallair, mit dem ich in Kanada Gelegenheit hatte zu sprechen, berichtet: eigentlich haben die »Basics« oft gefehlt, oder sie waren nicht rechtzeitig

da, oder sie waren in schlechter Qualität, oder – und das ist das Schlimmste – die Entsendenationen haben Zugriff auf die Offiziere, die in die UN-Friedenstruppen entsandt sind, statt sich dem General unterzuordnen, der die UN-Friedensmission befehligt. Hinzu kommt als Problem das Gastland: Bei der UNO ist es Usus, dass ohne die Zustimmung des Gastlandes keine Truppen entsandt werden. Zum Beispiel hat Burundi von vornherein eine UN-Intervention komplett abgelehnt, lediglich eine Polizeibeobachtermission der AU ist dort; sonstige Eingriffe der UNO sind nicht erlaubt. Seit 18 Jahren haben wir UN-Truppen im Kongo mit einem Gesamtvolumen – laut einer der letzten internen Berichte der UNO – von rund 20 Milliarden US-Dollar, darin sind sämtliche Kosten, nicht nur Kosten des militärischen Einsatzes, sondern auch des zivilen Einsatzes und des Backstopping, mit enthalten. Aber der Kongo ist einer jener Staaten, der eigentlich die UN gar nicht haben will bzw. im jetzigen Zustand aus taktischen Gründen die UN-Truppen zur Bekämpfung von Aufständischen innerhalb des Kongo instrumentalisiert.

Weitere Problemanzeige: Geschwindigkeit und professionelle Abwicklung des Einsatzes. Meistens dauert die Koordination der nötigen Schritte zu lang, der Einsatz wird nicht professionell organisiert, es gibt zu viele Reibungsverluste, zu viele direkte und indirekte Interventionen der Entsendestaaten und der Geldgeber, zudem macht auch schon die Logistik oft Probleme. Deutlich sichtbar war dies im Sudan beim Konflikt in Darfur.

Die meisten dieser Missionen werden eigentlich in New York, dem Sitz des UN-Sekretariats, vorbereitet. Natürlich arbeiten dort auch Experten, natürlich gibt es dort auch Konsultationen mit den Landesbüros der Vereinten Nationen, vor allem des United Nations Development Programme (UNDP) und anderen. Aber die Missionen sind zu vielschichtig und im Konkreten schwer überschaubar. Letztendlich hakt es aber immer wieder an diesen erwähnten Problemen.

Zusammenfassend:

Eigentlich bräuchten wir eine Standby Force, also eine Force, die immer da ist und zuverlässig »Responsibility to Protect« bzw. »Prevent« sichern sollte. Eines der zentralen Probleme stellt die »Force Protection« dar, der Schutz der eigenen entsandten Truppen als oberstes Gebot, das heißt, die erste zentrale Frage, die das politische Department in New York stellt: Sind die Truppen

vor Angriffen abgesichert? Das führt natürlich im Fall Mali zur Ernüchterung: Ein Großteil der Bevölkerung in Mali glaubt, die UN ist dort, um die Terroristen im Norden zu bekämpfen und Zivilisten zu schützen. Das ist aber gar nicht das Mandat. D. h., es bestehen ganz falsche Erwartungen. Dazu kommen andererseits die Übergriffe von UN-Soldaten und dadurch der massive Vertrauensverlust in vielen Ländern, wie schon erwähnt.

Zwei Forderungen:

Die eine ist: Die Bundesrepublik Deutschland ist 2019 und 2020 als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat vertreten. Wir wollen über GKKE und andere Kanäle versuchen, die UN-Friedensmission wieder auf die Qualität zurückzubringen, die sie schon einmal hatte. Es gibt eine Studie »Back to Basic doesn't mean backward«, ein von der UNO ausgearbeitetes Dokument, das sich genau auf die Kernaufgaben von Protection und Sicherung eines Friedensabkommens konzentriert. Truppen hinaus zu schicken aufgrund eines labilen Friedensabkommens und dann von der UN-Schutztruppe zu erwarten, dass sie den

Frieden sichert, den es gar nicht gibt, führt zu Chaos und Enttäuschungen. Deshalb wäre einer der wichtigsten Punkte für die Bundesrepublik Deutschland, ihre Finger als nichtständiges Mitglied genau auf diesen Punkt zu legen und dafür sowohl Geld als auch konzeptionelle Arbeit einzusetzen.

Die zweite Forderung: Die Standby Force muss nicht unbedingt militärisch sein. Wir können aus anderen Konflikten lernen: frühzeitiger ziviler Eingriff, z. B. mit Just policing, kann durchaus hilfreich sein; diese Erfahrung wurde teilweise im Kosovo, teilweise in anderen Ländern bereits gemacht.

Eine Gefahr, die Agnes Abuom, aber auch andere immer wieder sehen, ist in der Tat die Frage: Können wir uns auf diese Kette: UN-Sicherheitsrat, UN-Missionen, Einsatz, eigentlich verlassen, oder müssen wir nicht andere (»Sicherheit – neu denken«), vielleicht kreativere Formen zur Friedenssicherung entwickeln? D

7x3 Thesen in 7 mal 7 Minuten (Ted-Talks)

Ted-Talk 1

Von Dr. Markus Weingardt, Friedens- und Konfliktforscher, Bereichsleiter Frieden bei der Stiftung Weltethos, Tübingen

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

These 1: Frieden muss wieder als Top-Thema auf die kirchliche Agenda, und das nicht nur theologisch, sondern ganz praktisch.

Frieden ist eben nicht ein Thema unter vielen, Frieden ist eine zentrale Botschaft in Jesu Leben und Lehre. Deswegen muss die Friedensarbeit auch ein zentrales Element kirchlicher Arbeit, kirchlichen Handelns und kirchlichen Lebens sein. Das heißt konkret: Kirchlicher Friedensarbeit sollte dieselbe Bedeutung zukommen wie beispielsweise der Kirchenmusik. Die Kirchenmusik ist zum Glück und aus guten Gründen finanziell und personell sehr gut aufgestellt. Das sollte die Friedensarbeit auch sein. Und wer das für verrückt hält oder mit dem Kopf schüttelt, der möge mich doch bitte, um mit Luther zu sprechen, mit der Schrift widerlegen. Denn die Schrift gibt einiges her für die elementare Bedeutung des Friedens, und sie gibt wenig her für die nachrangige Bedeutung und Behandlung der Friedensarbeit, wie wir sie momentan in der Kirche haben.

These 2: Kirche muss mutiger sein.

Es braucht sehr viel Mut, um sich klar friedenspolitisch zu positionieren und diese Position dann vernehmbar zu artikulieren. Diesen Mut sollte die Kirche haben. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen: Die schönste Presseerklärung, die beste Ansprache, die tollste Denkschrift oder EKD-Synodenbeschlüsse bringen nichts, wenn sie von der Öffentlichkeit, der kirchlichen wie der außerkirchlichen, nicht wahrgenommen werden. Doch es braucht einen gewissen Mut, diese Positionen erkennbar, vernehmbar zu äußern. Es braucht den Mut, möglicherweise Kritik, Spott, Häme, Ablehnung auszulösen und auf sich zu nehmen. Es braucht den Mut, Anstoß zu erregen, doch ohne diesen Mut wird man auch nichts anstoßen, nichts in Bewegung bringen für einen gerechten Frieden, für die Überwindung von Gewalt.


These 3: Kirche muss konsequent handeln.

Das bedeutet ein »dreifaches E«: Erkennen, Entwickeln, Einbringen. Erkennen meint, die Friedensressourcen in den eigenen Quellen wahrzunehmen. Diese Quellen sind natürlich zum einen die Bibel, zum anderen aber auch Vorbilder in

der eigenen Geschichte, und da gibt es eine Fülle von Beispielen. In dem Buch »Warum schlägst du mich?« werden 25 biblische Beispiele vorgestellt, und das ist nur ein Bruchteil aus einer Fülle von Überlieferungen. Dietrich Bonhoeffer, Frère Roger von Taizé oder die katholische Gemeinschaft Sant' Egidio stehen stellvertretend für viele andere christliche (und auch andersreligiöse) Friedensakteure. Diese Texte und Vorbilder sind auch heute noch höchst lehrreich; sie können uns Orientierung geben und vor allem ermutigen: Ermutigen zum Friedenshandeln, was auch heißt, dem zu widerstehen, was den Frieden gefährdet.

Als zweiter Schritt nach dem Erkennen folgt das Entwickeln. Jeder Konflikt ist anders, braucht also auch andere Methoden und Zugänge. Darum darf man nicht beim Wahrnehmen der Friedensressourcen und -kompetenzen stehen bleiben, sondern muss diese analysieren und weiterentwickeln. Das tut man am besten im Austausch mit anderen: mit anderen kirchlichen Akteuren, mit anders religiösen Akteuren und natürlich auch mit nichtreligiösen Akteuren, einschließlich Politik und Wissenschaft. Denn all diese Akteure haben unterschiedliche Kompetenzen und Möglichkeiten, die sich wunderbar ergänzen können.

Dritter Schritt: Einbringen. Nachdem durch das Erkennen und Entwickeln die Voraussetzungen geschaffen sind, hat man auch etwas einzubringen in die Politik, in die Gesellschaft - nicht aufdrängen, aber anbieten. Dann hat die Kirche echte Friedenskompetenzen, und diese sind eine große Chance und zugleich eine große Verantwortung. Denn wenn man etwas Konstruktives, Positives anzubieten hat, ist es ein ganz verkehrtes Signal, das ängstlich, höflich oder gar gleichgültig zurückzuhalten. Es wäre geradezu unverantwortlich gegenüber den Betroffenen in Konflikten. Also: Frieden als Topthema, mehr Mut zur vernehmbaren Positionierung, Erkennen, Entwickeln und Einbringen.

Ein Mehr an kirchlichem Friedensengagement ist ein Gebot der Stunde. Es ist erstens ein Gebot politischer Notwendigkeit und ethischer Verantwortung. Es ist zweitens eine Frage der gesellschaftlichen Relevanz von Kirche: Wird es sie stärken oder wird sie weiter an Relevanz verlieren? Und es ist drittens und vor allem ein Gebot theologischer Glaubwürdigkeit! 

Ted-Talk 2

Von Dr. Martin Robra, *World Council of Churches/Ökumenischer Rat der Kirchen, Genf/Schweiz*

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

Ich berichte aus dem gestrigen Workshop. Es geht um drei Punkte:

1. Keine Friedensarbeit ohne interreligiöse Kompetenz. Kein Weg zum Frieden ohne interreligiösen Dialog.

Dieses Votum hatte ich gestern hier schon als Rückmeldung aus unserem Gespräch im Workshop über die Erklärung der ACK zum interreligiösen Dialog und Zusammenarbeit gegeben.

2. Zivile Friedenslösung muss immer den Vorrang haben vor der Militarisierung. Die Bundeswehr sollte keine Angst um ihre Budgets haben. Es geht darum, die zivile Friedensarbeit, die Konfliktprävention, die Nacharbeit von Konflikten, die Versöhnung der Erinnerungen voranzutreiben und das in den Vordergrund zu stellen.

In dieser Woche saßen wir in Genf zusammen mit der stellvertretenden Generalsekretärin des Ökumenischen Rates, Isabel Apawo Phiri. Wir hatten eine Diskussion über den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Was machen wir in diesem Jahr in Südostasien? Wie ist das mit Myanmar, mit den Flüchtlingen, der Situation der Rohingyas in Myanmar? Wie ist das in Pakistan? Wie ist die Situation in dem Grenzgebiet von Thailand zu Myanmar? Das sind Stationen, zu denen wir auf dem Pilgerweg im Februar gehen wollen, um uns mit den Menschen vor Ort zu treffen und zu schauen: Wo sind eure Probleme? Wie kann man Konflikte bearbeiten? Wie kann man zum Frieden in eurer Region beitragen?

Während wir dort saßen, hat Isabel Apawo Phiri ein Telefonanruf erreicht, in dem ihr mitgeteilt wurde, dass ihr Neffe im Kongo erschossen wurde. Ihr Neffe war in einer Operation in der Demokratischen Republik Kongo. Er kommt aus Malawi und ist das Opfer der Situation in der DRK geworden, weil die politische Situation und vor allem auch die militärische Situation nicht bereit sind für eine UN-Peace-Keeping-Force. Das war natürlich für uns alle schockierend, und es war für uns alle ganz deutlich: Bevor ihr das Leben

von jungen Menschen, euren Kindern und Enkelkindern aufs Spiel setzt, macht alles, um die zivile Konfliktlösung voran zu treiben und zu unterstützen. Dabei geht es um Prioritäten, es geht darum, das Leben zu schützen – auch das Leben der eigenen Soldaten es und nicht unnötig aufs Spiel zu setzen.

3. Wir müssen noch sehr viel besser werden mit den Antworten auf die Frage: Wie werden Zivilkonflikte gelöst? Welches sind die Schritte, welches die Interventionen, die dafür notwendig sind? Wir müssen noch sehr viel genauer hinschauen und sehr viel intensiver geeignete Methoden entwerfen.

Die beiden Genfer Professoren Alexis Keller und Pierre Allan haben das Buch »What is a just peace?«, »Was ist gerechter Friede?«, herausgegeben. Allan hat darin eine Skala aufgezeigt, eine Skala zwischen der übelsten Situation, die er kennt – und das ist die Situation des Genozids, wenn dem anderen das Menschsein abgesprochen wird und grundlos getötet werden kann, da gibt es kein menschliches Antlitz der anderen mehr – und auf der anderen Seite der glücklichsten Situation, die Sorge füreinander, positiver Frieden, globale Sorge für das Leben. Das ist das andere Ende der Skala.


Als Christen gehen wir oft von diesem positiven Ende der Skala aus und predigen fröhlich in die Welt, was schön ist und was gut ist, und auf der anderen Seite verdammen wir, was alles schlecht ist in der Welt. Es ist unglaublich wichtig zu sehen, welche Schritte dazwischen liegen. Pierre Allan schlägt folgende Stufen-Skala zwischen den obigen zwei Extremen vor: 1. Genozid, 2. Krieg, 3. Nichtkrieg, 4. Gerechter Krieg, 5. Stabiler Frieden, 6. Gerechter Frieden, 7. Positiver Frieden und globale Fürsorge. Es geht um die Bewegung in Richtung gerechter und positiver Frieden auf jedem dieser Niveaus.

Zusammenfassend:

1. Keine Friedensarbeit ohne interreligiöse Kompetenz. Sie haben vom Potenzial der Religionen gesprochen. Das müssen wir entwickeln.
2. Die zivile Lösung muss Vorrang haben. Es geht um das Kostbarste, was wir haben, das Leben

unserer Kinder und das Leben der Kinder anderer Menschen.

3. Wir müssen zwischen den Extremen, in denen wir uns so gerne bewegen: optimale Happyness oder Zerstörung des Lebens, die Zwischentöne und Nuancen, die da sind, buchstabieren, weil es

in jeder Situation, in jedem Kontext auf das richtige Niveau der Intervention ankommt, und dieses richtige Niveau herauszufinden und zu bestimmen, gilt es zu lernen. 

Ted-Talk 3

Von Abdassamad El Yazidi, Generalsekretär des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Köln

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

Wenn man heutzutage über den Islam redet, kommt einem alles Mögliche in den Kopf, aber nicht unbedingt das Stichwort Frieden und Barmherzigkeit und Liebe, sondern eher das Gegenteil. Deswegen habe ich mir für dieses Programm drei Stichpunkte ausgesucht, die die Verwurzelung der Friedensethik im Islam darstellen, und zwar angefangen bei dem Thema der Bewahrung der Schöpfung. Der Mensch als Statthalter Gottes auf Erden ist angehalten, diese Welt, diese Erde, zu schützen, zu schützen vor jeglichem Übel. Als Gott, als Allah diese Aufgabe an den Menschen, an Adam, übertragen hat, haben selbst die Engel das mit Skepsis betrachtet und haben gesagt, wie kannst du diesem Menschen diese Verantwortung anvertrauen, der doch sehr viel Übel und Blutvergießen auf der Erde anrichten wird? Und Allah, Gott antwortete: Ich weiß, was ihr nicht wisst. Ich weiß, dass dieser Mensch, obwohl er viel Übel in sich trägt, auch viel Gutes in sich tragen kann und gesamtgesellschaftlich im Umgang mit dem anderen dieses Friedenspotenzial ausüben und dafür sorgen kann, dass hier auf dieser Welt Frieden und Barmherzigkeit und Liebe entsteht.

Der weitere Punkt ist die Thematik der Gemeinschaftlichkeit, des Dialoges, des Gemeinsamen. Und auch da gibt es einen Koranvers, der ein universeller Koranvers ist. Sehr oft werden Koranverse aus dem Zusammenhang gerissen, und da wird der erste Halbsatz gelesen und nicht mehr das, was danach folgt. Deswegen werden im Islam auch sehr viele Weltbilder verzerrt, oft von Muslimen selbst und sehr oft von sehr vielen jungen Muslimen, die sich aus dem Internet informieren bzw. die in die Fänge von bestimmten Wanderpredigern fallen. Dialog und Gegenseitigkeit. Allah sagt im Koran: »O ihr Menschen, wir

haben euch aus einem männlichen und aus einem weiblichen Wesen erschaffen, und wir haben euch zu Völkern und Stämmen gemacht, damit ihr einander kennenlernt. Gewiss, der Geehrteste unter Euch bei Allah ist der Gottesfürchtigste.« Hier möchte ich trotz der Knappheit der Zeit anhalten. Gott spricht hier nicht die Muslime an, er spricht auch nicht die Gläubigen an, er sagt nicht »O ihr Gläubigen«, oder »O ihr Muslime«, er sagt »O ihr Menschen«, und er sagt »wir«: Allah, der Schöpfer, Gott wir haben euch zu Völkern und Stämmen gemacht, wir waren es, die euch aus einem männlichen und aus einem weiblichen Wesen erschaffen haben, wir wollten, dass ihr aus einer Schöpfung, aus einer Familie entsteht, und dass ihr verschiedene Völker darstellen werdet. Und dieser Weg des Kennenlernens sorgt dafür, dass Frieden in der Welt entsteht. Diesen Weg des Dialogs finden wir im Koran an sehr vielen Stellen.

Der nächste Punkt ist das Thema Gerechtigkeit; die Gerechtigkeit nicht nur, wenn es um mich oder meinesgleichen geht, sondern die Gerechtigkeit muss universell betrachtet werden, und wir werden dazu aufgerufen, aufrecht dafür zu kämpfen. Es gibt keinen heiligen Krieg, es gibt keinen heiligen Kampf, in dem es um Tod geht, es gibt nur einen heiligen Krieg, wenn es darum geht, Leben zu schaffen. Nicht der Tod ist heilig, das Leben ist heilig, und das ist das, was der Koran in sich wiedergibt, das aber oft sehr verzerrt dargestellt wird, insbesondere durch Missverständnisse oder Missinterpretationen oder bewusst gesäte Missinterpretationen; Missinterpretationen von Koranversen, die nicht im Zusammenhang und nicht in der Schlüsselung der gesamten Suren dargelegt, sondern aus dem Zusammenhang gerissen werden. **D**

Ted-Talk 4

Von Kiflemariam Gebrewold, Leiter der Projektstelle für Rüstungsfragen, Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe

Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018

These 1: Prävention statt Kriegsnachsorge

Die Prävention von gewaltsamen Konflikten, die oft mit Massenvernichtung, Vertreibungen und eklatanten Menschenrechtsverletzungen einhergehen, gilt es zu unterstützen und voranzutreiben. Wenn ein Konflikt bereits ausgebrochen ist, sind sinnvolle Interventionen, von wem auch immer, nur begrenzt möglich. Viele setzen auf den UN-Sicherheitsrat und UN-Friedensmissionen, was angesichts der vorliegenden Bilanz der letzten Jahrzehnte mehr als fraglich ist. Für die Prävention allerdings spricht unter anderem, dass wir heute durch technische Mittel in der Lage sind, Informationen zur Lagebeurteilung rasch und oft umfassend zu besitzen, auf die dann die internationale Gemeinschaft sich ein Lagebild machen kann. Bestehende Vorortfrühwarnsysteme können auch dazu herangezogen werden, übrigens aus vielen religiösen Gemeinschaften, die in Konfliktregionen Frühwarnsysteme haben und auch da zur Verfügung stellen können. Erst dies kann eigentlich zu einer frühzeitigen friedensfördernden Intervention beitragen. Allerdings müssen wir uns von unserem bisherigen Ansatz zu Konflikten abwenden. Wenn wir Konflikte erst dann wahrnehmen, wenn die Schüsse längst gefallen sind, dann ist es zu spät. Der Einsatz für den Frieden im Frühstadium eines Konflikts erfordert die Wahrnehmung von Konflikten und den politischen und humanitären Willen, dies durch zivile und militärische Maßnahmen auch zu bearbeiten, nicht erst, wenn Al Jazeera und CNN Bilder bringen. Handlungsbedarf besteht bei schwelenden Konflikten.

Hilfsorganisationen, politische Akteure, religiöse Körperschaften müssen den Mut aufbringen, rechtzeitig Prävention einzufordern und dies auch Realität werden zu lassen. Die klassische Diplomatie und die Geldgeber sind auf Prävention nicht geeicht. Genau dies gilt es zu ändern, sonst kommen wir aus dem Zyklus von Konflikten, UN-Friedensmissionen und Konfliktnachsorge niemals heraus.

These 2: Turbulente Welt

Kaum ein Friedenskongress in den letzten zwei, drei Jahren, der ohne den Zusatz »turbulente Welt« auskommt. Den Begriff der turbulenten Welt hört man zunehmend seit den verabscheu-

ungswürdigen Anschlägen von Paris 2015 und auch Brüssel 2016. Das ist die Wahrnehmung des globalen Nordens. Für viele Menschen im globalen Süden ist die Welt seit Dekaden turbulent, oft mitverursacht vom globalen Norden. Erst wenn wir begreifen, dass Turbulenzen im Auge des Betrachters liegen, wird die Notwendigkeit klar, dass wir eine wertschätzende und inklusive Betrachtung brauchen, und zwar eine Betrachtung, die die Interessen, ja, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite berücksichtigt. Genau dies ist ja einer der zentralen Gründe für den Aufbau von Konfliktszenarien, die dann auch zu gewaltsamen Konflikten führen. Solange das Sicherheitsbedürfnis vom Rest der Welt nicht adäquat einbezogen wird, werden Konflikte eskalieren und militärische Optionen in den Vordergrund gerückt. Bereits unsere Sprache und unsere Storytellings, das herrschende Narrativ entscheidet darüber, ob und wie wir Konflikte wahrnehmen, und wie wir sie bearbeiten. Der Mangel an Inklusivität betrifft übrigens Radikalpazifisten genauso wie die Militärinterventionisten.

These 3: Divestment

Kirchliche Geldanlagen müssen komplett rüstungsfern sein. Alternativen und Dividenden im nichtmilitärischen Segment zu erwirtschaften gibt es genug, unter anderem dank der Energiewende. Der Rüstungsbereich bedarf, wie andere Wirtschaftszweige auch, Kredite und finanzieller Spritzen, und genau da müssen wir ansetzen. Das Investitionsgebaren der Kirche und anderer Akteure muss rüstungsfrei sein, zunächst um der Glaubwürdigkeit der Kirche selbst willen. Bereits jetzt gibt es Angebote, selbst der konventionellen Banken, mit denen sie für rüstungsfreie Portfolios werben. Da sollte die Kirche kein Nachzügler sein. Selbst große Manager von Pensionsfonds, staatlich oder privat, zum Beispiel aus Norwegen und USA, gehen mit großen Schritten in diese Richtung. Das Signal eines solchen Investitionsgebarens, das den Frieden stärkt und die Finanzmittel dem Krieg entzieht, stünde allen kirchlichen Körperschaften gut an. Die Summen allein in der Evangelischen Kirche, die da zusammenkämen, wären beachtlich, um Wirkung zu zeigen. Übrigens gilt dies auch für Dienstleister, die mit kirchlichen Einrichtungen Geschäfte machen wollen. Nur wer rüstungsfrei in seiner gesamten Wertschöpfungskette und in seinem Zulieferumfeld ist, kommt als Investitionspartner für die Kirche infrage. **D**

Ted-Talk 5

Von Claudia Möller, Leiterin der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg, Landeszentrale für politische Bildung, Bad Urach

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

Wenn wir Schritte auf dem Weg des Gerechten Friedens gehen wollen, dann ist meine erste These: Wir müssen uns unserer Identität bewusst sein und anderen zuhören, wer wir sind. Das erinnert ein wenig an Watzlawick. Ich weiß nicht, was ich gesagt habe, bevor ich nicht die Antwort meines Gegenübers gehört habe. Ich bin auf viele Identitäten vorbereitet, einige kann ich nachlesen. Ich muss nur in meinen Ausweis schauen, und ich weiß, dass ich Deutsche bin, dass ich einer Konfession angehöre. Ich weiß, wie groß ich bin, dass ich blond bin, dass ich blauäugig bin, und all das hat Implikationen auf das, was passiert, wenn ich mit Menschen in Interaktion trete. Auf einige Identitäten bin ich nicht vorbereitet, auf Gruppen, denen ich zugeschrieben werde, und was das bedeutet. Das heißt, ich sollte erst einmal andere Menschen fragen: Wer bin ich, und was gehört eigentlich zu mir? Und das auch annehmen und nicht sofort abweisen und sagen, das bin ich aber nicht.

Meine zweite These: Wir müssen uns bewusst sein, dass wir ständig Entscheidungen als Gruppe treffen und danach handeln, wobei Entscheidung nicht gleich Einigung ist. Das heißt, meine Gruppe, der ich angehöre – und seien es beispielsweise »die Deutschen« – trifft Entscheidungen und handelt danach, aber ich bin nicht immer an dem Ort, wo die Entscheidung zu diesem Handeln getroffen wird. Ich kann Christin, Fußballerin etc. sein. Und für diese Gruppen werden Entscheidungen getroffen, und ich repräsentiere diese Entscheidungen, bin aber nicht immer vor Ort. Das hat unterschiedliche Gründe. An manchen Stellen entziehen wir uns der Verantwortung,

diese Entscheidung mitzutragen oder diese Entscheidung mit zu treffen, manchmal profitieren wir davon und manchmal ist es aber auch eine Bürde. Sich da noch einmal bewusst zu werden, dass wir ständig handeln nach Entscheidungen, aber eine Einigung darüber häufig nicht stattgefunden hat. Das heißt, hier hatten wir das Thema Rüstungsgüter, die Deutschland exportiert. Wir können uns als Individuum davon distanzieren und sagen, da bin ich aber dagegen; wenn ich aber in anderen Kontexten unterwegs bin, muss ich mir bewusst sein, dass die Deutschen als Nation durchaus eine sehr dominierende Rolle dabei spielen, und wir uns nicht komplett herausnehmen können.

Meine dritte These: Wir müssen uns bewusst sein, dass wir als Individuum für den Frieden einstehen, dass unsere Gruppe dies aber vielleicht nicht tut. Das heißt, solche Tagungen wie die, die wir hier machen, finde ich immer sehr wichtig, um uns selbst zu bestärken und zu sagen, ja, ich bin nicht allein mit den Themen, die mich bewegen, und ich setze mich für den Frieden ein, auch wenn die anderen Subgruppen, in denen ich mich bewege, vielleicht genau das Konträre tun, und ich trotzdem Teil davon bin. Ich möchte an der Stelle auch ermutigen zu schauen, welche Subgruppen wir vielleicht noch weiterhin bilden können innerhalb unserer großen. Das heißt, wenn wir Schritte auf dem Weg des gerechten Friedens gehen wollen, dann müssen diese im Dialog erfolgen; dafür müssen wir die Voraussetzungen kennen und auch annehmen und uns der Privilegien und Unterschiede bewusst sein und diese transparent machen, damit wir miteinander Frieden schaffen können. **D**

Ted-Talk 6

Von Johannes Neudeck, Referent für Friedenspädagogik am Pädagogisch-Theologischen Zentrum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (ptz), Stuttgart

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

Ich möchte Sie/Euch alle mitnehmen in ein Flüchtlingslager in Varazdin im Norden Kroatiens. Ich erzähle aus dem Tagebuch in meinem Kopf, wir befinden uns im Jahr 1997. Wir müssen uns vorstellen, ein Zimmer einer alten Kaserne, ganz viele Kisten, drei Betten, und vor dem Bett sitzt Katharina, sie ist ungefähr um die 60, und im Bett liegt Anna. Anna ist geboren um die Jahrhundertwende, etwa 1900. Ich schaue ihr in die Augen, und sehe daraus ein Leben sprechen.

Anna ist aufgewachsen in Polen, in bitterer Armut, als Teenager kam sie nach Nordbosnien und hat dort den 1. Weltkrieg erlebt, furchtbares Leid, 1914 bis 1918, davor die Balkankriege. Allein das reicht, um ein Leben bereits tiefgreifend zu prägen. Und dann erzählt mir Katharina, Anna könne nicht mehr viel reden und dass sie mühsam etwas aufgebaut hatte in den 20ern. Dann kamen die 40er Jahre, die Deutschen vor Ort, die Partisanen, die Kämpfe hin und her, und wieder wurde alles, was mühsam aufgebaut war, zerstört. Und dann endlich Frieden in den 50ern, das Jugoslawien unter Tito, Brüderlichkeit, Einigkeit. Dann kam 1991 die nächste Zäsur, und wieder, mit 90 Jahren, machen sie sich auf den Weg, Mutter und Tochter, mit Plastiktüten, mit nichts. Und jetzt ist sie hier vor mir, 96 Jahre alt, und ich schaue in die Augen eines Menschen, der drei brutale Kriege, darunter den 1. Weltkrieg, erlebt hat. Ich werde das nicht vergessen. Deswegen: Lasst uns von Angesicht zu Angesicht dem anderen in die Augen schauen, erzähl mir deine Geschichte.

Nun zitiere ich weiter aus meinen Tagebuchaufzeichnungen Mitte der 90er Jahre:

»Am vergangenen Dienstag stand ich nicht zum ersten Mal an Massengräbern auf dem Balkan. Kinder und Greise, Menschen jeden Alters wurden als Zivilisten einfach erschlagen und verscharrt. Das geschah ab 1991, mitten in Europa. Wo waren die Menschenrechte oder gar Gott, unser Schöpfer, der den Menschen als sein Ebenbild geschaffen hat, im politischen Kontext eines Konfliktes, der auch die Rolle der Kirchen nicht gänzlich unhinterfragt lassen kann? Diese und

noch weitere Fragen bewegen mich, ohne dass ich eine schnelle Antwort geben kann. Darum bedarf es immer wieder der Rückbesinnung, die dieser Vers aus dem Alten Testament aufgreift: »Hast du des Herrn vergessen, der dich gemacht hat?« (Jesaja 51,3). Hans Koschnik, der frühere Bürgermeister von Bremen, dem ich viel begegnet bin und der inzwischen verstorben ist, der langjähriger Beauftragter für Flüchtlinge in Bosnien war, hat bei verschiedenen unserer Begegnungen – es waren eine Reihe von Vieraugengesprächen – immer wieder betont und gesagt, wie der Mensch, auch der scheinbar religiöse Mensch, ohne den bewussten Rückbezug auf den Schöpfer in unglaubliche Grausamkeiten verfallen kann. Das hat mich herausgefordert. Aus der eigenen Geschichte wissen wir Deutschen nur zu genau, was es bedeutet, wenn der Mensch sich selbst überhebt und sich quasi an die Stelle Gottes setzt. Wer um den Schöpfer weiß, weiß sich selbst und sein Handeln täglich infrage gestellt. Nicht ich erschaffe mich. Der menschlichen Selbstbezogenheit steht ein Gott gegenüber, der uns zu seinem Bild geschaffen hat, ein Gott, der uns in dem menschengewordenen Gottessohn, in Jesus Christus, ganz nah gekommen ist und Vergebung und Erneuerung zuspricht. Und wir sind geprägt von dieser Hoffnung auf die Ewigkeit und setzen uns zugleich ganz in dieser Welt mit Kräften ein.«

So weit das Tagebuch, und nun die Thesen, ganz persönlich:

1. Lasst uns von Angesicht zu Angesicht dem anderen in die Augen schauen, dass er uns seine Geschichte erzählen kann.
2. Lasst uns die Gottesebenbildlichkeit im Blick haben, denn die Kehrseite, so hat es Hans Koschnik damals gesagt, zur Gottesebenbildlichkeit endet im Zynismus, und dieser, das muss ich leider sagen, war nicht nur auf der Seite derer zu sehen, die diese Grausamkeiten anderen angetan haben, sondern manchmal auch bei denen, die versucht haben, »wieder Ordnung hineinzubringen«.
3. Notwendig ist das Bewusstsein: ich habe jemanden über mir, dem ich verantwortlich bin. D

Ted-Talk 7

Von Tagungsteilnehmerin Ailed E. Villalba Aquino, Referentin beim Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung (DiMOE) der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Ulm

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

Was kommt zuerst, Frieden oder Gerechtigkeit? Beide gehören zusammen. In meiner Geschichte gehören Frieden und Gerechtigkeit und die Suche nach Frieden und Gerechtigkeit immer zusammen. Beide sind sowohl Prozesse als auch Ziele.

Erstes Dilemma: Diese Prozesse der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit sind utopisch, aber auch »topisch«, haben keine Häuser, aber dennoch konkrete Orte. Wir glauben ja an eine bessere Welt. Wir sollten sagen, und das sage ich auch als Lateinamerikanerin, dass eine bessere Welt möglich ist, eine Welt, wo Frieden und Gerechtigkeit sich umarmen, aber diese andere Welt sollte inmitten eines komplexen, ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Gefüges sein, das Vielschichtigkeit und Gerechtigkeit hervorbringt, ohne Aneignung und Ausbeutung der Natur und ohne Gewalt gegenüber Menschen. Hier sprechen wir über alle Arten von Gewalt, direkt, strukturell, kulturell, von bewaffneten Konflikten, von Waffenexporten, Wettbewerb usw.

Zweites Dilemma: Da die Welt nicht gerecht ist, lassen sich Frieden und Gerechtigkeit nur durch einen kontinuierlichen Prozess der Umverteilung herstellen. Das heißt, es ist notwendig, dass einige etwas verlieren, aufgeben zugunsten anderer, unter Verzicht von Gewalt, sobald es scheint, dass ihre Privilegien auf dem Spiel stehen.

Drittes Dilemma: Während wir heute von gewaltlosem Frieden, gewaltloser Gerechtigkeit sprechen, finden in vielen Ländern bewaffnete Konflikte statt. Das ist eine Tatsache. Zum Beispiel muss sich Kolumbien den Fragen stellen: Was

machen wir mit den Waffen? Was machen wir mit den Orten, an denen früher Konflikte waren? Diese Fragen sind konkrete Fragen und machen konkrete Antworten notwendig.

Nun kommen meine drei Thesen oder drei Aussagen:

1. Von Frieden und Gerechtigkeit träumen: Ich träume von Frieden und Gerechtigkeit, und für mich bedeutet Frieden und Gerechtigkeit feministisch, antikapitalistisch, dekolonial, gegen Ausbeutung. Das ist für mich gerechter Frieden. Das ist meine Utopie, das ist mein Traum.
2. In diesem Prozess der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit müssen Menschen - Opfer, Träumer - begleitet werden. Das ist notwendig. Die Opfer sind nicht nur die Opfer der Konflikte, die Opfer sind auch die Leute, die vom Frieden träumen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen und darunter leiden, unter vielen Aspekten und Hindernissen. Deshalb ist die Begleitung ganz wichtig, die Begleitung der Opfer, aber auch der Träumer.
3. Es ist auch notwendig, dass wir als Kirche, als lateinamerikanische Kirche, aber vielleicht auch als deutsche Kirche, uns transformieren lassen. Es ist nur möglich, Frieden und Gerechtigkeit zu schaffen, wenn wir zum Beispiel als Kirche mutig sind, aber uns auch transformieren lassen.

Lassen Sie mich noch einen vierten Aspekt sagen: Es ist auch notwendig, dass wir feiern; träumen, begleiten, transformieren, aber auch feiern. **D**

Schritte auf dem Weg des Gerechten Friedens – ein Wort zum Weg der Landeskirche¹

Von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart

**Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018**

Am Abend des Buß- und Bettags fand ein ökumenischer Friedensgottesdienst in der Stuttgarter Stiftskirche statt. Mitgewirkt haben daran der Kirchenpräsident aus Elsass-Lothringen, Christian Albecker, und Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Es sind hundert Jahre vergangen seit 1918. Für mich kamen angesichts dieses Jahrestages Erinnerungen hoch: Geschichten aus meiner eigenen Familie, die zeigen, welch persönliche Gesichter der Krieg hat.

Mein Großvater war deutscher Soldat an der russisch-türkischen Front und zwar an der Seite des türkischen Bündnispartners; der Onkel meiner Frau war an derselben Front, aber auf der anderen, der russischen Seite, weil er als Bessarabiendeutscher unter russischer Herrschaft stand. Die beiden sind einander also im selben Frontabschnitt gegenübergestanden, Mitglieder *einer* Familie!

In der Familie des Elsässisch-Lothringischen Kirchenpräsidenten Albecker geschah Ähnliches: Sein Großvater kämpfte auf der Elsässerseite für das Deutsche Reich, auf der anderen Seite der Großvater seiner Frau als französischer Soldat.

Auch Ministerpräsident Kretschmann erzählt eine ebenfalls eindrückliche persönliche Geschichte aus der Kriegszeit: Die Frau seines Großvaters versteckte, als er Heimaturlaub hatte, abends die Uniform ihres Mannes, um zu verhindern, dass er zurück in den Krieg zog. Sie hat es in naiver Hoffnung getan, es gut gemeint. Das Ergebnis aber war desaströs. Durch die Suche nach der Uniform kam ihr Mann zu spät zur Truppe, wurde strafversetzt und zwar in ein Bataillon, das dann auf den Hartmannswillerkopf, den »Berg des Todes« in den Vogesen, geschickt wurde, und ist dort gefallen.

Ich denke, auch nach hundert Jahren sind das Berichte, die uns ergreifen, weil wir sehen: Wenn wir über Krieg und Frieden sprechen, sprechen

wir über konkrete Lebens- und Menschenschicksale.

Darum sind wir als Landeskirche auf dem Pilgerweg, dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Das ist der Weg, zu dem der Ökumenische Rat der Kirchen aufruft:² ein Weg der kleinen Schritte der Verständigung, hin zum Frieden, der da blühen kann, wo Gerechtigkeit einkehrt. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat sich im letzten Jahr wie viele Kirchen weltweit dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens verpflichtet; im Gedenkgottesdienst am Buß- und Bettag habe ich diesen Entschluss öffentlich bekannt gemacht und werde das vor der Synode noch einmal tun.³ Damit wird etwas deutlich: Die Friedensarbeit hat nur eine Chance, wenn in einer jeden Gemeinde Frieden breitflächig gesehen wird – alle Fragen, die mit der Stiftung und dem Erhalt von Frieden zusammenhängen, gehören zur DNA unserer kirchlichen Arbeit.

Zum Frieden gehört zum Beispiel auch der Dialog der Nationen und der Religionen. Ich sehe, dass der Vertreter der Muslime hier ist, und möchte von einem Dialogbeispiel berichten: Vom Gespräch der Landeskirche mit dem Oman. Ich habe den Oman bereits besucht, der Religionsminister war zweimal bei mir zu Hause, und eine neue Einladung in den Oman besteht bereits. Das ist für mich ein Beitrag zur Friedensarbeit: dort in den Dialog zu gehen, zum arabischen Islam. Denn ich glaube, in der globalisierten Welt mit ihren sehr, sehr vielen Möglichkeiten brauchen wir einander. Wir sehen gemeinsam die Abgründe der Gewalt, und deswegen sollten wir umso mehr global an Friedensbrücken arbeiten.

So gehen wir den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens nicht nur in ökumenischer Verbundenheit, sondern arbeiten auch darüber hinaus mit allen Menschen zusammen, die den Frieden suchen.

Wenn die Suche nach dem Frieden aber so zentral für uns ist – warum heißt es dann:

1. »Jein zum Krieg«?

So titelte die ZEIT im Sommer und bedauerte – oder vielmehr kritisierte –, dass es in der evangelischen Kirche keine klare, einheitliche Position zur Frage von Krieg und Frieden gebe.⁴ So begegnete man etwa in der Friedensdenkschrift von 2007 und in der Stellungnahme zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr aus dem Jahr 2013 immer wieder unterschiedlichen Positionen und Abwägungsergebnissen. Diese »ergebnislose Nachdenklichkeit« des Protestantismus – so die ZEIT – sei von einer einheitlichen Sichtweise weit entfernt.

In einem haben diese Stimmen recht: Eine eindeutige *Anweisung* wird man in dieser wie in vielen ethischen Fragen nicht finden, obwohl ich glaube, dass eine sehr starke gemeinsame Grundströmung durchaus vorhanden ist. Das ist nicht nur in unserer Landeskirche so und das war gewiss auch im Diskussionsprozess der zurückliegenden Tage hier im Diskussionsprozess der zurückliegenden Tagung immer wieder der Fall – das ist »typisch evangelisch«. Es gibt eine Vieltimmigkeit in der Frage, wie die Entwicklung verschiedener Friedenstheologien im Verlauf des 20. Jahrhunderts einzuschätzen sei, und auch in der Frage, wie wir heute, über zehn Jahre nach ihrer Veröffentlichung zur bereits genannten Friedensdenkschrift der EKD, verhalten sollen: Kann Gewalt – selbst wenn sie als *ultima ratio* verstanden wird – jemals ein legitimes Mittel zur Durchsetzung des Rechts sein? Ist es Zeit, »Sicherheit neu zu denken« (wie es der Impuls der Badischen Landeskirche ist) – und wie?

Wenn Sie hier, auch am Ende unserer Tagung, in all diesen und anderen Punkten stets und ganz klar eine einheitliche Meinung vertreten, würde das vermutlich nicht nur die Redaktion der ZEIT überraschen, sondern sogar Sie selbst. Denn: Vieltimmigkeit gehört zum Protestantismus, der die Vielschichtigkeit ethischer Entscheidungen anerkennt und abwägt, während die letzte Entscheidung aber dem Gewissen der Akteure unterstellt bleibt. Die daraus entstehende Vieltimmigkeit stellt eine Herausforderung dar. Das erlebe ich als Landesbischof in Württemberg täglich.

2. Orientierungspunkte

Zugleich sind wir in den Herausforderungen ethischer Urteilsbildungen in friedensethischen Diskussionen nicht orientierungslos. Auf gewichtige theologische Fundamente für diese Frage hat jüngst wieder die Sozialethikerin Elisabeth Gräß-

Schmidt hingewiesen.⁵ So ergibt sich aus der Besinnung auf das fünfte Gebot, auf das Liebesgebot und auf das Wort von der Versöhnung eine tragfähige Basis im absoluten Vorrang ziviler, konstruktiver Konfliktlösungen. Akute Konfliktbearbeitungsmaßnahmen wie Mediation, Dialog- und Versöhnungsarbeit sind ebenso fundamental für eine Friedensarbeit wie langfristiges, präventives Engagement für Menschenrechtsarbeit und Friedenserziehung. Es ist ein kirchliches Grundanliegen, solche Arbeit zu fördern und zu unterstützen.

Friedens-Bildungsarbeit (als Friedensbildungsarbeit) steht dabei im Vordergrund unseres Engagements. Menschen, die im Rahmen dieser Arbeit eine Friedens-Perspektive einnehmen lernen, können sich deeskalierende, kommunikative und versöhnlicher Methoden zur Konfliktbearbeitung aneignen als Alternativen zum sonst oft alleingültigen Recht des Stärkeren, das mit Gewalt durchgesetzt wird.

Solche Bildungsarbeit, wie sie z.B. am Pädagogisch-Theologischen Zentrum in Stuttgart mit seinen Stellen für Friedenspädagogik geleistet wird, braucht einen langen Atem. Genau den thematisiert die Jahreslosung für 2019 (Psalm 32,15): »Suche Frieden und jage ihm nach!« Die Jahreslosung bietet im kommenden Jahr Gelegenheiten, auf den Kanzeln, in Gemeinden, in Schulen und in vielen weiteren Begegnungen, dieses Anliegen immer wieder einzubringen. Ich freue mich, dass ein innerkirchliches Netzwerk von Diakonischem Werk, Erwachsenenbildung, ejw und Hochschule Ludwigsburg gebildet werden soll, die dieses Anliegen teilen. Ich danke den Einrichtungen der Landeskirche, die an dieser Stelle mitarbeiten. Stellvertretend nenne ich das Friedenspfarramt und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden.

Ja, auch über unsere regionalen Grenzen, über Württemberg hinaus können wir einen Beitrag leisten zum Friedensdiskurs und zur Friedensbildung. Das zeigte sich mir vor wenigen Wochen in Brüssel bei einer Sitzung von acht Religionsführern, bei der ich Deutschland zu vertreten hatte. Bei der EU und bei Kommissar Frans Timmermans, der uns zum Gespräch eingeladen hat, wird mit Sorge wahrgenommen, dass die Situation in Europa sich verschärft, dass Rassismus, dass Neo-Nationalismus, neue, für den Frieden gefährliche Denkstrukturen in den einzelnen Gesellschaften sich breit machen. Nun entdeckt auch die EU verstärkt, die ja zum Teil durch ei-

nen französischen Laizismus geprägt ist bzw. war, dass die Religionen im Prozess der Friedensbildung und des Friedenserhalts eine wichtige, konstruktive Rolle spielen können, ein Beispiel ist die Initiative des PTZ und des Friedenspfarramts mit ihrer Initiative zu »Friedensbildung in Schule und Gemeinde«. Das sage ich auch im Sinne des interreligiösen Dialogs.

Ich gebe zu, dass ich die derzeitigen Entwicklungen mit Sorge sehe – ich komme aus einer Generation, die sich mit großer Leidenschaft für den Frieden in Europa eingesetzt hat, die damals mit dem Fall der Mauer gemeint hat: Jetzt können wir weiterarbeiten und die Dinge weiterbilden! Und jetzt müssen wir erleben, dass die Pest eines egozentrischen Nationalismus und Rassismus wieder in Europa aufkommt. Des Eindrucks der Sisyphosarbeit im Bemühen um den Frieden kann man sich schwer erwehren.

Dennoch und erst recht – Bildungsarbeit, die auf Friedenserhalt setzt, ist ein Kern kirchlicher Arbeit.

Ein zweiter wesentlicher Orientierungspunkt ist im Gefolge der Theologie Martin Luthers die Unterscheidung der beiden Regierweisen Gottes. Deren Pointe für die Friedensethik hat Eilert Herms in seiner Systematischen Theologie so zugespitzt: »**Gewaltminimierung durch Gewaltmonopolisierung**«.⁶ Es geht dabei um den Schutz elementare Menschenrechte durch das Gewaltmonopol des Staates, der die Bevölkerung vor willkürlicher Gewalt schützt. Das ist auch der Kerngedanke der EKD-Denkschrift von 2007.⁷ Dass dabei die Notwendigkeit einer bestimmten Form von staatlicher Gewalt grundsätzlich eingeräumt wird, ist vor einem grundsätzlich pazifistischen Hintergrund sicherlich unbefriedigend. Aber angesichts von Bosheit und tiefster Menschenverachtung, die wir – allabendlich vor dem Fernseher und darüber hinaus – wahrnehmen müssen; unser Glaube sagt dazu, dies sei Ausweis der »Sünde« angesichts dessen ist die Kontrolle von Gewalt, als Gegen-Gewalt m. E. eine notwendige Maßnahme. Wie schwer, wie kompliziert und wie umstritten jeder Einzelfall ist, zeigt sich zum Beispiel, wenn wir über militärische Auslandsmissionen der deutschen Bundeswehr debattieren.

Allerdings sind diese Fälle niemals einfach, niemals eindeutig. Das habe ich wieder im persönlichen Erleben verstanden: seitdem ich im Sudan über Gegenden geflogen bin, wo damals Reitermilizen Frauen verfolgt, vergewaltigt und ganze

Stämme und Dörfer ermordet haben, oder als ich in Nordostnigeria in dem Gebiet war, das die Terrorgruppe Boko Haram terrorisierte und erfuhr, dass am Tag zuvor ein Mordanschlag auf ein Dorf geschah, bei dem eine Gruppe von 17 Menschen ermordet wurde. Deswegen bin ich in bestimmten Situationen für einen Einsatz von UN-autorisierten Truppen, für einen Blauhelmeinsatz mit robustem Mandat, und kann somit persönlich keine radikalpazifistische Position vertreten.

3. ... für »den Weg der Landeskirche«

Vor diesem doppelten Hintergrund – der Vielstimmigkeit im evangelischen und landeskirchlichen Diskurs in seiner Komplexität einerseits, der Orientierungspunkte unseres Glaubens andererseits – wünschen und erwarten Sie »ein Wort zum Weg der Landeskirche«. Sie haben bereits festgestellt: »ein Wort«, das ist schwierig, denn wir sind vielstimmig.

Ich will aber einige markante Punkte nennen, die ich auf dem Weg, auf dem wir uns befinden, vor mir sehe. Es handelt sich um durchaus mühselige Wegstrecken. Sie erfordern weiterhin Geduld und langen Atem. Der Blick richtet sich auf den Frieden als eine »Utopie«, also einen Ort, wie Ernst Bloch einmal gesagt hat, wo wir noch nicht sein können. Doch von dieser Utopie her wird unsere Wirklichkeit durchdrungen und wir wissen dabei, dass wir Schritt um Schritt unterwegs sind.

Ein erster Punkt ist unsere deutliche **Haltung in der Diskussion um Rüstungsgüter und die Rüstungsindustrie**. Zu Rüstungsexporten aus Deutschland hat sich die Landeskirche denkbar klar und einmütig positioniert.⁸ Orientierend ist der Grundgedanke, dass wir das, was wir an Verantwortung für weltweite Gewalteskalation tragen, mit unserem Glauben an den friedenschaffenden Gott nicht vereinbaren können. Darum fordern wir, Waffenexporte konsequent daraufhin zu prüfen, ob ausgeschlossen werden kann, dass sie rechtlose Gewalt verstärken. Kleinwaffenexporte sollen grundsätzlich verboten werden, da diese mit einigem Recht als »Massenvernichtungswaffen unserer Zeit« gelten.

So klar das Ziel, so schwierig ist der Weg. In der AG Rüstungskonversion unter der Leitung von Oberkirchenrat Prof. Heckel werden Möglichkeiten ausgelotet, wie wir dem Ziel schrittweise näherkommen können, stellen aber dabei fest, wie schwierig es beispielsweise ist, mit Rüstungsfirmen wie Heckler & Koch ins Gespräch zu

kommen, und erwägen weitere Möglichkeiten des kritischen Dialogs. Im Fall der Waffenmesse ITEC habe ich mich zusammen mit den anderen Bischöfen in Baden-Württemberg dafür eingesetzt, dass sie nicht mehr in Stuttgart stattfinden soll, da die Perfektion von Waffen meiner Überzeugung nach nicht die Probleme unserer Zeit lösen kann. Ich habe bemerkt, welche Widerstände dies im zuständigen Fachministerium ausgelöst hat, weil diese Messe etwas anders eingeschätzt wurde als aus Sicht unserer Landeskirche. Demgegenüber hat mich darauf bei der Tagung in Bad Herrenalb ein Vertreter der Rüstungsindustrie angesprochen und von kritischen ethischen Anfragen seiner eigenen Branche an die in der Messe vorgestellten Technologien berichtet. Hier spielen ethische Fragen zur Digitalisierung eine große Rolle, die ein weiteres Schwerpunktthema unserer Landeskirche ist. Der Vertreter der Rüstungsindustrie räumte ein, dass durch die neue digitalisierte Technik ganz neue ethische Herausforderungen entstehen: im Blick auf vollautonome Waffensysteme mit künstlicher Intelligenz, der Einsatz von Drohnen etc. Deswegen müssen wir im Zusammenhang mit einer ITEC-Messe deutlich machen, dass an diese Entwicklungen der Waffentechnologie fundamentale Anfragen stellen.

Langer Atem ist auch nötig in *dem* Feld der Friedensarbeit, das nur ungenau mit dem Stichwort »**interreligiöser Dialog**« überschrieben ist. Geht es doch vielmehr um gegenseitiges Verstehen und dabei um Vertiefung der eigenen Wurzeln von Versöhnung und Barmherzigkeit. Ich bin vorher schon darauf eingegangen.

Zusammenfassend möchte ich uns bestärken, uns weiter leiten zu lassen von dem Wort: »Die Frucht der Gerechtigkeit ist Frieden«. Von diesem Wort aus wollen wir uns in der Landeskirche auch weiterhin vernetzen, und auch weltweit: durch die Arbeit im Lutherischen Weltbund, in der ökumenischen Familie und darüber hinaus.

Wir treten für ein Verständnis von Friedensarbeit ein, das sich nicht allein auf die Verhinderung von militärischer Gewalt beschränkt. Wofür ich eintreten möchte – da schlägt durch jahrelange Beschäftigung mit entwicklungspolitischen Themen mein Herz –, ist der Einsatz für gerechte Lebensverhältnisse, für die Beseitigung von Ar-

mut und Elend, Unterdrückung, Überschuldung, Korruption, Umweltzerstörung, Ausbeutung, Bedrohung durch Klimawandel. Das sind Friedenthemen, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Dies sind große Aufgaben, die uns überwältigend erscheinen können. Doch Hoffnung ist das, was unseren Glauben ausmacht: die Hoffnung auf Gottes Schalom.

Anmerkungen:

¹ Vortrag, gehalten am 24. November 2018 vor der Konferenz »Auf dem Weg des Gerechten Friedens« in Bad Boll vom 22.-24. November 2018 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, die mündliche Version des Vortrags wurde beibehalten (für den Druck leicht überarbeitet).

² Beschluss der ÖRK-Vollversammlung in Busan/Korea 2013.


³ Beschluss der Landessynode vom 29. November 2017.

⁴ Drieschner, Frank, *Jein zum Krieg*, in: *Die ZEIT* vom 26.7.18.

⁵ Gräß-Schmidt, Elisabeth & Zeyher-Quattlander, Julian (Hg.), *Friedensethik und Theologie. Systematische Erschließung eines Fachgebietes aus der Perspektive von Philosophie und christlicher Theologie*, Tübingen 2018.

⁶ Herms, Eilert, *Systematische Theologie (Band 2)*, Tübingen 2017, S. 2245.

⁷ »(81) Ein Grundelement eines gerechten Friedens ist Vermeidung von und Schutz vor Gewalt. Innerstaatlich ist die Entprivatisierung der Gewalt durch das staatliche Gewaltmonopol eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft der Neuzeit. Wo das staatliche Gewaltmonopol zusammenbricht und die Bewaffnung nichtstaatlicher Akteure eine Chance bekommt, ist in den neuen Bürgerkriegen ein Rückfall in einen vorstaatlichen Zustand zu erleben (...)*«* (EKD, *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Gütersloh 22007, 54f.).

⁸ Vgl. die Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten, Stuttgart 2017 (https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Presse/Dokumente/2017/WEB_Handreichung_Ru_stungsexporte.pdf). 

»Beiträge zum Frieden – aktuelle Herausforderungen und Handlungsräume für das Land Baden-Württemberg«

Von Brigitte Lösch MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Mitglied der Württembergischen Evangelischen Landessynode, Stuttgart

Evangelische Akademie Bad Boll,
24. November 2018

Sehr geehrter Herr Landesbischof July, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zur Ihrer Tagung – ich freue mich, dass ich als Vorsitzende des Bildungsausschusses und als Synodale zum Thema **»Beiträge zum Frieden – aktuelle Herausforderungen und Handlungsräume für das Land Baden-Württemberg«** reden darf.

Lassen Sie mich zu Beginn noch kurz in die Vergangenheit blicken – zu ihrem übergeordneten Tagungsthema – dem Ende des 1. Weltkriegs.

Vor fast genau **100 Jahren endete dieser Erste Weltkrieg**. In diesem verheerenden Krieg von 1914 bis 1918 starben fast neun Millionen Soldaten und mehr als sechs Millionen Zivilisten.

Dieser Erste Weltkrieg veränderte das Leben der Menschen, Gesellschaften und Staaten in Europa. Damals endete eine Weltordnung, in der vorrangig die europäischen Staaten den Ton angaben.

Mit den USA und Japan traten neue weltpolitische Akteure auf den Plan - und mit den Habsburgern und dem Osmanischen Reich gingen ganze Imperien unter. Sie hinterließen alte Krisenherde und schufen neue – die uns heute immer noch bekannt sind - auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten, im Kaukasus.

Und es fand der erste Genozid – ein Völkermord statt: mit der Vertreibung und Vernichtung der Armenier wurde Deportation und Massenmord ein Mittel der Kriegsführung. Es war ein Schnitt, das Ende der »Welt von gestern« – der Anfang des turbulenten und gewalttätigen 20. Jahrhundert.

Was aber geht uns noch der 1. Weltkrieg an – zumal bei uns in Deutschland die Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg von den späteren Schrecken der Nazi- Diktatur, dem Holocaust und dem verheerenden Zweiten Weltkrieg überlagert sind.

Der Erste Weltkrieg ist bei uns oft der »Vorgänger« des 2. Weltkriegs.

Was beide zwei Weltkriege aber ganz klar und erschreckend aufzeigen, ist wohin unser Kontinent treibt, wenn wir Nicht-Zusammenleben-Wollen oder an ein Nicht-Zusammenleben-Können glauben.

»Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.«

Dieses Zitat von Bertolt Brecht aus den 80er Jahren kennen wohl die meisten. Mit diesem Spruch bin ich groß geworden – mit dem NATO-Doppelbeschluss und einem spürbar Kalte Krieg – mit der Friedensbewegung mit ihren Demos von über 500.000 Menschen und den vielen Friedensmärschen an allen Orten.

Wie wir gerade in der letzten Zeit immer wieder deutlich spüren und erleben, ist dieser Friede ist nicht selbstverständlich und nicht statisch. Er muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Wir leben hier in Deutschland und in Europa seit sieben Jahrzehnten in Frieden – und daraus erwächst unsere Verantwortung!

Dieser Frieden ist das Ergebnis des Vereinten Europa.

Ein riesiger historischer Fortschritt. Und ein riesiges historisches Verdienst.

Europa wurde gegründet, um den Nationalismus zu überwinden. Und die Methode dazu war und ist die der Integration.

Aber noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute – 70 Millionen Menschen - und täglich ertrinken sie im Mittelmeer und sterben auf der Flucht. Das ist ein Armutszeugnis für uns, für Europa und die ganz westliche Welt.

Souveränität im 21. Jahrhundert -

Das ist heute wichtiger als je zuvor. Denn die Welt sortiert sich gerade neu.

Schauen Sie sich an, was gerade um uns herum passiert: In welche Richtung sich die Vereinigten Staaten entwickeln. China. Russland. Die Ukraine. Die Türkei. Oder Nordafrika. Wenn wir da nicht zusammenstehen und eine gemeinsame Antwort entwickeln, dann kommen unsere Interessen schlicht nicht mehr vor.

Zu glauben, dass die Rückbesinnung auf den Nationalstaat die richtige Antwort auf unsere Probleme ist, ist eine Illusion.

Wir müssen uns noch einmal klarmachen:

Die Welt im Jahr 2050, das sind 10 Milliarden Menschen. Wir Deutsche sind 80 Millionen. Die Briten sind 65 Millionen. Und die Franzosen 67 Millionen. Jeder für sich alleine genommen macht nicht einmal mehr 1 Prozent der Weltbevölkerung aus. Man wird uns bald nur noch in Promille messen können.

Da ist es doch vollkommen naiv zu glauben, dass man in einer solchen Welt seine Interessen noch im nationalen Alleingang vertreten kann. Wer das versucht, der wird scheitern.

Deshalb ist meine zweite Antwort: Wir Europäer können im 21. Jahrhundert nur gemeinsam souverän sein, und nicht alleine.

Kerneuropa

Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir koordiniert und auf der Basis gemeinsamer Werte handeln.

Wer von Ihnen ein wenig verfolgt, was derzeit in Ländern wie Polen oder Ungarn passiert, dem müssen da sehr ernsthafte Zweifel kommen.

Dort werden Institutionen geschliffen, die zum Kernbestand unserer Werte gehören: die Unabhängigkeit der Gerichte und die Freiheit der Presse. Dabei nennt Herr Orban allen Ernstes das Russland Putins und die Türkei Erdogans als Vorbilder für sein Land.

Angesichts solcher Vorstellungen wird es uns natürlich schwerfallen, gemeinsam etwas zu Stande zu bringen.

Nur als Wertegemeinschaft hat Europa im 21. Jahrhundert eine Chance.

Und auch aus einem zweiten Grund ist es nicht einfach, gemeinsam zu handeln: Wenn wir ge-

meinsam vorankommen wollen, müssen alle 27 Mitgliedsstaaten zustimmen. Da gibt es dann natürlich immer einen, der sein Veto einlegt.

Das führt zu der Lähmung, die wir derzeit haben. Die wir uns aber nicht leisten können.

Dabei halte ich es gar nicht für problematisch, dass manche Länder vor zusätzlichen Schritten zurückschrecken. Sie dürfen nur nicht die anderen daran hindern.

Deshalb brauchen wir eine Gruppe von Staaten, die vorangeht.

Früher haben wir gesagt, wir brauchen ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten«. Doch das passt inzwischen nicht mehr richtig, weil es in der Wertefrage nicht um unterschiedliche Geschwindigkeiten, sondern um unterschiedliche Wege geht.

Vielleicht trifft es »Kerneuropa« am besten, wenn man dabei nicht an die geographische Lage denkt, sondern an die Werte und den Willen der Staaten, gemeinsam mit anderen die nächsten Schritte zu gehen.

Europa als Bürgerprojekt

Sehr geehrte Damen und Herren, es reicht heute nicht mehr aus, dass sich ein paar Politikerinnen und Politiker zusammensetzen und etwas beschließen. Und dann vielleicht im Nachhinein die Bürgerinnen und Bürger fragen.

Dann sagen Sie NEIN, weil Sie etwas Fertiges vorgesetzt bekommen. Oder Sie sagen NEIN, weil Sie ihrer Regierung aus völlig anderen Gründen gerade mal einen Denkkzettel verpassen wollen.

Deshalb muss Europa zu einem Projekt werden, bei dem die Bürgerinnen und Bürger von Anfang in die Veränderungsprozesse eingebunden werden. Zu einem Bürgerprojekt.

Und dabei brauchen wir gar nicht auf Berlin zu warten.

Pulse of Europe hat damit schon vor zwei Jahren begonnen, ein positives Leitbild für die Erneuerung Europas zu entwickeln.

Eine tolle Initiative, in der sich viele gerade der jungen Leute engagieren, auch hier bei Ihnen in der Stadt.

Und auch das Land hat mit der Arbeit begonnen: Im letzten Jahr haben wir in Stuttgart den Startschuss gegeben. In diesem Jahr laden wir alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dazu ein, in Bürgerforen überall im Land miteinander darüber zu sprechen: Wie soll unser Europa aussehen?

Wir werden offen diskutieren und keine Show veranstalten. Allerdings, und das sage ich ebenso klar:

Es soll dabei um die Erneuerung des vereinten Europa gehen. Und nicht um seine Abschaffung. So steht es in der Landesverfassung. Und so steht es in unserem Grundgesetz.

Am Ende machen wir dann daraus ein gemeinsames europäisches Leitbild, das wir in die europäische Diskussion einbringen.

Aber noch mal ein **Schritt zurück – der Blick auf Deutschland und Baden- Württemberg.**

Deutschland ist – wie vorher ausgeführt - dazu verpflichtet, lautstark für Europa und den hier herrschenden Frieden einzustehen.

Und wo ist das Thema bei uns verankert:

im Grundgesetz mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen.

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«!

und der Verankerung der **Kriegsdienstverweigerung** als Grundrecht im Grundgesetz – hier was übrigens Deutschland das erste Land der Welt!

Und dann haben wir seit 20 Jahren **»Out of Area«-Urteil** des Bundesverfassungsgerichts, in dem das Parlament über jeden bewaffneten Auslandseinsatz der Bundeswehr entscheidet - anders als in den allermeisten Ländern der Welt.

Und wo sind wir hier in **Baden-Württemberg** eigentlich **»auf dem Weg des gerechten Friedens«?** Wie tragen wir konkret dazu bei, den Frieden zu bewahren?

Im Herbst 2014 wurde **eine »Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen«** verabschiedet – unterschrieben von insgesamt 17 Organisa-

tionen aus Kirchen, Jugendarbeit und Friedensbündnissen und dem Kultusministerium.

Die Erklärung beruht auf einem umfassenden Verständnis einer »Erziehung zur Friedensliebe«, welches der Artikel 12 der Landesverfassung fordert. Die Umsetzung dieser Aufgabe hat für die baden-württembergische Landesregierung eine hohe Priorität. Daraus abgeleitet werden Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen, die den Bildungsplan sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte betreffen. Daneben sollen die Infrastruktur für Friedenbildung weiterentwickelt und ausgebaut werden. Das Kultusministerium ist – im Dialog mit den Unterzeichnenden dieser Erklärung - für die Entwicklung und Umsetzung der Förderung der Friedensbildung - auch in der außerschulischen Bildung – zuständig.

Aufgrund dieser Erklärung wurde dann auch die **Servicestelle Friedensbildung** Baden-Württemberg am 1. August 2015 eingerichtet - bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) mit Sitz im LpB Tagungszentrum »Haus auf der Alb« in Bad Urach.

Die Servicestelle berät und informiert zu allen Themen, die im Zusammenhang mit Friedensbildung stehen – und soll Lehrerinnen und Lehrern unterstützen. Sie bietet dafür gezielte Qualifizierungsmöglichkeiten u. a. für Lehrkräfte und stellt Unterrichtsmaterialien zur Verfügung.

Im aktuellen Doppelhaushalt 2018/19 haben wir die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung um jeweils 50.000 Euro auf 200.000 Euro im Jahr erhöht.

Auch die **Kooperation Schule – Bundeswehr** (von 2009) wurde im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung neu geordnet. Im August 2014 wurde zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr eine neue, weiterentwickelte Vereinbarung zur Zusammenarbeit geschlossen. Die Übereinkunft folgt den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses, wonach gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen auch im Unterricht kontrovers erscheinen müssen. Neben der Kontroversität beinhaltet diese Vereinbarung für den Politikunterricht außerdem das Überwältigungsverbot sowie die Schülerorientierung, wonach die Lehrer*innen die eigene Meinungsbildung der Schüler*innen fördern muss. Dieser stärkeren schulischen Verankerung des Themas Friedensbildung wird auch durch den Bildungsplan 2016 Rechnung getragen.

Das Thema **Rüstung** ist auch in BW nach wie vor aktuell – nur zwei Namen: Heckler & Koch oder das Munitionswerk des Panzerbauers Rheinmetall (Neuenburg Südbaden) – es arbeiten über 20.000 Menschen in der Rüstungsindustrie.

Seit Jahren fordern wir Grüne ein Rüstungsexportkontrollgesetz um einen restriktiven und transparenten Rüstungsexport zu schaffen. Das beinhaltet auch ganz klar, dass Waffen nicht in Konfliktgebiete und Länder in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, geliefert werden.

Ich persönlich stehe bei diesem Thema voll und ganz zur Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten mit 3 Forderungen:

- Beschränkung von Waffenexporten

Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion.

- Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken

- Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung

Es wird wieder »aufgerüstet« und es weht ein kälterer Wind – nicht nur von rechts. Dazu passt auch, dass im Juni dieses Jahres bekannt wurde, dass in Ulm eine von zwei neuen **NATO-Zentralen** eingerichtet werden soll.

Sie sehen überall in der Welt zeigt sich gerade: die Karten werden neu gemischt. Und die autoritäre Versuchung ist wieder da.

Was noch vor kurzem selbstverständlich war, steht heute wieder infrage.

Es geht hier nicht um Baden-Württemberg oder Deutschland – es geht um Europa und mehr.

Angesichts dessen drängt sich die Frage auf: Wie müssen wir Europa vor diesem Hintergrund umgestalten? Und in welchem Europa wollen wir leben?

Ich meine, die Antwort auf die Suche nach einem schützenden Raum ist ein Europa, das Raum für Heimat lässt, ohne dabei dem Separatismus und dem Nationalismus auf den Leim zu gehen.

Die Antwort auf die neuen Größenverhältnisse in der Welt ist ein Europa, das gemeinsam handelt. Weil es Souveränität im 21. Jahrhundert nur noch gemeinsam gibt, und nicht alleine.

Die Antwort auf die Krise der Europäischen Union ist ein Zusammenschluss derjenigen Partnerländer, die dieselben demokratischen Werte teilen und gemeinsam vorangehen wollen. Dann kann Europa endlich auch die großen Herausforderungen anpacken.

Worin die großen Herausforderungen jedoch genau liegen und was die richtige Antwort darauf ist, das ist eine Frage, die sich nicht nur an die Politik, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger richtet. Deshalb muss Europa zu einem Bürger*innen-Projekt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Europa wünsche ich Ihren Einsatz und Ihr Engagement. Denn darauf kommt es an.

Und ich schließe meine Rede mit der Mahnung des Bundespräsidenten Gustav Heinemann:

»Nicht der Krieg ist der Ernstfall. Der Frieden ist der Ernstfall.«

Vielen Dank!



Weg des Gerechten Friedens – Welche Schritte müssen wir auf diesem Weg gehen?

Von Dr. Markus Weingardt, Friedens- und Konfliktforscher, Bereichsleiter Frieden bei der Stiftung Weltethos, Tübingen

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in:
SYM – Magazin der Evangelischen Akademie
Bad Boll, 15. Jahrgang, Heft 4/2018,
hg. von der Evangelischen Akademie Bad Boll
(Dr. Jörg Hübner), Seite 14–15

»Der Friede auf Erden wird in einem ganz anderen Maß auch zu einer Aufgabe der Kirche werden als bisher. Wir werden ihm dienen in weit größerer Unabhängigkeit von den Interessen unseres Staates oder anderer Staaten. Und wir werden neue Formen unseres Eintretens für den Frieden finden müssen. Da gibt es bereits beachtliche Anfänge. Die Gerechtigkeit auf dieser Erde wird sich zu einer der zentralen Aufgaben der Kirche entwickeln. Und auch hier werden wir viel unbekümmerter auch gegen unsere eigenen deutschen wirtschaftlichen Interessen denken und reden und handeln müssen als bisher.«

Jörg Zink: Die evangelische Kirche auf ihrem Weg ins 21. Jahrhundert. Vortrag am 14.10.1995 in Stuttgart

Die friedenspolitische Bedeutung der Religionsgemeinschaften ist von höchster Aktualität und Relevanz. Zahlreiche Gewaltkonflikte, massive weltweite Aufrüstung und unberechenbare politische Führer verunsichern viele Menschen. Kriege und Ungerechtigkeit zwingen Millionen von Menschen zur Flucht. Europa befindet sich in einer Zerreißprobe, Rechtspopulismus macht sich breit. Ein »gerechter Friede« scheint in weiter Ferne. Doch Frieden ist kein Zustand, sondern ein Geschehen, ein Weg. Diesen Weg des Gerechten Friedens gilt es einzuschlagen, und die Kirchen sollen mutig vorangehen. Das ist ihr Anspruch und ihre Verantwortung. Doch trotz vielfältigen Engagements für Frieden, Gerechtigkeit und die Überwindung von Gewalt, klafft in allen Religionsgemeinschaften eine Lücke zwischen dem theologischen Friedensanspruch und der friedenspolitischen Praxis. Das ist theologisch unglaubwürdig und politisch unverantwortlich. Daher sind alle Religionsgemeinschaften und so auch die Kirchen gefordert, ihre Friedenskompetenzen auszubauen. Was ist zu tun?

Erkennen: Zunächst gilt es, sowohl die friedensorientierten Ressourcen in den eigenen Quellen und in der eigenen Geschichte zu erkennen und wahrzunehmen. Dazu gehören ebenso Überlieferungen in den religiösen Schriften wie konkrete Beispiele religiöser Friedensstifter oder -initiativen. Alle Religionen bergen eine Fülle versöhnungsorientierter Überlieferungen und Beispiele gewaltfreier Konfliktlösung, die aber weithin unbekannt sind. Wer kennt denn die Geschichte des Propheten Oded, von David und Abigail oder die Lösung des ersten Konfliktes der christlichen Urgemeinde? Und wer weiß vom Widerstand der ruandischen Muslime 1994, vom Engagement Bischof de Souza in Benin, von Maha Ghosanas Versöhnungsarbeit in Kambodscha? Die Kenntnis der eigenen Quellen, Traditionen und Vorbilder kann ermutigen und Orientierung geben, während das Wissen um die eigenen Irrtümer und Verfehlungen vor Irrwegen schützen mag. Wer sich darüber hinaus mit den Schriften und Beispielen anderer Religionen beschäftigt, wird außerdem starke Parallelen erkennen: Mitemenschlichkeit, Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit sind Werte, die sich in allen Religionen finden lassen.

Entwickeln: Jeder Konflikt ist anders und bedarf anderer Instrumente oder Methoden, im zwischenmenschlichen wie in der »großen Politik«. Darum müssen die vorhandenen Kompetenzen nicht nur wahrgenommen, sondern auch analysiert und weiterentwickelt werden. Frieden zu stiften ist manchmal harte Arbeit, immer aber eine Kunst. Doch diese Kunst kann gelernt werden, und also muss sie auch gelehrt werden: in Kindergarten und Schule, in Religions- und Konfirmationsunterricht, besonders auch in Theologiestudium und anderen kirchlichen Ausbildungsgängen. Hier wird das Interesse geweckt, werden Offenheit und Sensibilität entwickelt. Und hier können Grundlagen vermittelt werden, wie auf kluge und konstruktive Weise mit Konflikten umgegangen werden kann – in und außerhalb der Kirche. Bei alledem tun die Kirchen gut daran, den Austausch mit anderen Friedensakteuren zu suchen, mit religiösen oder nichtreligiösen zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit andersreligiösen Akteuren, mit Wissenschaft und Politik. Alle diese Akteure haben jeweils spezifische Möglich-

keiten, Fähigkeiten und Erfahrungen, die sich ergänzen können. Es gilt, voneinander zu lernen und die eigenen Konfliktbearbeitungsfähigkeiten inhaltlich und institutionell zu stärken, auch zu professionalisieren. Das erfordert eine klare theologische und politische Präferenz für Frieden und Versöhnung, aber natürlich auch den Einsatz entsprechender Finanzmittel. Denn Frieden ist nicht eines unter vielen kirchlichen Arbeitsfeldern, es ist für die Kirchen »ein herausragendes Thema öffentlicher Verantwortung« und eine »immerwährende Aufgabe«, wie die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 betont.

Einbringen: Sind durch Erkennen und Entwickeln der Friedenskompetenzen die nötigen Voraussetzungen gegeben, so müssen religiöse Akteure ihre Expertise in Konflikt- und Friedensprozessen anbieten, sich einbringen. Religiöse Friedensakteure sind kein Ersatz für säkulare Kräfte, aber sie können diese mit ihren spezifischen Kompetenzen und Zugangsweisen ergänzen. Kompetenzen in konstruktiver Konfliktbearbeitung sind dazu freilich unverzichtbar, aber nicht hinreichend. Sich in politische Prozesse einzubringen, erfordert von den Kirchen außerdem Mut: Den Mut, sich politisch zu positionieren und damit möglicherweise Anstoß zu erregen. Den Mut, sich laut und vernehmbar zu artikulieren, vielleicht anzuecken, gar Hass oder Häme auf sich zu ziehen. Höfliche, gleichgültige oder ängstliche Zurückhaltung in diesen konfliktreichen Zeiten ist das falsche Signal und widerspricht Jesu Friedensbotschaft, die er in Leben und Lehre vermittelte. Doch Friedensarbeit ergibt sich nicht

zwangsläufig oder zufällig, sie kann und muss bewusst gewollt und aktiv umgesetzt werden. Die Entwicklung von Konflikten, ob international oder in unserer Gesellschaft, darf nicht den Gewaltakteuren überlassen werden, und die öffentliche Aufmerksamkeit nicht den Angstpredigern und geistigen Brandstiftern, seien sie säkular oder religiös. Das verlangt nicht weniger, als dass Friedenspolitik und -engagement – auch und gerade aus religiös-theologischer Motivation – konsequent als vornehmste Aufgabe der Kirchen und jeder Religionsgemeinschaft begriffen und praktiziert wird.

Als gesellschaftliche Großinstitutionen tragen die Religionsgemeinschaften, respektive die christlichen Kirchen in Europa, eine Mitverantwortung für politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Ihre Stimme wird gehört, wenn sie klar und deutlich erhoben wird, und ihr wird geglaubt, wenn Taten folgen. Die Kirchen haben Einfluss, geben vielen Menschen Orientierung und genießen weithin Vertrauen. Ihre friedensstiftenden Fähigkeiten und Erfahrungen bergen enormes Potenzial für gegenwärtige und zukünftige Konflikte. Das ist eine große Chance. Wird sie vergeben, so werden die Kirchen weiter an gesellschaftlicher Relevanz und Anziehungskraft verlieren. Wenn die Kirchen aber vorangehen auf dem Weg eines Gerechten Friedens, mutig, entschlossen und glaubwürdig, dann wird dies Beachtung und Mitstreiter finden. Manches ist auf dem Wege, vieles bleibt noch zu tun. Wir stehen erst am Anfang. **D**

Tagungsziele

Anmerkung der Redaktion: Bei den Tagungszielen handelt es sich um Forderungen, die von den Tagungsteilnehmern im Rahmen eines Gallery Walk handschriftlich auf Karten geschrieben und auf Pinnwände geheftet wurden. Diese zahlreichen einzelnen Forderungen wurden fotografiert und thematisch zusammengefasst als Text formuliert.

Tagungsziel 1

Das Pfarramt für Friedensarbeit in der Evang. Landeskirche in Württemberg sollte von 50 % Dienstauftrag wieder auf 100 % angehoben werden.

Tagungsziel 2

Eine **landeskirchliche Stiftung Friedensarbeit** könnte um große Vermögen werben. Das Kern- und Querschnittsthema Frieden könnte gezielter gefördert werden in Friedensarbeit, Friedenspädagogik. Alles, was im friedenslogischen Sinn sich für gewaltfreie, konstruktive Konfliktbearbeitung und Mediation und das Fördern des Wissens darum einsetzt, sollte damit gestärkt werden.

Tagungsziel 3

Die Friedenspädagogikstelle beim PTZ sollte verstetigt werden!

Tagungsziel 4

Es braucht ein **innerkirchliches Netzwerk Friedensbildung!**

Alle, die mit Friedensbildung/Friedenspädagogik irgendwie zu tun haben, könnten Kräfte bündeln und Ziele besser durchsetzen: Friedenspädagogik beim PTZ, EJW, DWW, Pfarramt für Friedensarbeit, Hochschule Ludwigsburg, Theologische Fakultät, Evangelische Erwachsenenbildung, Evang. Frauen und Männer, Evangelische Schulen, Flüchtlingsarbeit u. a.

Tagungsziel 5

Es braucht nicht nur Standorte für das Militär im Ländle, sondern einen **Ort der Friedensarbeit**

- Kurse für konstruktive Konfliktbearbeitung und Mediation könnten dort stattfinden
- An der Bibel ausgerichtete Friedenstheologie könnte dort in Treffen und Netzwerken weiterentwickelt werden.
- Denkbar wäre es, einen vorhandenen kirchlichen oder kirchennahen Ort z. B. Bad Urach, Kloster Kirchberg oder andere für solch eine Ausrichtung zu gewinnen. Vielleicht wäre das auch eine Aufgabe der vier Kirchen in Baden-Württemberg.

Tagungsziel 6

Die **Erklärung der Evang. Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten 2016/2017** muss von der Landeskirche auf allen Ebenen ernst genommen werden.

Es braucht eine **Überprüfung in der Synode**, was seit der Abgabe der Erklärung geschehen ist und wie es weitergehen soll. Die Zielvereinbarungen gilt es umzusetzen.

Anhang

Herr, mache uns zu Werkzeugen deines Friedens! – Friedens-Appell der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg

Quelle:

Delegiertenversammlung der ACK in Baden-Württemberg, September 2016

Kriege und Terror verbreiten Angst und Ohnmacht – weltweit und ganz nahe. Schreckensmeldungen verstören uns Tag um Tag. Ratlosigkeit greift um sich und geht mit dem Ruf nach schnellen Lösungen einher. Die Gefahr besteht, dass militärische Reaktionen eine besonnene Friedenspolitik verdrängen.

Aufrüstungsprogramme werden in allen Kontinenten geplant und umgesetzt. Waffen und sonstige Rüstungsgüter aus Baden-Württemberg machen uns zu Beteiligten. Flüchtlinge, die bei uns Schutz und Frieden suchen, erinnern uns daran.

1. Dem Frieden Gottes trauen

In dieser Situation müssen die christlichen Kirchen innehalten und sich neu bewusst machen, wie sie sich als ökumenische Gemeinschaft auf dem Weg des Friedens verstehen:

Gemeinsam vertrauen sie auf das Wort Gottes, das Frieden zusagt und Frieden gebietet. Gottes Friedensbund gilt immer und überall. »Auch wenn die Berge von ihrem Platz weichen und die Hügel zu wanken beginnen – der Bund meines Friedens wird nicht wanken, spricht der Herr, der Erbarmen hat mit dir!« (Jesaja 54,10). Darin liegt die innere Kraft, die zu schöpferischen und mutigen Schritten auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens befreit.

Die Bibel nennt zugleich auch die Ursachen von Krieg und Gewalt beim Namen (»Der Lohn der Sünde ist der Tod«, Römer 6,23; vgl. Jesaja 59,7-9). Dies nötigt uns zu einer realistischen Sicht auf die eigene Person und die Welt. Auch die Kirchen müssen bekennen, dass sie in Konflikten oft eher Teil des Problems als der Lösung gewesen sind.

Dabei haben gerade sie ein besonderes Friedenspotential. Denn ihnen ist eine Verheißung gegeben, die größer ist als ihre eigenen Möglichkeiten: der Friede als Gabe Gottes, die allen Menschen und der ganzen Schöpfung zgedacht ist. In Kreuz und Auferstehung Jesu Christi wird er den

Glaubenden geschenkt: »Christus ist unser Friede« (Epheser 2,14). In der Vision eines neuen Himmels und einer neuen Erde stellt uns Gott seinen alles umfassenden Frieden vor Augen: »Er wird in ihrer Mitte wohnen und sie werden sein Volk sein. Der Tod wird nicht mehr sein, keine Trauer, keine Klage ... Denn was früher war ist vergangen. Siehe, ich mache alles neu!« (vgl. Offenbarung 21,1-5).

In diesem Horizont beten Christen für den Frieden und erneuern ihre Hoffnung, dass die Barmherzigkeit Gottes in menschlichen Schritten zu Frieden und Gerechtigkeit wirksam wird. »Selig, die Frieden stiften!« (Matthäus 5,9).

2. Den Weg der Gerechtigkeit gehen

Frieden ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Das Leitbild vom »Gerechten Frieden« (in Abwendung von Vorstellungen eines »gerechten Kriegs«) verbindet die christlichen Kirchen in Baden-Württemberg mit der weltweiten ökumenischen Lerngemeinschaft.

Dieses Leitbild betont den Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Recht im Gesamthorizont der Schöpfung. Es weist auf die verschiedenen Dimensionen des Friedens hin: Friede mit der Erde, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, unter den Völkern. »Gerechter Friede« umgreift also gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen ebenso wie den Natur- und Klimaschutz. Er geht damit an die Wurzeln aller (zwischen- und innerstaatlichen) Konflikte.

Armut, Hunger und Ungerechtigkeit – auch Missachtung kultureller Identitäten oder Verlust von Lebensgrundlagen durch Klimaveränderung – sind häufig Ursachen gewaltsamer Konflikte und nötigen Menschen zur Migration.

Vorausschauende Friedenspolitik muss diese Konfliktursachen frühzeitig erkennen und bei ihnen ansetzen. Wesentliche Faktoren für eine gelingende Konfliktbearbeitung, die gewaltsamen Auseinandersetzungen vorbeugt, sind:

- Zivilgesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten

- Demokratische Formen politischer Mitwirkung
- Zusammenstimmende Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik
- Zivile Krisenprävention

In diesen Arbeitsfeldern sollte sich die größer gewordene Verantwortung Deutschlands in der Welt bewähren.

3. Frieden schaffen ...

Vielfach wird die Übernahme von mehr Verantwortung gleichgesetzt mit der Steigerung militärischer Leistungsfähigkeit, dem Ausbau von Rüstungskapazitäten, dem Export von Rüstungsgütern oder der Beteiligung an militärischen Interventionen in Krisengebieten.

Nüchterne Bilanzen belegen jedoch, dass keine der militärischen Interventionen in der jüngeren Vergangenheit einen dauerhaften und stabilen Frieden schaffen konnte. Oft erwiesen sie sich vielmehr als Verstärker der Konflikte und Auslöser dramatischer Fluchtbewegungen.

Zugleich sind die enormen Ausgaben für Rüstung und Militär ein ernstes Hindernis für notwendige Investitionen in Friedensförderung (z.B. zivile Friedensdienste), nachhaltige Entwicklung und Klimagerechtigkeit.

4. Umkehren zum Frieden!

Nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift sind Frieden und Sicherheit die Frucht der Gerechtigkeit (vgl. Jesaja 32,17). Umdenken ist nötig: weg von einem Sicherheitsdenken, das der militärischen Logik folgt, hin zu einer umfassenden und vorausschauenden Friedenspolitik.

Jesus sagt: »Meinen Frieden gebe ich euch; nicht einen Frieden, wie die Welt ihn gibt. Euer Herz verzage nicht!« (Johannes 14,27). Die christlichen Kirchen in Baden-Württemberg wollen auf diese Verheißung hin mehr Frieden wagen und treten deshalb ein:

1. für die »Ertüchtigung« zum Frieden durch eine entschiedene Stärkung aller gewaltfreien

Mittel und Methoden zur Lösung von Konflikten;

2. für die Förderung von Initiativen der Friedensbildung in möglichst allen Bildungseinrichtungen (z.B. Kindergärten, Schulen, Hochschulen; auch kirchliche Bildungsangebote);
3. für die Anerkennung und Stärkung diplomatischer Bemühungen bei schwelenden oder bereits ausgebrochenen gewaltsamen Konflikten;
4. für die Reform und den Ausbau verbindlicher internationaler Rechts- und Ordnungssysteme (z.B. UNO, OSZE);
5. für eine Reduzierung der deutschen Rüstungsexporte – mit dem Ziel eines mittelfristigen Ausfuhrverbots;
6. für eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit dem Einsatz bewaffnungsfähiger Drohnen und anderer automatischer Waffensysteme;
7. für die weltweite Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen.

5. Frieden wagen!

Dafür treten wir als Kirchen ein. Dabei lassen wir uns nicht auf unverantwortliche Abenteuer ein, sondern auf die Verheißung Jesu und das Wagnis eines gemeinsamen Weges zum gerechten Frieden. Wir tun dies in Verbindung mit der weltweiten Kirche, mit unseren ökumenischen Schwester- und Partnerkirchen und mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen.

»Meide das Böse, tu das Gute, suche Frieden und jage ihm nach!« (Psalm 34,15).

Die Delegiertenversammlung der ACK in
Baden-Württemberg
im September 2016

www.ack-bw.de



Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten

Quelle:

Herausgegeben vom Evangelischen Oberkirchenrat
Gänsheidestraße 4
70184 Stuttgart

März, 2017

Vorwort

Die Botschaft des Friedens gehört wesentlich zur Bibel. Dort wird verheißen, dass aus Schwertern Pflugscharen werden sollen (Jesaja 2,4). Im Neuen Testament wird verkündigt, dass Christus selbst unser Friede sei. Durch den Tod am Kreuz hat Christus alle Feindschaft beendet und die Menschen mit Gott versöhnt. Aufgrund dieser vielfältigen Friedensbotschaft der Bibel wissen wir uns als Kirche für diesen Frieden Jesu Christi berufen. In diesem Frieden Gottes wollen wir auch in den Lebens- und Konfliktsituationen dieser Welt für Frieden unter den Menschen eintreten.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat dieses Anliegen aufgenommen und sich in einem mehrjährigen Prozess mit ganz konkreten Fragen der Friedensförderung beschäftigt. Aus der Arbeit einer Landeskirchlichen Kommission zur Rüstungskonversion (Umwidmung der Produktion von Rüstungsgütern in die Produktion ziviler Güter) heraus ist in Zusammenarbeit mit Synodalen der Landessynode und mit Mitarbeitenden des Oberkirchenrats eine Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten hervorgegangen. Das Kollegium des Oberkirchenrats und unsere Landessynode haben dieser Erklärung mit großer Mehrheit zugestimmt. Gerne übernehme ich als Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg die Aufgabe, den Text dieser Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ich wünsche dieser landeskirchlichen Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten, dass sie in vielen Gruppen und Kreisen unserer Landeskirche und auch außerhalb der Landeskirche interessiert gelesen und diskutiert wird. Diese Erklärung will Menschen dazu ermutigen, zu Botschafterinnen und Botschaftern des Friedens zu werden. Im Jahr des Reformationsjubiläums bitte ich mit

Worten von Martin Luther: »Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott, zu unsern Zeiten!« (EG 421)

Im März 2017,

Ihr

Landesbischof

Dr. h. c. Frank Otfried July

Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten

1. Was wir sehen

In zahlreichen Ländern der Welt toben Kriege oder bewaffnete Konflikte. Deutschland ist weltweit einer der größten Waffenexporteure.

Dimension und Problematik von Rüstungsexporten wurden in jüngster Zeit besonders deutlich durch die Flucht von etwa 65 Millionen Menschen vorwiegend aus Kriegsgebieten. In Deutschland nahm der Wert der Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen von 2014 auf 2015 in Euro um fast 100% zu, im ersten Halbjahr 2016 um weitere gut 16% gegenüber dem- selben Zeitraum 2015¹.

2. Was wir glauben

Gott will und schafft Frieden. Durch die gesamte Bibel ziehen sich die Verheißungen vom Friedensreich Gottes. Zugleich zeichnet die Bibel das realistische Bild einer Welt voller Sünde, Gewalt und Krieg, in die wir alle tief verstrickt sind. Gottes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist noch nicht vollendet.

Jesus Christus ist in dieser Welt den Weg der Gewaltfreiheit gegangen – er ist unser Friede und der Friede der ganzen Welt (vgl. Epheser 2,14). Wir vertrauen und gehorchen der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt. Die Barmer Theologische Erklärung erinnert daran, dass der Staat in dieser Welt unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sor-

gen hat (gemäß These 5 der Barmer Theologischen Erklärung von 1934).

1948 bezeugte der Weltrat der Kirchen bei seiner Gründung: »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.« Im Geiste Jesu sollen wir Frieden fördern, auf eine Verringerung von Gewaltanwendung hinarbeiten und lernen, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen.

3. Was wir fordern

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg tritt für gewaltfreies Handeln ein und fördert die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung entsprechend der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« (2007). Das bedeutet zum einen Vermeidung oder Verminderung militärischer Gewalt, zum anderen einen Ausbau friedenschaffender und -erhaltender Maßnahmen.

Konkret heißt dies:

■ *Beschränkung von Waffenexporten*
Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion. Ausnahmen von dieser Regel sind vor der Entscheidung und öffentlich zu begründen. Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Krisengebiete ist konsequent daraufhin zu prüfen, inwieweit durch die Exporte nicht das Risiko rechtloser Gewalt befördert wird.

■ *Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken*
Kleinwaffen sind die »Massenvernichtungswaffen« der Gegenwart. Ihr Export für militärische Zwecke ist zu verbieten und das Verbot effektiv zu kontrollieren. Wir sehen aber auch, dass z.B. die Polizei in anderen Ländern auf eine Ausstattung mit Waffen angewiesen ist. Eine Waffenlieferung für polizeiliche Zwecke ist nur in stabile staatliche Verhältnisse, die nach Grundsätzen demokratisch legitimer rechtsstaatlicher und effektiver Regierungs- und Verwaltungsführung unter Beachtung der Menschenrechte funktionieren, vorstellbar. Es gibt jedoch kein gesichertes Verfahren, den Endverbleib dieser Waffen zu überwachen.

■ *Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung*

Ansätze der Friedensbildung, der Friedenspädagogik und die zivile Konfliktbearbeitung sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Außenpolitisch sind Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung auch finanziell vorrangig zu unterstützen. Die Überwindung von Kriegs- und Fluchtursachen muss so weit wie möglich mit friedlichen Mitteln erfolgen.

4. Wozu wir uns verpflichten

In unserer Landeskirche werden wir uns auf allen Ebenen intensiv mit friedensethischen Fragen beschäftigen.

Konkret bedeutet dies:

■ *Stärkung von Friedensbildung und Friedensarbeit*

Wir stärken die Friedensbildung an den Schulen in unserem Land und in unseren Gemeinden. Wir unterstützen die Arbeit und Vernetzung der Friedensbeauftragten in den Kirchenbezirken und darüber hinaus.

■ *Initiierung eines Runden Tisches für Rüstungskonversion*

Wir bringen einen Dialogprozess in Form eines Runden Tisches zum Thema Rüstungskonversion auf den Weg, an dem Unternehmer, Beschäftigte, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Kirchen teilnehmen.

■ *Anstoßen einer öffentlichen Diskussion über ein Exportverbot von Kleinwaffen*

Wir stoßen eine öffentliche Diskussion über das Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken an.

Die Friedensbotschaft des Evangeliums muss auch in politischen Entscheidungen bedacht und ernst genommen werden.

Anmerkung:

¹ Vgl. Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Deutschland 2015: Stand Juni 2016 unter <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2015.pdf?blob=publicationFile&v=14>, S. 22 und Stand Oktober 2016 unter <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexport-zwischenbericht-2016.pdf?blob=publicationFile&v=12>, S. 22

Sehr verehrter Herr Präsident Braun, hohe Synode!**Sehr verehrter Herr Landesbischof und verehrte Mitglieder des Oberkirchenrats!**

Als eine Auswirkung der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation in Jamaica 2010 setzte Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel in unserer Landeskirche eine Kommission zu Fragen der Rüstungskonversion ein. Es sollte dabei nicht um eine Fundamentaldiskussion, sondern um ein konkretes Umsteuern in der Rüstungsindustrie gehen, die für die Herstellung ziviler Produkte gewonnen werden sollte. Dies Vorhaben scheiterte, da die Vertreter der Wirtschaft die Einladung zu einem solchen Diskussionsprozess nicht annahm. So befasste sich die Kommission, moderiert von Frau Kirchenrätin Dr. Godel und besetzt mit Persönlichkeiten unserer Landeskirche und anderer Institutionen, über einen dreijährigen Zeitraum dann doch mit den fundamentalen Fragen der deutschen Rüstungsproduktion und des Rüstungsexports. 2015 legte diese Gruppe eine fundierte, mehrseitige Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten vor.

Die in der Sommersynode 2016 in Heilbronn geplante Verabschiedung dieses Papiers durch Landessynode, Landesbischof und Oberkirchenrat fand nicht statt, da noch aufgetretene Fragen geklärt werden mussten. Es blieb uns jedoch weiterhin wichtig, auf eine gemeinsame Erklärung aller kirchenleitenden Organe hinzuwirken. Eine Arbeitsgruppe des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung, in der alle vier Gesprächskreise repräsentiert waren, unterstützt durch zwei Mitglieder des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit und durch drei Mitglieder des Oberkirchenrats – unter ihnen Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel – übernahm die Aufgabe, die erarbeitete Erklärung zu kürzen, ohne sie jedoch zu entschärfen. Wertvolle Impulse für eine gekürzte Erklärung hatte Friedenspfarrer Schilling gegeben. Auch die Beiträge von Frau Oberkirchenrätin Hinrichs von der Badischen Landeskirche bei den Diskussionen am Thementag waren sehr hilfreich.

Das Ergebnis unserer Beratungen liegt Ihnen jetzt vor. Sie, liebe Synodale, müssen dem Text zustimmen, damit der Landesbischof im Namen dieser Landessynode die Erklärung abgeben kann, auch wenn wir wissen, dass sie einigen zu weitgehend, anderen wiederum zu wenig weitgehend ist. Wir hoffen sehr, dass die Erklärung durch ihre Klarheit und ihre Kürze in Gemeinden und der interessierten gesellschaftlichen Öffent-

lichkeit als eindeutige Stellungnahme unserer Kirche wahrgenommen wird. Dem Bericht von Herrn Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel, den Sie gleich hören werden, stimme ich völlig zu. Der Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung hat der Erklärung bzw. dem vorliegenden Antrag in seiner Sitzung am 24. Oktober 2016 zugestimmt.

Vorsitzender des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung Dr. Harald Kretschmer

Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohe Synode!

Die Prophetenbücher des Alten Testaments sind geprägt von der Verheißung des göttlichen Friedensreiches. »[Z]ur letzten Zeit« heißt es im 2. Kapitel des Propheten Jesaja, »[...] wird [Gott] richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.« Im Epheserbrief lesen wir: »Christus ist unser Friede« (Eph 2,14). Er ist der verheißene Friedefürst, in dessen Reich Frieden, Recht und Gerechtigkeit herrschen werden ohne Ende (Jes 9,5f; 11,1-10; Sach 9,9f). Durch seinen Tod und seine Auferstehung hat er zwischen verfeindeten Menschen Frieden gestiftet, sie mit Gott versöhnt und den Zugang zum Vater im Himmel eröffnet (Eph 2,14-18).

Aber sein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist noch nicht vollendet. Wir leben in einer Welt, die noch von Sünde und Gewalt, Krieg und Terror gezeichnet ist. In der Bergpredigt sagt Jesus:

»Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.« Zugleich fordert er die Christen zum Verzicht auf Vergeltung und zur Feindesliebe auf (Mt 5,38-48). Und der Apostel Paulus mahnt uns in Röm 12,18: »Ist's möglich, soviel an euch liegt, so habt mit allen Menschen Frieden.« Doch in dieser unserer Welt ist und bleibt der Friede gefährdet. Krieg und Gewalt bedrohen das Leben, die Würde und die Grundrechte vieler Menschen. Jesus hat die Notwendigkeit politischer Macht anerkannt und auf die Frage, ob es erlaubt ist, dem Kaiser Steuern zu zahlen, geantwortet: »So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!« (Mk 12,17). Deshalb unterscheidet das Augsburger Bekenntnis zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt (Art. 16).

In Glaubensdingen gilt der Grundsatz: »ohne menschliche Gewalt, sondern allein durch Gottes Wort (sine vi humana, sed verbo)« (Art. 28). Zu den staatlichen Aufgaben hält die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung (1934) fest: »Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.« Verwiesen wird damit auf das Gewaltmonopol und die polizeiliche Gewalt des Staates. Über all dem steht der Friede Gottes als Verheißung für das Leben seiner Gemeinde und der ganzen Welt. Und diesen Frieden gilt es schon hier und jetzt in unserem menschlichen Miteinander zu verwirklichen: soweit es uns möglich ist. Wenn wir Christen und Christinnen uns für den Frieden in unserer Welt einsetzen, dann tun wir das, weil wir glauben, dass die Verheißung des göttlichen Friedens für das Ende der Zeiten auch unserem ganz irdischen Leben eine Richtung vorgibt, die es für unser Tun und Lassen ernst zu nehmen gilt.

Ernst genommen haben wir in unserer Landeskirche deshalb auch das Anliegen der 2010 beendeten Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt – und haben das Thema Frieden unter einem konkreten Blickwinkel gründlich bearbeitet: Über drei Jahre lang hat sich eine Landeskirchliche Kommission – ursprünglich zur Rüstungskonversion – mit den Themen Rüstungsproduktion, Rüstungskonversion, also Umwidmung von Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter, und Rüstungsexporte beschäftigt. Im Mai 2014 gab es eine Tagung zum Thema unter dem Titel »Kirche und Rüstung« in Bad Boll, an der auch viele Synodale teilgenommen haben. Erarbeitet wurde in einem langen Diskussionsprozess der Entwurf einer landeskirchlichen Stellungnahme zu deutschen Rüstungsexporten.

Die Landessynode – insbesondere ein Workshop des Studenttags »Reformation. Eine Welt. Gerechter Friede« am 8. Juli 2016 in Heilbronn – und das Kollegium des Oberkirchenrats haben sich inzwischen intensiv mit dem Text befasst. In Abstimmung zwischen dem Kollegium des Oberkirchenrats und dem synodalen Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung wurde der Textentwurf gründlich überarbeitet und gekürzt. Der nun vorliegenden Fassung einer »Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zum Thema deutsche Rüstungsexporte« (Antrag Nr. 73/16: Erklärung der Evangelischen Landeskirche

in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten) haben sowohl der Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung als auch das Kollegium des Oberkirchenrats zugestimmt. Heute soll nun die Landessynode nach der Aussprache zu einem Beschluss kommen, ob der Landesbischof gemäß § 21 Abs. 3 Kirchenverfassungsgesetz gebeten werden soll, die vorliegende Erklärung abzugeben.

Mit dem Thema dieser Erklärung setzen wir an einem der zentralen Probleme unserer durch Gewalt und Terrorakte geprägten Welt an. Denn das Exportieren und die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern bedeuten unwillkürlich, dass Instrumente und Mittel der – oft genug tödlichen – Gewaltanwendung zur Verfügung gestellt werden. Und das eben nicht nur für NATO-Staaten oder Länder der Europäischen Union, sondern auch für sogenannte »Drittstaaten«, für Krisenregionen und für solche Regionen dieser Welt, von denen regelmäßig über Menschenrechtsverletzungen berichtet wird. Hingewiesen sei exemplarisch auf Saudi-Arabien und das von Drogenkartellen geplagte Mexiko. Hingewiesen sei nicht zuletzt aber auch auf die Krisenregionen in Syrien und im Irak, wo Waffen zweifellos und massenweise in den falschen Händen Millionen von Menschen zur Flucht vor Gewalt, Krieg und Terror veranlasst haben und auch gegenwärtig und zukünftig noch veranlassen werden.

Ein besonderes Augenmerk der landeskirchlichen Stellungnahme gilt nicht zuletzt deshalb der Verbreitung von Kleinwaffen, den sogenannten Massenvernichtungswaffen unserer Tage: Schätzungsweise 1000 Menschen sterben täglich weltweit durch Kleinwaffen. Ein ungelöstes Problem ist die Kontrolle des Endverbleibs dieser Waffen und damit deren Wiederverwendung in weiteren Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Einsicht, dass sich eine kirchliche Erklärung mit ihren Forderungen oder Wünschen nicht nur an andere wenden, sondern immer auch das eigene Handeln in den Blick nehmen sollte, ist es geschuldet, dass in dem Text abschließend auch der mögliche eigene Beitrag der Landeskirche in drei Punkten zur Sprache kommt: Stärkung von Friedensbildung und Friedensarbeit, erneute Initiierung eines Runden Tisches für Rüstungskonversion und Anstoßen einer öffentlichen Diskussion über ein Exportverbot für Kleinwaffen zu militärischen Zwecken. Der Wortlaut der Erklärung ist das Ergebnis eines intensiven und engagierten Diskussionsprozesses. In theologisch-ethischer Hinsicht wurde durchgängig um Formulierungen gerungen, die von den vorhandenen unterschied-

lichen theologisch-ethischen Positionen aus mitgetragenen werden konnten und können. So wird z.B. grundlegend darauf geachtet, dass die Erklärung durchgängig an der Maxime der Gewaltminimierung und am Interesse, Menschenleben zu schützen, orientiert ist und so einen Konsens verschiedener friedensethischer Positionen formuliert.

Warum sollte unsere Landeskirche überhaupt eine solche Erklärung verabschieden? Dazu ist zuerst einmal auf die biblisch-theologische Begründung des Themas und des Anliegens dieser Erklärung zu verweisen sowie auf das Ernstnehmen der zugrunde liegenden Not: die Gefährdung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens in dieser Welt, die eben zu einem guten Teil auch durch deutsche Rüstungsexporte verursacht wird. Zudem aber ist eine solche Erklärung eines der wichtigsten Mittel, durch die

die Kirche in unsere Gesellschaft hinein wirken kann. Gerade in Hinblick auf das Reformationsjubiläum wissen wir uns dem reformatorischen Erbe verpflichtet, das uns nicht nur zur liturgischen Feier der Gottesdienste einlädt, sondern auch zum vernünftigen Gottesdienst im Alltag ermuntert und Mut macht zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, d. h. reformatorisch gesprochen der Welt.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zuzustimmen mit der Bitte an den Landesbischof, eine entsprechende Erklärung abzugeben.

Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel



Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2019

21/19 – **Belhar-Konferenz**, Lippische Landeskirche, Detmold, Christuskirche und Gemeindesaal Bismarckstraße, 25. bis 26. Januar 2019 / **Belhar Conference**, Church of Lippe, Detmold, Christuskirche and parish hall Bismarckstraße, 25 to 26 January 2019
92 Seiten / 7,50 €

22/19 – **Berichte vor der Synode**: Landesbischof Gerhard Ulrich (Landessynode der Nordkirche, Rostock-Warnemünde, 28. Februar 2019), Landesbischofin Ilse Junkermann (Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Kloster Drübeck, 9. Mai 2019) / **Von blinder Wut, heiligem Zorn und politischer Empörung – Zum Umgang mit Emotionen in Politik und Religion** (Akademiedirektor Dr. Thorsten Latzel – 24 Seiten / 3,60 €

23/19 – **Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten: Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung** (Konferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 28. bis 29. November 2018) – 68 Seiten / 5,60 €

24/19 – **Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – 30 Jahre Ökumenische Versammlung in der DDR** (Tagung in der Katholischen Akademie in Berlin, 27. März 2019) – 28 Seiten / 3,60 €

25/19 – **Kirchentag und AfD** (Dr. Julia Helmke/ Prof. Dr. Hans Michael Heinig/Prof. Dr. Thorsten Moos) – 32 Seiten / 4,30 €

26/19 – **»Evangelisches Profil im Kontext einer pluralen Gesellschaft«** Kirchliche und diakonische Organisationsentwicklung im Spiegel von pluraler Gesellschaft und Recht (Tagung an der Evangelischen Akademie Hofgeismar) – 60 Seiten / 5,30 €

27/19 – **VELKD-Bischofskonferenz »Leitung in der Kirche«** (Klausurtagung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), 15. bis 18. März 2019, Straßburg/Strasbourg, Frankreich/France) – 48 Seiten / 4,80 €

28/19 – **37. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1). Predigt im Eröffnungsgottesdienst und Bibelarbeiten.** Dortmund, 19. bis 23. Juni 2019 – 32 Seiten / 4,30 €

29/19 – **Möglichkeiten und Herausforderungen gewaltfreier Konfliktbearbeitung** (Heidelberger Gespräch 2019, 8. und 9. März 2019) – 44 Seiten / 4,80 €

30/19 – **Der Pfarrberuf. Profil und Zukunft** (Symposium der Akademie der Versicherer im Raum der Kirchen, 20. bis 22. März 2019, Evangelische Tagungsstätte Hofgeismar) – 88 Seiten / 6,80 €

31-32/19 – **Christliche Friedensarbeit hat Geschichte – Tagung zu 50 Jahre »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden«** (AGDF) (Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 28. bis 29. März 2019) – 92 Seiten / 7,50 €

33/19 – **Religion und Staat – Zwischen Kooptation und Kooperation: Südafrikanische und deutsche Erfahrungen im Dialog** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit der Ecumenical Foundation of Southern Africa), 13. bis 15. Februar 2019 – 84 Seiten / 6,80 €

34/19 – **»Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina«** (Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit vor der Jahreskonferenz der Evangelischen Allianz, 1. August 2019) – **Erklärung von Bischof Abromeit zu aktuellen Medienberichten anlässlich seines Vortrags zum Israel-Palästina-Friedensprozess** (5. August 2019) – **Statement der Nordkirche: Klare Haltung gegen jede Form von Antisemitismus – Reaktion auf Vortrag von Bischof Dr. Abromeit zum Israel-Palästina-Friedensprozess** (5. August 2019) – 20 Seiten / 2,80 €

35/19 – **37. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2). Hauptpodien**, Dortmund, 19. bis 23. Juni 2019
28 Seiten / 3,60 €

36/19 – **Menschenrechte sind unteilbar – Flüchtlingsschutz in Deutschland und Europa** (19. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, 24. bis 25. Juni 2019) – 40 Seiten / 4,30 €

37/19 – **Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges** (Beiträge einer Gedenktagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, 23. bis 24. November 2018) – 64 Seiten / 5,60 €

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation
(ISSN 1619-5809) kann im
Abonnement oder einzeln
bezogen werden.
Pro Jahr erscheinen min-
destens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-225.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: kundenservice@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 29,95 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 34,85 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 28,30 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.